Dossier Entwicklung



AFRIKA SÜD

Die Welt im Ungleichgewicht

Angesichts der vielfältigen globalen und gesellschaftlichen Krisen gewinnt die Entwicklungsdebatte und die Suche nach alternativen Gesellschaftsmodellen an Bedeutung. Das westliche Konsummodell stößt an seine Grenzen, Konkurrenzkampf, Machtinteressen, Ungleichheit, Ausgrenzung und Vereinzelung nehmen zu und gleichzeitig zerstören wir die Umwelt als unsere Lebensgrundlage. Die Welt ist zerissen. Sie ist aus dem Gleichgewicht geraten und Verunsicherung ist allerorts verbreitet. Ein Weiterso ist nicht verantwortbar.

Die globalen Wechselwirkungen sind zu komplex geworden, trotzdem finden weiterhin einfache Antworten Anklang. Wie der letzte EU-Afrika-Gipfel gezeigt hat, bleibt es bei der oberflächlichen Symptombehandlung, das Problem wird nicht bei den Wurzeln angepackt. Ein Perspektivenwechsel ist notwendig. „Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind", pflegte schon Albert Einstein zu sagen.

Es geht um Werte, Menschenrechte, soziale Anerkennung, Identität, darum, als Subjekt wahrgenommen zu werden, um Wertschätzung, Gemeinschaftssinn, Vielfalt und um Teilhabe. „Entwicklung" muss von innen kommen. Dafür muss Vertrauen neu aufgebaut werden. Und es braucht dezentrale und gemeinsame Entfaltungs- und Gestaltungsräume.

Es geht auch um eine Änderung in der Rhetorik, hin zu einem positiven Tenor, einer anderen Denke, wieder Dinge mit Begeisterung zu machen, darum, nicht nur Probleme zu benennen, sondern auch positive Utopien zu entwickeln – nicht nur gegen, sondern für etwas sprechen. Sei es die Weltbürgerschaft, das „Gute Leben" oder „Afrotopia". Von welchen „afrikanischen" Erfahrungen, Ansätzen und Visionen können wir dabei lernen? Es gibt Anzeichen dafür, dass „normale Bürger" aller Altersgruppen und über soziale Hintergründe hinweg die treibenden Kräfte der Transformation zu alternativen Lebensentwürfen sein werden.

Dieses Schwerpunktheft möchte über Themen der Afrika- und Entwicklungspolitik hinaus das Entwicklungsverständnis diskutieren. Es schaut daher bewusst auch über die Region des südlichen Afrika hinaus und lässt beispielsweise einen Felwine Sarr aus Senegal zu Wort kommen, der sich – wie sein Kollege Achille Mbembe – über Afrikas Beitrag für die Zukunft der globalen Entwicklung Gedanken macht. Auch Ansätze eines Alberto Acosta aus Ecuador zum „Buen Vivir" möchten zur Debatte über zukünftige Entwicklungswege beitragen. Diskutieren Sie mit.

>> Anna Balkenhol

INHALT

3 MEHR ALS BLOSSE NACHHALTIGKEITS-RHETORIK?
Von den MDGs zu den SDGs, von Boniface Mabanza Bambu.

7 NEUE PLÄNE, ALTE REZEPTE?
Boniface Mabanza Bambu kritisiert die neuen Afrika-Initiativen.

8 SICHERHEITSWAHN AN AFRIKAS GRENZEN
Loren Landau und Caroline Kihato zur Verschärfung des Grenzmanagements in Südafrika.

10 VON DER ENTWICKLUNGSHILFE ZUR MILITÄRISCHEN ERTÜCHTIGUNG
Die Militarisierung des Entwicklungsdiskurses thematisiert Christoph Marischka.

13 KONZERNE EROBERN DIE INTERNATIONALE ERNÄHRUNGSPOLITIK
Von Sarah Schneider.

15 STEINIGE ENTWICKLUNGSWEGE
Entwicklungsdebatten in Simbabwe zeigt Vimbai Kwashirai auf.

18 DER FLUCH DES REICHTUMS
Zum gleichnamigen Buch des Journalisten Tom Burgis.

19 TEUFELSKREIS, BEFEUERT DURCH DIE WELTBANK
Dorothea Marcus bespricht Filme zu Landgrabbing und Migration in Afrika.

20 ENTWICKLUNG MIT GARANTIERTEM BANKROTT
Gottfried Wellmer zu Mosambiks Entwicklungsweg.

22 „WIR BRAUCHEN EINEN NEW DEAL"
Interview mit Südafrikas Industrie- und Handelsminister Rob Davies.

24 EPAS SCHÖN GEREDET
Kommentar von Boniface Mabanza zum Interview mit Rob Davies.

25 DER FLUCH AUSLÄNDISCHER ENTWICKLUNGSHILFE
Von Vince Musewe.

28 „DIE AFRIKANISCHE MODERNE IST SCHON DA, SIE WIRD TÄGLICH NEU ERFUNDEN"
Interview mit dem senegalesischen Ökonom und Autor Felwine Sarr von Wendy Bashi.

31 AFRIKA ALS LABOR FÜR DIE ZUKUNFT
Achille Mbembes Theorie des Postkolonialismus stellt Lothar Berger vor.

32 UBUNTU, BUEN VIVIR UND DIE SUCHE NACH LEBENSALTERNATIVEN
Von Alberto Acosta.

35 UBUNTU IM DEKOLONISIERUNGSPROJEKT
Einen Beitrag zum Verständnis von Ubuntu leistet Raymond Suttner.

37 „GAME CHANGERS" MIT FRISCHER DENKWEISE
Anna Balkenhol und Wendy Bashi über Afrikas moderne junge Generation.

IMPRESSUM:
afrika süd-Dossier „Entwicklung", Bonn, Dezember 2017

Redaktion:
Anna Balkenhol, Lothar Berger (v.i.S.d.P.)

Herausgeber:
informationsstelle südliches afrika e.V.
Königswinterer Str. 116, D-53227 Bonn
info@issa-bonn.org, www.issa-bonn.org

Titel: S. Farhat/World Bank/cc: by-nc-nd
U4: J. Hogg/World Bank/cc: by-nc-nd

Gefördert durch Engagement Global mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein der Herausgeber verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Mehr als bloße Nachhaltigkeitsrhetorik?

VON DEN MDGS ZU DEN SDGS: Anspruch und Wirklichkeit des globalen Entwicklungsdiskurses aus afrikanischer zivilgesellschaftlicher Perspektive oder die Notwendigkeit eines grundlegenden Umdenkens.



Unter dem Dach der Vereinten Nationen einigte sich die internationale Gemeinschaft im Jahr 2000 auf konkrete gemeinsame Entwicklungsziele, die Millennium Development Goals (MDGs). Auf dem sogenannten Millenniumsgipfel zogen „die Staats- und Regierungschefs der Welt Bilanz über den ungleichen Stand der menschlichen Entwicklung auf der Welt und bekannten sich zu ihrer gemeinschaftlichen Verantwortung, weltweit die Grundsätze der Menschenwürde und der Gleichberechtigung zu wahren“ (UN-Entwicklungsprogramm 2002). Sie erklärten ihre Unterstützung für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte und formulierten darüber hinaus acht Ziele für Entwicklung sowie zur Beseitigung der Armut, die bis zum Jahr 2015 erreicht sein sollten. Obwohl diese Ziele, die sich um Hungerbekämpfung, Geschlechtergerechtigkeit, Förderung von Bildung und Gesundheit besonders für Kinder und Mütter, Umweltschutz und Aufbau einer globalen Partnerschaft für Entwicklung drehten, minimalistisch und wenig ambitioniert waren, lässt sich ihr Scheitern nicht mehr leugnen. Ohne die tiefen Ursachen dieses Scheiterns zu analysieren und Konsequenzen zu ziehen, schickte sich die internationale Gemeinschaft an, 2015 ein neues Programm zu verabschieden. So geschieht es in der Entwicklungspolitik seit der ersten Dekade.

Neue Schläuche – alter Wein

Anders als etwa in vielen afrikanischen traditionellen Religionen, in denen Namensänderungen zu Schlüsselmomenten im Leben einer Person oder einer Gemeinschaft „Wesensänderungen“ einläuteten, hat es die Entwicklungspolitik in den vergangenen Jahrzehnten fertig gebracht, immer wieder neue Schlagwörter zu erfinden, ohne dabei aber etwas Grundlegendes zu verändern. Die Geschichte von Entwicklungspolitik ist auch in diesem Zusammenhang eine Geschichte von sich ablösenden Schlagwörtern ohne nennenswerte Konsequenzen für die Praxis.

Egal ob von Modernisierung und sozialem Wandel, Handel statt Hilfe und Weltmarktorientierung, grundbedürfnisorientierter Förderung, Nachhaltigkeit und Schuldeninitiative oder guter Regierungsführung und Menschenrechten die Rede war, der Referenzrahmen blieb und bleibt mit Abstrichen stets das in der nördlichen Hemisphäre vorherrschende, wachstumsorientierte, ressourcen- und energieintensive Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell. Das Modell der nachholenden Entwicklung, das von der Annahme ausgeht, dass die Industrienationen das verkörpern, wonach die als „Unterentwickelte“ bezeichneten Länder streben (müssen), wurde unter Rückgriff auf diese wechselnde Rhetorik aufrechterhalten.

Das jüngste Kapitel dieser irreführenden Strategie stellen die Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) dar. Aus zivilgesellschaftlicher Perspektive ist es begrüßenswert, dass die SDGs wie bereits die MDGs einige der zentralen weltweiten Probleme erkennen und zu deren Lösung beitragen wollen. Aber der Quantensprung, den die Menschheit angesichts der Tragweite globaler Krisen benötigt, sind sie nicht. Sie könnten es schaffen, die Geschwindigkeit des „Schiffes“ zu verlangsamen, während dieses weiterhin auf das Eis zusteuert. Nichtsdestotrotz lohnt es sich für zivilgesellschaftliche Organisationen, für die Umsetzung der SDGs Lobby-, Sensibilisierungs-, und Mobilisierungsarbeit zu betreiben. Über so einen Rahmen zu verfügen, so unverbindlich er auch sein mag, ist besser als nichts.

Wenn die SDGs, die im Gegensatz zu den MDGs nicht nur für Entwicklungsländer gelten, sondern auch den Norden in die Pflicht nehmen, umgesetzt werden sollen, ist eine starke Mobilisierung von unten notwendig. Nur bei ausreichender zivilgesellschaftlicher Einmischung kann es gelingen, das vorhandene Potenzial der SDGs zur Entfaltung zu bringen. Dennoch wäre es besonders aus afrikanischer Perspektive zu kurz gegriffen, sich exklusiv auf die SDGs als Referenzrahmen zu beziehen. Der Referenzrahmen für zivilgesellschaftliche Organisation, die Krisen der Menschheit und besonders die Situation in Afrika ernst nehmen, ist und bleibt die globale Gerechtigkeit mit all ihren Implikationen. Diese konnte in den SDGs aufgrund konkurrierender Interessen zwischen den Protagonisten nur begrenzt abgebildet werden.

Neben den SDGs gibt es andere Instrumente in internationalen Beziehungen, welche zumindest einem Teil der SDG-Rhetorik entgegenlaufen. Zu erwähnen sind der nach wie vor imperiale Zugriff auf die Ressourcen der Entwicklungsländer und besonders Afrikas, die wiederkehrende Schuldenkrise und vor allem die EU-Offensive rund um die Freihandelsabkommen. Diese Entwicklungen werden von ihrer Gestaltung her „harte“ Fakten schaffen und drohen, die SDGs zu einem Reparaturbetrieb und Ablenkungsdiskurs zu reduzieren. Dies verlangt von der Zivilgesellschaft ein strategisches Denken und Handeln: Die Auseinandersetzung mit den SDGs soll lebendig bleiben, aber letztendlich, um die Entscheidungsträger/innen in allen Regionen der Welt an ihre Selbstverpflichtung zu erinnern. Darüber hinaus

hat eine selbstbewusste und sich ernst nehmende Zivilgesellschaft die Pflicht, sich Handlungsspielräume zu verschaffen, die es ermöglichen, die herrschende Gesellschaftsordnung selbst grundlegend zu verändern. Dafür muss die Zivilgesellschaft die Fähigkeit entwickeln, mit den in diesen Handlungsspielräumen entstehenden Konflikten umzugehen. Die Welt ist nie im Konsens verändert worden.

Jenseits von irreführender Rhetorik

Trotz der neuen Rhetorik um Nachhaltigkeit setzen auch die SDGs die Intensivierung des Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells fort, das selbst zutiefst in der Krise steckt. Sieben Prozent Wachstum sollen laut SDGs die Entwicklungsländer bis 2030 erreichen, um die darin definierten Ziele zur Reduktion der Armut verwirklichen zu können. Daraus resultiert noch mehr Ressourcenübernutzung, noch mehr Produktion, noch mehr Konsum für die Privilegierten, und zugleich noch mehr Zerstörung. Dass die Früchte dieses Wachstums automatisch auch zu denjenigen durchsickern, die das kapitalistische System aus „unserer", zu einem reinen Markt verkommenden Welt verdrängt, hat sich in der bisherigen Geschichte des herrschenden Wirtschaftssystems nicht bestätigt.

Die Welt braucht nicht etwa mehr Handel, sondern ein Handeln, das die Mobilisierung aller spirituellen, kulturellen, intellektuellen und moralischen Ressourcen nutzt, um Alternativen zum thanatolgischen (auf das Sterben bezogene) System zu entwickeln. Damit eine tatsächliche „Transformationsagenda" und nicht die grün gefärbte Nachhaltigkeitsagenda an Fahrt gewinnt, bedarf es im Norden wie im Süden vieler Orte, an denen Pionierpraxen entstehen, wo experimentiert und der steinige Weg zur Überwindung des „Mainstream-Denkens" gewagt wird. Um dabei nicht in der Nische zu bleiben, sind alternative Praxen auf breit angelegte Strategien angewiesen, um an Tiefe und Breite zu gewinnen und die politischen Rahmenbedingungen so zu beeinflussen, dass lokale Initiativen gefördert und nicht konterkariert werden.

An solchen Orten des Lernens und des Austausches gilt es, die Annahme in Frage zu stellen, der Süden habe undifferenziert Nachholbedarf und der Norden darauf eine Antwort. Gefragt sind gemeinsame Lernprozesse, damit ein Paradigmenwechsel vollzogen werden kann, in dem die Menschen beginnen, den Reichtum der Armut und die Armut des Reichtums wahrzunehmen und zu reflektieren. Ohne diesen konkreten Einsatz für grundlegende Veränderungen läuft auch das Nachhaltigkeitsprojekt Gefahr, Fehler der vergangenen Entwicklungsdekaden zu wiederholen.

Mit der SDG-Agenda der internationalen Gemeinschaft erfreut sich die Nachhaltigkeitsrhetorik neuen Lebens, aber der Begriff der Nachhaltigkeit ist längst entkernt. Er hat seine politische Dimension verloren und wird oft auf das „grüne Wachstum" reduziert, das die ursprüngliche Idee der Nachhaltigkeit pervertiert hat. Grüne Ökonomie ist nämlich in Wachstumsstrategien eingebettet, die mit Nachhaltigkeit wenig zu tun haben. Sie setzt allein auf Technik als Weg der Zukunft. So sollen zwar sparsame Autos, aber von ihnen möglichst immer mehr produziert werden. Die Reduktion von CO_2-Emissionen wird angesichts des Klimawandels zwar als Ziel definiert, aber an der Wachstumsideologie darf nicht gerüttelt werden. Die Technik regelt das Emissionsproblem schon.

Ohne zu bestreiten, dass Ressourceneffizienz und andere technische Innovationen neue Potenziale erschließen, wäre es naiv zu glauben, dass ein Festhalten an der Wachstumsideologie einen gerechten Interessenausgleich zwischen Nord und Süd, zwischen Arm und Reich sowohl im Norden als auch im Süden und vor allem gegenüber der Natur und auch der zukünftigen Generationen hervorbringen kann. Aber genau dies suggeriert die neue Nachhaltigkeitsrhetorik. So gesehen ist sie nichts anderes als ein weiteres Beispiel für die Kooptierung progressiver Ideen zur Bewahrung der bestehenden Verhältnisse. Diese Strategie zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der Entwicklungspolitik.

Für die Zäsur, die die Menschheit jetzt braucht, ist es deswegen notwendig, sich von dieser neuen Rhetorik nicht blenden zu lassen. Sie lenkt vom notwendigen radikalen Umbau des herrschenden und zerstörerischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells ab. Für diesen radikalen Umbau sind sowohl im Norden als auch im Süden neue Akteure von unten gefragt.

Zivilgesellschaftlichen Initiativen kommt eine zentrale Bedeutung zu. Für die zivilgesellschaftlichen Initiativen der südlichen Hemisphäre bedeutet dies, sich von der Entwicklungsideologie als Referenzrahmen zu verabschieden und Änderungen anzustreben, die den lokalen, nationalen und regionalen Notwendigkeiten entsprechen. Damit dies gelingt, ist der Kampf um neue Gestaltungsmöglichkeiten zentral, jenseits von rein symbolischer Unabhängigkeit und politischen Systemen, die nur der Stabilisierung der bestehenden Verhältnisse dienen.

>> Boniface Mabanza Bambu

Der Autor ist für die Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA) tätig.



Foto: Morgana Wingard/UNDP/cc:by-nc-nd

Neue Pläne, alte Rezepte?

DAS AFRIKA-JAHR DER DEUTSCHEN G20-PRÄSIDENTSCHAFT UND NEUE AFRIKA-INITIATIVEN

Im Dezember 2016 begann Deutschlands Präsidentschaft der G20, deren Höhepunkt der G20-Gipfel im Juni 2017 in Hamburg war. Obwohl mit Südafrika nur ein afrikanisches Land offizielles Mitglied der G20 ist, hat die Bundesregierung beschlossen, Afrika zum Schwerpunkt der deutschen G20-Präsidentschaft zu machen. Diese Schwerpunktsetzung gab Anlass zu rivalisierenden Initiativen verschiedener Bundesministerien: Der Marshallplan mit Afrika vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Compact mit Afrika vom Finanzministerium und Pro! Afrika vom Wirtschaftsministerium sind die bekanntesten dieser Initiativen. Hinzu kommt der EU External Investment Plan, der auch die gleiche Motivation hat und die gleichen Rezepte für die Ankurbelung der afrikanischen Volkswirtschaften vorschlägt wie die deutschen Initiativen. Die folgenden Zeilen wollen sich mit diesen Initiativen auseinandersetzen und auf die Frage eingehen, was sie für Afrika mit sich bringen.

Afrika-Initiativen der Bundesregierung und afrikanische Interessen

Der Zeitpunkt der Verkündung dieser Initiativen mitten in hysterisch geführten Debatten um Flucht und Migration zeigt vor allem eins: Um afrikanische Interessen geht es in erster Linie nicht, sondern um eigene deutsche bzw. europäische Interessen. Ohne die sogenannte Flüchtlingskrise hätte es diese Initiativen trotz deutscher G20-Präsidentschaft vermutlich nicht gegeben. Die Tatsache, dass sich jedes Ministerium mit jeweils eigener Initiative profilieren wollte, ist auf diese interne Dynamik innerhalb Deutschlands zurückzuführen. Ob die somit geschürte Konkurrenz sich nur zwischen verschiedenen Ressorts abspielte oder auch eine parteipolitische Note enthielt, lässt sich diskutieren. Die Konstellation in der Besetzung der drei Ministerien zu dem Zeitpunkt und der Fakt, dass aus den Reihen fast aller politischen Parteien der Wille geäußert wurde, angesichts der „Flüchtlingsströme" Zeichen zu setzen, lassen es vermuten. So gesehen dienen diese Initiativen zunächst innerdeutschen politischen Auseinandersetzungen um die besten Methoden der Fluchtursachenbekämpfung. Insofern ist es berechtigt, danach zu fragen, ob und in welcher Intensität es mit diesen Initiativen unter einer neuen Bundesregierung, mit Neubesetzungen von Ministerämtern und mit neuen Mehrheiten im Parlament weitergeht.

Militarisierung und Grenzzäune

Die in diesen Initiativen enthaltenen Konzepte zur Lösung afrikanischer Probleme sind für die Befriedung der Zielgruppen gemeint, die sich mit der bisherigen Antwort auf die Flüchtlingskrise nicht zufrieden geben konnten. Diese bestand im Wesentlichen darin, die alten Instrumente der Aus- und Vorlagerung der europäischen Grenzen ins Mittelmeer und bis in die afrikanischen Staatsgrenzen besonders in Nord-, Ost-, und Westafrika hinein zu verstärken.

Die Aufrüstung der Grenzregime innerhalb von Westafrika führt seit Jahren schon dazu, dass die davor im Rahmen der Visafreiheit und weiterer Vereinbarungen der westafrikanischen ECOWAS-Staaten praktizierte Bewegungsfreiheit für Menschen, Waren und Dienstleistungen gefährdet wird. Denn insbesondere junge Menschen stehen immer im Verdacht, nach Europa auswandern zu wollen. Die Sicherheitskräfte in Mali, Niger oder im Senegal werden von der EU massiv unterstützt, um deren Bewegungsfreiheit zu beschränken. Mit anderen Worten: Das Interesse der EU, die Abwehr der Flüchtlinge, führt dazu, dass eines der wichtigsten Projekte der westafrikanischen Gemeinschaft wie auch anderer afrika-

nischen Regionen in akuter Gefahr steht: die regionale Integration. Diese sollte dazu führen, dass der regionale bzw. der innerafrikanische Handel zunimmt. Denn auch über 50 Jahre, nachdem die meisten Staaten politisch unabhängig wurden, ist dieser immer noch schwach.

Jenseits der Militarisierung

Für diejenigen in Deutschland, die sich mit der Abschottungspolitik durch Verlagerung der Grenzregime nicht zufrieden geben können, kommen die neuen Initiativen gelegen. Sie verfolgen eine andere Strategie: Deutschland will sich für die Entwicklung des afrikanischen Kontinents stark machen. Die deutschen Initiativen zielen drauf ab, die „guten Schüler" unter den afrikanischen Ländern besser zu fördern, gleichzeitig eine fairere Handelspolitik mit Afrika auszuhandeln und internationale Investitionen auf dem Kontinent zu erleichtern. Es soll mehr Geld nach Afrika fließen und dortige Investitionen sollen sicherer werden.

All diese Konzepte gehen von der Feststellung aus, dass die klassische Entwicklungszusammenarbeit nicht in der Lage sei, die zentralen Herausforderungen der Zeit zu bewältigen, nämlich für eine schnell wachsende Bevölkerung in Afrika mit einem großem Anteil an jungen Menschen die erforderlichen Millionen Jobs pro Jahr zu generieren. Wie man leicht erkennen kann, beruhen diese Initiativen auf drei falschen Annahmen:

Erstens wird Afrika hauptsächlich als Kontinent von Defiziten gesehen, für dessen Entwicklung die entscheidenden Impulse von außen, in diesem Fall von Deutschland, kommen müssten. Dort sei die Lösungskompetenz aufgrund des eigenen Entwicklungsweges vorhanden. Daran ändert nichts, dass hier und da die Potenziale Afrikas betont werden oder dass zwei dieser Pläne zumindest dem Namen nach eine afrikanische Beteiligung suggerieren, die es in ihrer Entstehung nicht gegeben hat. Entwicklung muss aber von innen ausgehen, es gibt kein Land, das von außen entwickelt wurde. Im Gegenteil, wer seine Selbstständigkeit nicht bewahrt und sich nicht weigert, die Vorherrschaft anderen zu überlassen, wird zur Spielwiese fremder Interessen degradiert. Dies ist die Erfahrung vieler afrikanischer Länder bis jetzt.

Zweitens wird davon ausgegangen, dass mehr Entwicklung weniger Migration bedeutet. Bisherige empirische Erfahrungen zeigen eher, dass mehr Entwicklung, wie immer diese aussieht und was sie taugt, zunächst zu mehr Mobilität und damit zu mehr Migration führt, bevor diese Tendenz wieder an Dynamik verliert.

Drittens wird davon ausgegangen, dass die Belebung der Volkswirtschaften durch massive Investitionen in große Infrastrukturprojekte geschehen soll. Diese Annahme ignoriert sowohl die Erfahrungen mit Modernisierungsansätzen als auch die jüngsten Erfahrungen des afrikanischen Kontinents mit ausländischen Direktinvestitionen, die sich als Lizenz zur Ausplünderung der Ressourcen des Kontinents erwiesen haben, ohne dabei einen Strukturwandel von den Primärerzeugnissen zur Industrialisierung zu bewirken.

Gleiche Ursachen produzieren gleiche Effekte

Sowohl der Marshallplan als auch der Compact mit Afrika haben eine klare Vorstellung darüber, wer die massiven Investitionen in Infrastruktur für Transport und Energie finanzieren soll. Es sind institutionelle Anleger wie Versicherungen, Investmentgesellschaften und Hedgefonds. Deutschland und andere Industrienationen sollen dabei Garantien und Risikoabsicherungen für diese Privatakteure übernehmen, um sie zu ermutigen, in einem als unsicher geltenden Umfeld zu investieren. Bei diesen Investitionen geht es allerdings nicht in erster Linie darum, „Afrika" zu helfen, auf die eigenen Beine zu kommen, sondern darum, günstige Anlagemöglichkeiten für die Kunden der benannten Institutionen zu schaffen. Das zeigen die niedrigen Zinsen, mit denen im Moment die Anleger im Westen konfrontiert werden. Bei der „G20 Africa Partnership Conference – Investing in a common future", die die Bundesministerien für Finanzen und für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung am 12. und 13. Juni in Berlin or-



Foto: IOM/Sandra Black/cc:by-nc-nd

ganisiert hatten, betonte Jim Yong Kim, der Präsident der Weltbank, es gebe mehrere Billionen US-Dollar in Industrienationen, welche hinter den Erwartungen zurückblieben, weil die Besitzer Negativzinsen zahlen müssten. Afrika böte große Möglichkeiten. Es sei an der Zeit, dieses Kapital zu mobilisieren und in aufstrebende Märkte zu investieren. Damit dies geschehe, müssten die Risiken für Investitionen reduziert werden. In diesem Punkt seien die Industriestaaten gefragt, betonte er.

Dieses Loblied auf Investitionen mit dem Kapital von Privatanlegern erweckt den Eindruck, dass diese per se positiv sind. Die entscheidende Frage ist jedoch, ob Privatanleger gerne in Infrastrukturen investieren, die aus der Perspektive der Entwicklungsprioritäten eines Landes am meisten Sinn machen, wenngleich diese nicht die beste Rendite versprechen. Der Blick auf die Investitionen der letzten 20 Jahre zeigt, dass der Schwerpunkt auf der Rohrstoffförderung gelegen hat. Sie haben den Investoren massive Gewinne beschert, doch Beschäftigung, Schaffung von Wertschöpfungsketten und Diversifizierung der Ökonomien afrikanischer Länder haben sie nicht im Blick. Es gibt wenig Grund zur Annahme, dass sich dies ändert, zumal die Auflagen, die auf die gewählten Länder zukommen, kaum überraschend an die Strukturanpassungsprogramme der 1980er-Jahre erinnern.

Die Einigkeit über die notwendigen Reformen, die es durchzuführen gilt, um ausländische Direktinvestitionen anzuziehen, war während der erwähnten Konferenz unter den Finanzministern der „guten Schüler“ so groß, dass sich Christine Lagarde, Chefin des IWF, die Bemerkung erlaubte, alle auf dem Podium vertretenen Länder Afrikas seien Brüder, weil alle das gleiche Reformprogramm des IWF durchliefen. Was sie nicht formulierte, aber mit ihrer Aussage deutlich wurde: Der IWF ist die Mutter der auf dieser Konferenz vertretenen, wenn nicht aller afrikanischer Länder. So viel zur Emanzipation. Als Deutschlands bisheriger Finanzminister Schäuble später erklärte, die Compact-Länder (bis jetzt der Senegal, Ruanda, Tunesien, Marokko, die Elfenbeinküste und dazu Ghana und Äthiopien) müssten mit dem IWF verhandeln, um konkrete Schritte für ihre Reformprozesse zu definieren, sagte er inhaltlich nichts Neues. In vorauseilendem Gehorsam tun diese Länder schon viel.

Gefahr für regionale Integration

Es muss betont werden, dass die Neugestaltung der Rahmenbedingungen, um ausländische Direktinvestitionen anzuziehen, eine Gefahr für die Regionalintegration darstellt, weil die Länder Afrikas in den verschiedenen Regionen in einen Wettbewerb miteinander gedrängt werden. Dieser hat in der Vergangenheit oft dazu geführt, dass viele Regierungen die Sozial- und Umweltstandards senken und Steuersätze für Unternehmen äußerst attraktiv gestalten. Das führt nicht nur zu Defiziten in den Staatskassen, was dem erklärten Ziel dieser Initiativen widerspricht, zur stärkeren Mobilisierung lokaler Ressourcen beizutragen, sondern es führt auch zu einer neuen und gefährlichen Verschuldungsspirale, wenn afrikanische Regierungen bestimmte Infrastrukturen selbst bauen wollen, die ausgewählte Standorte attraktiv für ausländische Investitionen machen.

Die neuen Initiativen der Bundesregierung bergen all diese Gefahren in sich. Darüber hinaus gilt zu berücksichtigen, dass die Abschottungspolitik der EU und diese neuen Initiativen eine andere Gefahr mit sich bringen, die in Ansätzen bereits um sich greift: Mittel werden von der klassischen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit (Förderung von Menschenrechten, Good Governance, Ernährungssouveränität) zugunsten von Fluchtabwehr und Risikoabsicherungen für die Privatwirtschaft abgezweigt.

Damit sind wir bei der oft geführten Diskussion um Kohärenz der verschiedenen Politikfelder. In der Theorie und auf dem Papier sollen alle anderen Politikfelder entwicklungspolitische Ziele nicht konterkarieren. In der Praxis zeigt sich aber zumeist, dass Entwicklungspolitik nicht so wichtig ist, um sich als übergeordnete Instanz durchsetzen zu können. In einem Kontext, in dem verschiedene Zielsysteme miteinander konkurrieren – und dies ist im Außenhandel der EU und der Bundesrepublik Deutschland der Fall –, setzen sich die Ziele durch, die von den stärksten Institutionen verfolgt werden. In diesem Fall sind es die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen. Dies setzt sich mit den neuen Initiativen der bisherigen Bundesregierung fort.

>> Boniface Mabanza Bambu

Der Autor ist für die Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA) tätig.



Foto: Marek Poplawski/Dreamstime

Sicherheitswahn an Afrikas Grenzen

NEUES GRENZMANAGEMENT IN SÜDAFRIKA. Die Verschärfung der Sicherheitsmaßnahmen an Afrikas Grenzen ist schlecht für die Bewegungsfreiheit der Menschen, die Demokratie und Entwicklung.

Das südafrikanische Parlament hat Anfang Juni 2017 einem Gesetzesentwurf für die Einrichtung einer neuen Behörde zum Grenzmanagement zugestimmt. Sie wird vom Innenministerium verwaltet werden, einer Regierungsabteilung, die für ihren respektlosen Umgang mit Migranten und den Rechten von Flüchtlingen bekannt ist. Bislang waren die zuständigen Polizisten und Zollbeamten unter strikter ziviler Kontrolle, auch wenn diese nicht immer effektiv war. Nun wird die neue Behörde aber in der Lage sein, bestehende verfassungsrechtliche Beschränkungen zu umgehen. Zudem sind weitreichende Änderungen in der Einwanderungs- und Asylpolitik in Arbeit, etwa eine risikobasierte Sicherheitsüberprüfung. Sie könnte dazu benutzt werden, den meisten Menschen die Einreise nach Südafrika auf dem Landweg zu verweigern. Darüber hinaus gibt es Pläne, die Asylbewerber solange in Zentren entlang der Grenze festzuhalten, bis ihre Anträge bearbeitet sind.

Südafrikas neue Strategie zum Grenzmanagement ähnelt dem Vorgehen anderer Staaten auf dem afrikanischen Kontinent. Länder wie Eritrea, das bereits repressive Ausreisevisa hat, und die Zentralafrikanische Republik, der Sudan, Niger und Äthiopien – sie alle planen, ihre Restriktionen beim Grenzmanagement zu intensivieren. Dazu zählt die biometrische Erfassung und Militarisierung. Viele dieser Maßnahmen werden in Komplizenschaft mit autoritären Regimen mit Hilfe von EU-Entwicklungsgeldern umgesetzt und erhalten große Unterstützung auf nationaler Ebene.

Sie tragen aber wenig dazu bei, Schmuggel und Menschenhandel oder Terrorismus zu unterbinden, obwohl das immer die Rechtfertigungen für solche Sicherheitsmaßnahmen ist. Vielmehr verstärkt der Ausbau rigider Grenzkontrollen die autoritäre Herrschaft und untergräbt regionale Regierungsinitiativen. Auf lange Sicht wirkt sich dies negativ auf die Entwicklung aus. Denn die uneingeschränkte Bewegungsfreiheit in und zwischen Ländern ist die Grundlage, damit die Menschen Arbeit finden und in diesen unsicheren Zeiten überleben können. Beschränkungen der Bewegungen – aus welchen Gründen auch immer – richten sich grundsätzlich gegen die Armen und gegen die Freizügigkeit. Solche Strategien behandeln Migranten als Kriminelle und nicht als Menschen, die legitime Interessen haben – Schutz oder Arbeit suchen.

Ära der Eindämmung

Die auf dem afrikanischen Kontinent praktizierte Militarisierung an den Rändern ist ein Kernelement des neuen Ansatzes unter dem Schlagwort „Migrationsmanagement". Im Anschluss auf den Valletta-Gipfel Ende 2015 hat die Europäische Union einen Treuhänderfonds eingerichtet, durch den Milliarden Euro an Entwicklungsgeldern fließen. Und zwar im Rahmen bilateraler Abkommen mit afrikanischen Staaten, die zumeist erschreckend schlechte Menschenrechtsbilanzen haben – etwa Eritrea und Sudan. Legitimiert wird deren finanzielle Förderung mit einer Wortwahl wie staatliche Souveränität. Damit ist die verstärkte Grenzkontrolle Teil einer bereits aufkommenden Ära der Eindämmung, die Mobilität von Afrikanern nicht nur nach Europa, sondern auch auf dem Kontinent pathologisiert und kriminalisiert. Diese sogenannte Entwicklung und Politik der Abschottung und des Zurückhaltens nimmt zweifellos zu, wenngleich das Ausmaß auf dem Kontinent variiert und sich einige Länder und Regionen mehr verpflichten als andere. Bei dieser neuen Form der Entwicklungspraxis wird Erfolg daran gemessen, Menschen in ihren Herkunftsgebieten zurückzuhalten.

Kritiker dieses Ansatzes schauen berechtigterweise vor allem auf die Migranten, die dazu verdammt sind, in Auffanglagern oder -zentren auszuharren. Sie prangern auch die steigende Zahl an Todesopfern an, denn immer mehr Menschen sterben, bevor sie ihr Ziel erreichen. Andere stellen einen Anstieg zweifelhafter Tätigkeiten fest: Schmuggel, Gefangennahme und Menschenhandel. Obwohl der vorherrschende Alarmismus oft mit moralischer Empörung oder professionellem Interesse eingefärbt ist: Diese

SÜDAFRIKANISCHES GESETZ ZUR GRENZKONTROLLE

Anfang Juni verabschiedete das südafrikanische Parlament den Border Management Authority Bill. Dieser Gesetzesentwurf sieht vor, dass alle Grenzen und Häfen von einer neu zu schaffenden Behörde kontrolliert werden sollen. Sie wird dem Innenministerium unterstehen, das auch neue grenznahe Zentren bzw. Auffanglager für Asylbewerber einrichten wird. Asylverfahren sollen beschleunigt, Menschenhandel und (Drogen)schmuggel verhindert werden. Bislang gibt es ein Komitee zur Koordination der Grenzkontrollen, daran sind auch die südafrikanische Polizei (SAPS) und die Steuerbehörde (SARS) beteiligt. Kritiker befürchten, die neue Behörde werde schwer kontrollierbar sein, da die Zölle (ca. drei Milliarden Rand jährlich) nun dem Innenministerium zufließen sollen. Korruption werde steigen, während sich die Bedingungen für die jährlich ca. 70.000 Asylbewerber wegen der drastischen Kontrollen und Mobilitätsbeschränkungen verschlechtern werden. Es gehe um eine Militarisierung, Nationalisierung und Rekolonisierung der Grenzen.

Geschichten von ausgebeuteten Menschen und ausgelöschtem Leben müssen erzählt werden. Man sollte jedoch nicht dabei stehen bleiben, die Migranten als Opfer der neuen Abschottungspraktiken und -technologien zu betrachten, sonst übersieht man deren Implikationen für die Menschenrechte aller Afrikaner und die Regierungsgewalt auf dem Kontinent. Denn letztlich werden die bilateralen Abkommen zwischen verschiedenen afrikanischen Ländern und der EU die Pläne der Afrikanischen Union und der (sub)regionalen Wirtschaftsgemeinschaften zerschlagen, Mobilität auf dem Kontinent zu erleichtern und sicherer zu gestalten.

Die westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS hat schon an einem Protokoll dazu gearbeitet, wird aber nun durch EU-Förderprogramme zur Abschreckung von Migration in der Region und die Angst vor Terrorismus kompromittiert. Deshalb ist es kaum wahrscheinlich, dass die Wirtschafts- und Entwicklungsgemeinschaft im südlichen Afrika SADC und die ostafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft EAC die von der ECOWAS entwickelten Vorschläge fortführen werden. Das lähmt die Politik und schwächt regionale Regierungsmechanismen, die jedoch erforderlich sind, um kollektive Entwicklungsanliegen anzugehen und bessere Positionen im globalen Handel zu erringen. Anstatt Multilateralismus erhalten wir voraussichtlich eine stärkere Militarisierung und autoritärere Herrscher. Die Hilfsgelder und Waffen, die an bestimmte Staatsoberhäupter in der Region fließen, werden die Demokratie sicherlich erodieren, gleichzeitig werden Unsicherheit und Instabilität erhöht.

Wachstumsindustrie

Besonders besorgniserregend ist überdies, dass sich die gerade entstehenden Grenzregime wahrscheinlich auch jenseits der eigentlichen Grenzen ausweiten werden. Die Maßnahmen der EU zielen ja darauf ab, die Mobilität und Bewegungsfreiheit in und zwischen Ländern effektiv zu stoppen. Europa fürchtet, jegliche Mobilität – typischerweise in Richtung der Städte – würde weitere Migrationsprozesse zur Folge haben; auf dem Wege würden dann Migranten nach Europa kommen. Entsprechend betont die neue, migrationsbezogene EU-Entwicklungshilfe die Notwendigkeit, lokale Möglichkeiten zu eröffnen, damit Menschen nicht mehr mehr abwandern müssen. Als Resultat könnten Investitionen in ländlichen Gebieten erhöht werden. Das ist an sich nicht schlecht, doch die Pläne für die Ausgaben werden vom Verlangen verzerrt, die Menschen an Ort und Stelle zu halten.

Afrikanische Führer sorgen sich wenig um Migration nach Europa, aber unter diesen neuen Bedingungen riskieren sie Entwicklungsgelder, wenn sie darin versagen, ihre Bevölkerung in ihren Landesgrenzen zu kontrollieren. Die fortschreitende Urbanisierung bedeutet auch eine politische Herausforderung für ihre Machtabsicherung. Wenn man das Volk nicht nur im Land, sondern auch in „ursprünglichen“ ländlichen Gemeinden festhält, hilft das, die Systeme ethnischer Patronage fortzuführen und aufrührerische Städter daran zu hindern, vor den Toren der Präsidentenpaläste zu protestieren.

Das Sicherheitsgrenzmanagement, über das gegenwärtig in Südafrika diskutiert wird, öffnet die Pforten zu einer Eindämmungspolitik, wie sie von der EU gefördert wird. Mit dem neuen Paradigma werden Millionen in Auffanglagern überall auf dem Kontinent festgehalten oder sie sterben an Land- und Wassergrenzen. Statt Handel werden Schmuggel, Menschenhandel und Korruption gedeihen. Das alles werden Politiker beaufsichtigen, die Militärhilfe als unerwartete Geschenke erhalten haben. Und es wird von einer globalen Gemeinschaft beobachtet, die keine moralische Instanz ist, um diese Menschenrechtsverbrechen zu verurteilen.

Die Mehrheit der Afrikaner, die keine Vorstellung von Europa haben, wird in Ländern leben, die noch undemokratischer als bisher regiert werden. Die Afrikanische Union und regionale Kampagnen, die Entwicklung durch rechenschaftspflichtige Institutionen und freie Bewegung fördern wollen, werden höchstwahrscheinlich im Sande verlaufen. Das Resultat wird sein: höhere Ungleichheit in und zwischen den Ländern sowie Anstieg von Armut und gewaltsamen Konflikten. Dadurch wird der Druck steigen, doch zu migrieren – genau das, was Europa eigentlich verhindern will.

>> Loren Landau und Caroline Kihato

Professor Landau leitet Forschungsprojekte am African Centre for Migration and Society and der Universität Witwatersrand. Dr. Kihato forscht im Rahmen des Graduiertenprogramms für Architektur an der Universität Witwatersrand in Johannesburg.

Dieser Beitrag erschien im englischen Original am 5.7.2017 auf Irinnews. https://www.irinnews.org
Wir danken für die freundliche Zusammenarbeit.



Von der Entwicklungshilfe zur militärischen Ertüchtigung

DIE MILITARISIERUNG DES ENTWICKLUNGSDISKURSES ist eine Folge der strategischen Interessen der Europäischen Union, bei denen Sicherheit Vorrang vor Entwicklung hat. In der Sprache der deutschen Außenpolitik heißt der Aufbau afrikanischer Streitkräfte und Sicherheitsapparate „Ertüchtigungsinitiative".

Seit dem Ende des Kalten Krieges führten die EU- und Nato-Staaten überwiegend asymmetrische Kriege. Sie griffen mit überlegener Technologie und insbesondere mit der Luftwaffe in Drittstaaten ein, um etwa im ehemaligen Jugoslawien die Unabhängigkeit früherer Teilrepubliken und Provinzen zu unterstützen bzw. in Afghanistan und Irak die bestehenden Regierungen durch neue zu ersetzen. Nach den zunächst schnell errungenen militärischen Siegen wurden in großem Umfang Bodentruppen stationiert, deren Ziel nicht das Niederringen eines staatlich organisierten Gegners, sondern die Errichtung und Stabilisierung einer neuen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Ordnung war. Diese Aufgabe wurde im Fachjargon zunehmend als Staatsaufbau/Statebuilding beschrieben.

Flankiert wurden die militärischen Maßnahmen durch Versuche, in den betreffenden Ländern zivilgesellschaftliche Institutionen und eine neue politische und akademische Elite zu etablieren. Obwohl das Militär auch hier mitwirkte, fokussierte es bald auf den Aufbau eines neuen „Sicherheitssektors", also primär von Polizeikräften und Armee. Die Vorstellung, dass zukünftig vom Westen bezahlte und ausgebildete Sicherheitskräfte selbst die Stabilisierung der neuen politischen Strukturen durchsetzen sollten, diente zugleich als Exitstrategie der langwierigen, kostspieligen und vor allem auf Dauer unpopulären Einsätze ausländischer Bodentruppen.

Für tatsächliche gesellschaftliche Aushandlungsprozesse insbesondere um eine durch Öffnung für internationales Kapital und minimale Besteuerung geprägte, zukünftige wirtschaftliche Ordnung bestand dabei kein Spielraum. Auch die außenpolitische Orientierung, also die Anbindung an EU und Nato, stand für die intervenierenden Staaten nicht zur Debatte und wurde wesentlich über die „Sicherheitssektorreformen" festgelegt. Gleichzeitig scheiterten der politische Staatsaufbau und der gesellschaftliche Neubeginn. Obwohl dies vor allem auch an den fehlenden Spielräumen und Aushandlungsprozessen gelegen haben dürfte, leiteten westliche Thinktanks hieraus die Notwendigkeit ab, zivile Kapazitäten für den Aufbau von Staatlichkeit in anderen Ländern strategisch bereitzuhalten und mit den Militärmissionen besser zu vernetzen. So sind seit 2007 EU-Polizeiausbilder in der DR Kongo, später folgten Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau in Dschibuti, Kenia und auf den Seychellen (EUCAP Nestor), in Niger und Mali. Bereits vor der Abspaltung des Südsudan waren deutsche Juristen an der Ausarbeitung der neuen Verfassung und dem Aufbau der Polizei beteiligt.

Auch bei UN-Einsätzen fand eine Verschiebung statt: von der reinen Eindämmung bewaffneter Konflikte zur Herstellung und Absicherung neuer politischer Ordnungen, die häufig bereits in den Resolutionen des UN-Sicherheitsrates festgelegt wurden.

Sicherheit vor Entwicklung

Diese Verschiebung, Statebuilding nicht mehr allein als Konzept des Wiederaufbaus nach westlichen Interventionskriegen zu verstehen, sondern lokale Konflikte im Zuge von kleineren UN-Missionen zu einer umfangreichen Transformation der jeweiligen politischen Ordnung zu nutzen, kam insbesondere auch der EU entgegen, die sich ab 1999 selbst als außenpolitischer Akteur etablieren wollte. Während es der EU an umfangreichen militärischen Strukturen, insbesondere zur Führung von Luftoperationen, fehlte, verfügte sie über große finanzielle Mittel für die sogenannte „Entwicklungshilfe". Außerdem stellte unter anderem Deutschland tatsächlich strategische

Kapazitäten für den Staatsaufbau bereit, wie speziell für Auslandseinsätze vorgesehene Polizeieinheiten und Rechtsstaatsexpert/innen, die kurzfristig für Auslandsentsendungen bereitstehen. Erfahrungen bei der Verquickung solcher „ziviler" Mittel mit militärischen Einsätzen konnten bei Polizei-, Grenzschutz- und Rechtsstaatsmissionen in Folge von Nato-Interventionen (Bosnien, Kosovo, Afghanistan, Irak) oder UN-Einsätzen (DR Kongo) gewonnen werden.

Die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) war zugleich mit der Erfahrung konfrontiert, bei Ihrer Arbeit in den „Partnerländern" immer häufiger auf deutsche Soldaten zu treffen und in militärische Lagebilder, Operationen und Zielvorstellungen eingebunden zu sein. Damit einher ging eine stärkere Betonung von Sicherheitsaspekten und konfliktbezogenen Themen innerhalb des Diskurses der EZ-Organisationen. Die gezielte Finanzierung ihrer Aktivitäten im Kontext bewaffneter Konflikte trug dazu bei, dass das Narrativ, wonach „Sicherheit eine Vorbedingung für Entwicklung" sei, weitläufig von staatlichen und nicht-staatlichen EZ-Organisationen übernommen wurde – anstatt Entwicklung jenseits des neoliberalen Paradigmas als Voraussetzung für gesellschaftlichen Frieden zu sehen.

Geld für Militärmissionen der AU

Relevanter als diese Verschiebungen innerhalb der EZ-Community dürften jedoch die politischen Ansätze insbesondere der EU gewesen sein, unter Verweis auf das oben genannte Narrativ gewaltige Finanzmittel unter dem Schlagwort „Entwicklung" für den Aufbau von militärischen, geheimdienstlichen und polizeilichen Strukturen bereitzustellen. Herausragendes Beispiel hierfür ist die Einrichtung der Afrikanischen Friedensfazilität (African Peace Facility, APF) im Jahr 2004, die bis 2016 mit 1,9 Mrd. Euro aus dem Europäischen Entwicklungsfonds ausgestattet wurde (2,7 Mrd. bis 2020). Neben der Finanzierung von Militärmissionen unter dem Dach der Afrikanischen Union (AU) – allein in den AMISOM-Einsatz in Somalia flossen zwischen 2007 und 2016 1,2 Mrd. Euro aus der APF – wird das Geld fast ausschließlich für den Aufbau von Interventionstruppen der AU und ihrer subregionalen Organisationen verwendet. Zwar fließen geringere Summen auch etwa in Frühwarnsysteme und den afrikanischen „Friedens- und Sicherheitsrat", letztlich handelt es sich jedoch dabei lediglich um den akademischen und politischen Überbau einer umfassend militarisierten AU.

Nach einem ähnlichen Prinzip wurde 2006 von der EU das Instrument für Stabilität (IfS) eingerichtet und bis 2013 mit zwei Mrd. Euro ausgestattet. Neben Afrika wurden mit dem IfS auch in Zentral- und Südasien sowie in geringerem Umfang in Lateinamerika vergleichsweise kleinere Projekte durchgeführt, die fast ausschließlich einen starken Sicherheitsbezug hatten und meist Einzelaspekte sogenannter Sicherheitssektorreformen umfassten. Typische Inhalte waren der Aufbau spezialisierter polizeilicher Strukturen, verbesserter Informationsaustausch zwischen Sicherheitsbehörden und die Einbindung zivilgesellschaftlicher und akademischer Organisationen. Gerade in Afrika zielten die Projekte häufig auf die Bekämpfung des Terrorismus und eine verbesserte Kontrolle der Migration ab – zunehmend auch beides in Kombination. In Algerien wurden Forschung zur Bekämpfung des Terrorismus und eine gemeinsame Geheimdienstzelle der Sahel-Staaten finanziert, außerdem wurde u.a. der Aufbau einer Westafrikanischen Polizeidatenbank unterstützt.

Ähnliche Projekte führte parallel die deutsche EZ-Durchführungsorganisation GIZ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) durch: Ab 2008 half sie dem Südsudan – noch vor dessen Unabhängigkeit 2011 – beim Aufbau eigener Polizeistrukturen u.a. durch den Aufbau eines eigenen Funksystems. 2009 wurde das bis heute laufende Polizeiprogramm Afrika der GIZ ins Leben gerufen, mit dem laut GIZ-Website die „institutionelle und personelle Leistungsfähigkeit nationaler und regionaler Polizeiinstitutionen in (Post-)Konfliktländern und fragilen Ländern Afrikas" u.a. durch den „Neu- und Wiederaufbau von Polizei- und Grenzstationen" sowie Polizeischulen verbessert werden soll.

Der mit Hilfe der GIZ aufgebaute neue Staat Südsudan, der bereits 2013 wieder in einen blutigen Bürgerkrieg zerfiel, ist dabei kein Einzelfall: Auch in anderen Staaten wie der DR Kongo, der Elfenbeinküste und dem Tschad ist die von der GIZ unterstützte Polizei Partei in gewaltsam ausgetragenen, innergesellschaftlichen Konflikten auf Seiten autoritärer Regime.

„Ertüchtigungsinitiative"

Ein Schwerpunkt der insbesondere von der EU als Entwicklungshilfe begriffenen Aufrüstungsmaßnahmen waren Westafrika und die Sahelregion. Durch die entsprechenden Maßnahmen wurden die Themen Terrorismusbekämpfung und Migration systematisch miteinander verquickt. Die nationalen Regime nutzten sie, um ihre Kontrolle peripherer Regionen zu intensivieren. In Mali etwa unterstützte das IfS ein Programm der Regierung in Bamako, mit dem neue Polizei- und Militärposten sowie Gefängnisse im Norden des Landes errichtet wurden, was die dortigen Sezessionsbestrebungen befeuerte und zum Ausbruch jenes Krieges in Mali beitrug, an dem mittlerweile gut 1.300 Soldaten der Bundeswehr beteiligt sind.



Theoretisch war das 2014 in „Instrument für Frieden und Sicherheit“ (IcSP) umbenannte IfS auf nichtmilitärische Maßnahmen begrenzt, in der Praxis erwiesen sich entsprechende Grenzziehungen gerade in militarisierten Konflikten als schwierig (wie es scheint, für die EU auch wenig relevant). Gegenwärtig jedoch ist eine Ausweitung des Instruments auch auf Maßnahmen mit Militärbezug in Vorbereitung, zusätzliche Mittel hierfür (100 Mio. Euro) sollen aus dem Instrument für Entwicklungszusammenarbeit mobilisiert werden. Das EU-Parlament hat dieser Erweiterung bereits zugestimmt, aktuell wird im Rat noch um die konkrete Formulierung gerungen.

Absehbar wird eine Übernahme laufender Kosten für Streitkräfte und Munitionsbeschaffung ausgeschlossen bleiben, der Aufbau militärischer Infrastruktur und „Kapazitäten“ hingegen problemlos möglich sein. Damit nähert sich das IcSP entwicklungspolitisch dem an, was die Bundesregierung verteidigungspolitisch seit 2011 als „Ertüchtigungsinitiative“ verfolgt: 2016 wurden für die „Ertüchtigung“ ausländischer Streitkräfte erstmals 100 Mio. Euro im Bundeshaushalt eingestellt, 2017 waren es bereits 130 Mio. Geliefert wurden hiervon Panzer nach Jordanien und mobile Grenzsicherungsanlagen nach Tunesien. Bodenradare für Nigeria und LKW für den Niger sollen folgen, „damit die Truppen für die Aufgabe der Grenzsicherung mobil sind“, wie es auf der Seite des Verteidigungsministeriums heißt. In Mali wurden bereits zwei Munitionsbunker gebaut und dort wurde noch im Oktober mit dem Ausbau der Start- und Landebahn in Gao begonnen.

„Gemeinsam mit den Vereinten Nationen unterstützt Deutschland den malischen Friedens- und Versöhnungsprozess durch eine Verbesserung der Infrastruktur in Nord-Mali“, so heißt es vonseiten des BMVg unter dem Titel „Mali: Ertüchtigung des Flughafens in Gao“. Gebraucht wird die neue Startbahn jedoch v.a. auch, damit die Aufklärungsdrohne Heron I der Bundeswehr starten und landen kann, ohne Schaden zu nehmen. Zukünftig könnten solche Maßnahmen auch aus dem IcSP finanziert und als Entwicklungshilfe deklariert werden. Denn Entwicklungshilfe wird insbesondere von der EU zunehmend als Aufbau von Repressionsapparaten verstanden, die eine katastrophale neoliberale Weltordnung gewaltsam durchsetzen sollen.

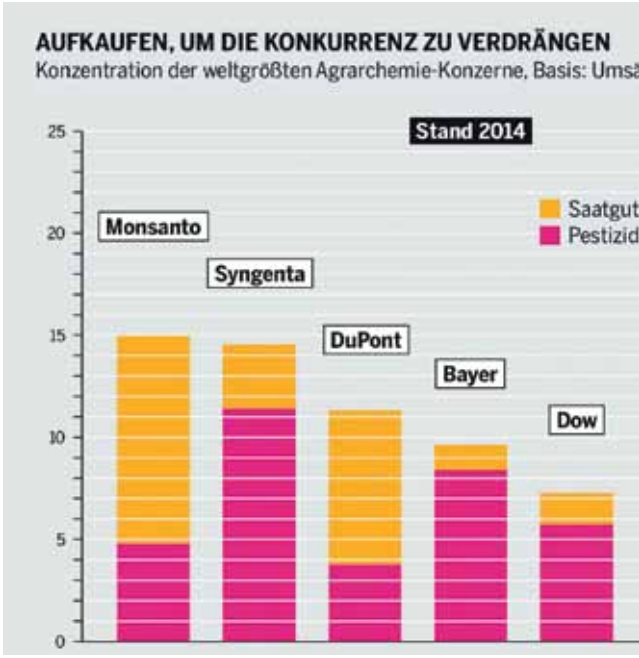
>> Christoph Marischka

Der Autor ist Politikwissenschaftler und Mitglied im Vorstand der Informationsstelle Militarisierung. Seine Schwerpunkte sind u.a. die EU-Afrikapolitik und Aufklärungstechnologie in den Nord-Süd-Beziehungen.

Fotos: UN Photo/Tobin Jones/cc:by-nc-nd

Konzerne erobern die

MULTI-STAKEHOLDER-INITIATIVEN BLENDEN INTE



Konzerne des Agribusiness und der Ernährungsindustrie haben sich in den vergangenen Jahren zunehmend als Kooperationspartner im „Kampf gegen den Hunger“ durchgesetzt. Sie verbessern damit nicht nur ihr Image, sondern haben sich auch als zentrale Akteure in der globalen Ernährungspolitik etabliert.

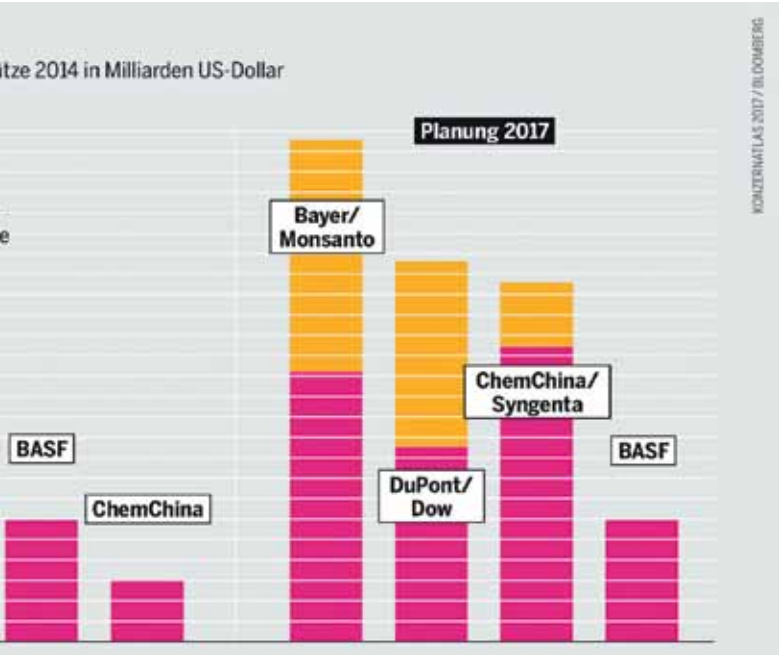
Im Politikfeld Ernährung geht es Konzernen wie Bayer, Monsanto, Nestlé oder PepsiCo nicht mehr nur darum, durch Lobbyarbeit von außen politische Strategien und Entscheidungen von Staaten oder Organisationen wie Weltbank, WHO oder FAO zu beeinflussen. Sie sind inzwischen selbst Schlüsselakteure in politischen Debatten und Initiativen, insbesondere durch ihre Beteiligung an Multi-Stakeholder-Plattformen. Da es Regierungen und UN-Organisationen zunehmend an finanziellen Mitteln fehlt, ist die Offenheit für die Kooperation mit zahlungskräftigen Wirtschaftsunternehmen groß. Die Bedenken wegen möglicher Risiken der Zusammenarbeit mit profitorientierten Akteuren werden hintenan gestellt.

Multi-Stakeholder-Initiativen

Der Multi-Stakeholder-Begriff kommt aus dem Unternehmensjargon und hat sich seit Mitte der 1990er-Jahre in der politischen Debatte durchgesetzt, zusammen mit dem Konzept der Public-Private-Partnerships (PPPs). Charakteristisch für die Multi-Stakeholder-Plattformen ist, dass sie sich aus zahlreichen Akteuren

e internationale Ernährungspolitik

RESSENKONFLIKTE ZWISCHEN UNGLEICHEN PARTNERN AUS.



zusammensetzen: Unternehmen aus verschiedenen Teilen der Wertschöpfungskette, Regierungen, internationale Organisationen, Forschungsinstitutionen und nichtstaatliche Organisationen (NGOs). Höchst problematisch ist, dass die Interessenskonflikte zwischen den Beteiligten, deren unterschiedliche Rollen und Verantwortungen sowie Machtungleichheiten in diesem Setting ignoriert werden und die nötigen Rahmenbedingungen fehlen, um dem entgegenzuwirken. Ein weiteres Problem besteht in der Ungenauigkeit des Begriffs „Privatsektor", der vom landwirtschaftlichen Betrieb bis hin zu einem transnationalen Unternehmen alles bedeuten kann, trotz erheblicher Unterschiede in Größe, Einfluss und Eigeninteresse.

Zwischen 2008 und 2016 wurden im Bereich Ernährungssicherheit und landwirtschaftliche Entwicklung rund ein Dutzend Multi-Stakeholder-Initiativen geschaffen. Dazu gehören die Global Alliance for Improved Nutrition (GAIN), die Alliance for a Green Revolution in Africa (AGRA), die Global Alliance for Climate Smart Agriculture (GACSA), die New Alliance for Food Security and Nutrition und die Scaling Up Nutrition (SUN)-Initiative. Mehr als 60 Unternehmen, meistens große und transnationale Konzerne, sind in mindestens zwei dieser Initiativen involviert. Mega-Konzerne wie Unilever, Cargill, Yara, Monsanto, PepsiCo sind mindestens in der Hälfte dieser Initiativen präsent.

Den Konzernen geht es zum einen darum, Absatzmärkte für ihre Produkte zu sichern. Die neuen „Partnerschaften" bieten die Möglichkeit, politische Rahmenbedingungen mitzubestimmen und somit sicherzustellen, dass diese kompatibel mit oder sogar förderlich für die eigenen Geschäfte sind. Eine weitere Motivation besteht darin, das Unternehmensimage durch die Kooperation mit NGOs und UN-Organisationen aufzuwerten und sich ein Nachhaltigkeitsprofil zu geben.

Modernisierung im Sinne des Agribusiness

Wenn man die Projekte der verschiedenen Multi-Stakeholder-Initiativen im Ernährungs- und Landwirtschaftsbereich genauer anschaut, lassen sich vor allem vier verschiedene Ziele erkennen: Erstens sollen mehr Bauern mehr synthetischen Dünger, mehr Pestizide und mehr kommerzielles Saatgut verwenden und so ihre Produktion intensivieren. Zweitens sollen sie stärker an die (internationalen) Agrargütermärkte angebunden werden; dadurch soll ihr Einkommen steigen. Drittens soll die Nachfrage nach und die Verfügbarkeit von fortifizierten (mit Mikronährstoffen angereicherten) Produkten wachsen. Dafür wird mit der verarbeitenden Industrie, Händlern und Verkäufern zusammengearbeitet. Viertens sollen politische Rahmenbedingungen so geändert werden, dass sie die Umsetzung der drei genannten Ziele fördern.

Die meisten Aktivitäten fallen in den Rahmen der „Modernisierung" des Agrar- und Ernährungssystems und entsprechen der Agenda der beteiligten Unternehmen. Bäuerliche Organisationen und soziale Bewegungen, die das Modell der „Modernisierung" des Agrar- und Ernährungssystems durch das Agribusiness wegen seiner negativen Folgen für die bäuerliche Landwirtschaft und die Umwelt stark kritisieren, sind in diesen Initiativen kaum repräsentiert.

Unter dem Stichwort der Hungerbekämpfung bewerben Agrarkonzerne ein Agrarmodell, das auf dem Einsatz ihrer Produkte beruht. Mit dem Vorwand, Ernteerträge müssten steigen, um die Weltbevölkerung ernähren zu können, stellen sie Pestizide, gentechnisch verändertes Saatgut und synthetischen Dünger als unabdingbar dar. Doch schon heute produziert die Landwirtschaft genug, um mehr als 12 Millionen Menschen zu ernähren. Das Problem besteht darin, dass fast 60 Prozent des Getreides nicht als Lebensmittel verwendet werden, sondern beispielsweise als Tierfutter und Biotreibstoff genutzt wird. Außerdem geht jährlich ein Drittel aller weltweit produzierten Lebensmittel verloren oder wird verschwendet.

Ein Agrarmodell, das auf dem großflächigen Einsatz von Pestiziden und teurem gentechnisch verändertem Saatgut beruht, leistet keinen nachhaltigen Beitrag zur Lösung der globalen Ernährungskrise. Im Gegenteil: Der übermäßige Einsatz von Agrargiften gefährdet die natürlichen Grundlagen für eine nachhaltige Landwirtschaft und die Gesundheit von Landarbeiterinnen und -arbeitern, Kleinbauernfamilien und der ländlichen Bevölkerung.

Gates-Stiftung als Türöffner

Eine oft unterschätzte Rolle als Türöffner für Konzerne spielt die Bill & Melinda Gates Foundation. Sie initiiert Allianzen und Plattformen, die Konzerne und Politik zusammenbringen. Ein Beispiel dafür ist die Global Alliance for Improved Nutrition (GAIN), die die

Gates-Stiftung im Jahr 2002 mit Unterstützung der US-Regierung gegründet hat. GAIN arbeitet mittlerweile mit 600 privaten Unternehmen weltweit zusammen, finanziert Public-Private-Partnerships zwischen Regierungen, Unternehmen und NROs und lobbyiert aktiv für die Harmonisierung nationaler Politiken zur Nahrungsmittelanreicherung. Fortifizierung wird von GAIN als „kosteneffizientestes Mittel gegen Mangelernährung" deklariert. Damit einher geht die Forderung, mehr öffentliches Geld solle in Fortifizierungsprogramme fließen. Im Jahr 2012 versuchte GAIN beispielsweise, die kenianische Regierung davon abzuhalten, mit dem Breast Milk Substitutes (Regulation and Control) Act 2012 eine starke Regulierung künstlicher Babynahrung einzuführen, die das Stillen von Säuglingen ersetzt. GAIN versuchte in einem Policy Briefing mit der kenianischen Regierung den Gesetzesentwurf zu schwächen mit dem Argument, das Gesetz würde die Umsetzung von Kenias Verpflichtungen als SUN-country behindern.

Einflussreich ist auch die Scaling Up Nutrition (SUN)-Initiative, die im Jahr 2010 gegründet wurde und sich selbst als „Bewegung" bezeichnet. Sie verfolgt inhaltlich eine ähnliche Agenda wie GAIN, nur dass dies im Namen und mit der Autorität von inzwischen über 50 Regierungen und UN-Organisationen wie Weltbank, Unicef, dem Welternährungsprogramm WFP und der Weltgesundheitsorganisation WHO geschieht. Auch SUN geht es um die Förderung von PPPs und die Harmonisierung nationaler Politiken. Gemeinsam mit dem Welternährungsprogramm organisiert GAIN das SUN Business Network, in dem inzwischen mehr als 300 Unternehmen aktiv sind. Über diese Unternehmen will das SUN Business Network 1,3 Milliarden Menschen zwischen 2013 and 2020 erreichen. BASF hat als Mitglied beispielsweise die Aufgabe übernommen, jedes Jahr 60 Millionen Menschen mit fortifizierten Grundnahrungsmitteln zu erreichen, und Hexagon Nutrition will 100 Millionen Päckchen mit Mikronährstoffpulver in Afrika, Lateinamerika und Asien verteilen.

Schneller Erfolg statt Nachhaltigkeit

Der Fokus wird auf schnelle und messbare Erfolge in der Bekämpfung der Mangelernährung durch technische und marktbasierte Lösungen gesetzt. Diese Quantifizierung klammert die strukturellen Ursachen von Mangelernährung aus und setzt jede Investition mit der Bekämpfung von Mangelernährung gleich. „Nutrition" wird dadurch zunehmend zu einer medizinischen Behandlung, statt Ernährung in Relation zum gesamten Agrar- und Ernährungssystem zu setzen. Der ganzheitliche Ansatz gerät in den Hintergrund. Im Gegensatz zu großflächigen Monokulturen, die den Boden auslaugen, würde der ganzheitliche Ansatz Maßnahmen fördern, die die Ursachen von Hunger und Mangelernährung überwinden – zum Beispiel durch die Unterstützung einer (klein-)bäuerlichen Landwirtschaft, die mit agrarökologischen Methoden vielfältige und gesunde Lebensmittel für lokale Märkte erzeugt. Fruchtbare Böden liefern nährstoffreiche Lebensmittel und stellen somit die Grundlage dar, um die Ernährung in Zukunft zu sichern. Indem Agrarökologie lokal verfügbare, erneuerbare Ressourcen nutzt und möglichst geschlossene Nährstoff- und Energiekreisläufe stärkt, fördert sie die Unabhängigkeit der Bauern und Bäuerinnen von den Produkten der Konzerne.

Die einflussreiche Stellung der Konzerne des Agribusiness und der Nahrungsmittelindustrie in der internationalen Ernährungspolitik zeigt bereits Wirkung. Öffentliche Gelder werden so gelenkt, dass sie Konzernen zugutekommen, politische Rahmenbedingungen werden an den Investitionen der Konzerne ausgerichtet und Entwicklungsinitiativen ebnen den Weg für hochproblematische politische Reformen. Das Menschenrecht auf Nahrung und die Ernährungssouveränität von Bäuerinnen, Bauern, Konsumentinnen und Konsumenten geraten dadurch in Gefahr.

Die im Welternährungskomitee (Committee on World Food Security – CFS) organisierte Zivilgesellschaft versucht, die Regierungen und UN-Organisationen auf die Risiken der ungleichen Partnerschaften aufmerksam zu machen. Eine Debatte über die Interessenskonflikte der Multi-Stakeholder-Initiativen muss dringend geführt und die nötigen Mechanismen zur Regulierung müssen eingerichtet werden. Um Hunger und Mangelernährung nachhaltig zu bekämpfen, braucht es eine Politik, die das Potenzial der bäuerlichen Landwirtschaft anerkennt und eine ökologisch nachhaltige und sozial gerechte Landwirtschaft fördert, statt die Macht weniger Konzerne auszubauen.

>> Sarah Schneider

Die Autorin ist Referentin für Landwirtschaft und Ernährung bei Misereor.

Überarbeiteter Nachdruck aus dem „welt-sichten"-Dossier 5/2017 „Partnerschaften mit Risiken", das Brot für die Welt, das Global Policy Forum und Misereor mit der Redaktion „welt-sichten" erstellt haben.

Misereor hat das Dossier „Bäuerliche Innovation" (7/2016) herausgegeben. Download unter www.misereor.de

Filmtipp:
Konzerne als Retter – Das Geschäft mit der Entwicklungshilfe (ARTE 2017, HD Doku)



Steinige Entwicklungswege

ENTWICKLUNGSDEBATTEN IN SIMBABWE SEIT DEN 1980-ER JAHREN. Ressourcen – ein Fluch oder Segen für die Entwicklung des Landes? Diese Frage und alle weiteren Entwicklungsdebatten erfordern eine Auseinandersetzung mit der über 90-jährigen Kolonialherrschaft. Sie verursachte ökonomische Gegensätze und spannungsgeladene Produktionsstrukturen.

Als das ressourcenreiche Simbabwe 1980 unabhängig wurde, zeigten sich die Konfliktlinien besonders deutlich in der Landwirtschaft: Ein prosperierender weißer Farmsektor und im Kontrast dazu 320.000 schwarze Farmarbeiter, die auf kommerziellen Farmen unter schwierigsten Bedingungen leben mussten. Die Farmarbeiterfamilien wurden in winzigen Häusern ohne fließendes Wasser oder Strom untergebracht. Ähnliches betraf den lukrativen Minensektor, der wie die Landwirtschaft von transnationalen Unternehmen unter der Leitung von Anglo-American dominiert wurde. Über 60.000 schwarze Minenarbeiter wurden hier zu sehr geringen Löhnen beschäftigt. Ausbeutung und Schinderei prägten die gewinnbringenden Kohleminen.

Sowohl die Agrarwirtschaft als auch die Minenbetreiber zahlten kaum Steuern und überließen der Regierung die Finanzierung der sozialen Dienstleistungen, der Straßen, Wasser- und Stromversorgung. Die verarbeitende Industrie war der Stolz des Regimes unter Ian Smith, sie trug während der unilateralen Erklärung der Unabhängigkeit (UDI) Rhodesiens 1975-1979 einen Großteil zum Bruttoinlandsprodukt bei.

So hatte das Land aufgrund seiner großen Produktionsleistung und der hohen Beschäftigtenzahl von 160.000 Arbeitskräften den zweitgrößten Industriezweig in Sub-Sahara-Afrika. Die rapide Expansion des Manufaktursektors unter einer importsubstituierenden Industrie verstärkte aber die Verzerrungen und die Außenabhängigkeit der drei Wirtschaftssäulen: Kommerzieller Agrarsektor, Minen und verarbeitende Industrie. Und die meisten Simbabwerinnen und Simbabwer konnten sich die dort produzierten Güter gar nicht leisten. Die kleinen afrikanischen Unternehmer blieben ebenso wie die schwarze Bevölkerungsmehrheit sehr arm.

Diese strukturellen Gegensätze waren ein typisches Beispiel für Wachstum ohne Entwicklung. Etwa 850.000 Kleinbauernfamilien, also drei Viertel der Bevölkerung, lebten dicht gedrängt in unfruchtbaren, steinigen und überweideten Gebieten – ohne adäquate Wasser- und Stromversorgung. Es waren vor allem arbeitslose Frauen, Kinder und Alte. So überrascht es nicht, dass simbabwische Entwicklungsforscher wie Lloyd Sachikonye, Ibbo Mandaza, John Makamure und John Makumbe in den 1980er-Jahren diese Paradoxien analysierten.

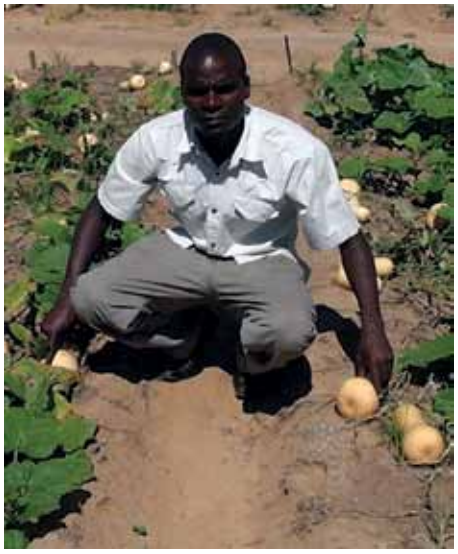
Entwicklungstheorien versus Realitäten

Liberale neoklassische Ansätze, die unter anderem Berater des Internationalen Währungsfonds in den 1980er-Jahren in Simbabwe vertraten, aber auch Entwicklungstheorien, die damals eine staatlich gelenkte und Neustrukturierung der Industrie, des Finanzwesens und anderer Institutionen verlangten, stimmten darin überein, dass Produktivitätssteigerungen und verbesserter Lebensstandard auf höherer Spezialisierung und Austausch basieren. Sogar Entwicklungsansätze, die eine staatlich geplante beschäftigungsintensive Industrieproduktion propagierten, mussten beachten: Ein Binnenland wie Simbabwe konnte keine Kapitalgüter-Industrie unterstützen, um eine eigenständige Wirtschaft aufzubauen.

Ein Ausweg hätte die regionale Integration sein können, schließlich ist das südliche Afrika sehr reich an mineralischen, agra-

Etwa 850.000 Kleinbauernfamilien, also drei Viertel der Bevölkerung, lebten dicht gedrängt in unfruchtbaren, steinigen und überweideten Gebieten – ohne adäquate Wasser- und Stromversorgung.







rischen und anderen Ressourcen, Kapital und Märkten. Doch der Southern African Development Community (SADC), der Entwicklungsgemeinschaft im südlichen Afrika, gelang es über Jahrzehnte nicht, die Region in eine moderne, industrialisierte, ausgewogene und integrierte Wirtschaftszone zu transformieren und die Lebensbedingungen von über 200 Millionen Menschen zu verbessern.

Diese eingeschränkte regionale Integration erklärt zum Teil die verschlungenen Entwicklungswege Simbabwes: Vom Pseudo-Sozialismus in den 1980er-Jahren zu wirtschaftlichen Strukturanpassungsprogrammen (ESAP) in den 1990er-Jahren, zur Landreform, massiven Rezession und Hyperinflation ab 2000 sowie einer stagnierenden Ökonomie ab 2010. Anstatt Entwicklung zu fördern, verursachten sie zusammen mit den zerstörerischen Folgen des Kolonialismus die fortdauernde Entwicklungskrise im Land. Kennzeichnend dafür sind mangelnde Investitionen, rasanter wirtschaftlicher Niedergang, Arbeitslosigkeit, Armut und Gewalt vor und nach Wahlen während der sich dahinschleppenden Herrschaft der Zanu-PF unter Präsident Robert Mugabe.

Erodierte Entwicklung

Die Erosion der Kapazitäten zur Existenzsicherung in urbanen und ländlichen Gebieten wurde zur Umkehr dessen, was Entwicklung bedeutet. Visionäre Prognosen aus den 1980er-Jahren, wonach der produktive Sektor das Potenzial für eine nachhaltige Entwicklung und grundsätzliche Verbesserungen des Lebensstandards der Stadt- und Landbevölkerung hätte, erwiesen sich als unrealistisch. Fortbestehende ethnische Differenzen und Ungleichheiten zwischen Bevölkerung und Eliten ließen solche Hoffnungen schwinden. Die bereits geringen Steuereinnahmen schrumpften, der Staat wurde von nationalen und internationalen Krediten abhängig. Verschuldung und Schuldenlast stiegen.

Die marktorientierten Strukturanpassungsprogramme des Weltwährungsfonds, wie dessen Forderungen zur Reform des öffentlichen Sektors und der Handelsliberalisierung, hatten katastrophale Folgen wie sinkende Einkommen und steigende Arbeitslosigkeit. Die eindrucksvollen Verbesserungen in Ernährung, Bildung und Hausbau bis 1990 wurden durch ESAP und die angeordneten Einschnitte in staatlichen Dienstleistungen zerstört.

Gleichzeitig konzentrierte sich die Agrarpolitik der Regierung auf die Modernisierung der Landwirtschaft, konkret auf Gelder zur technischen Ausstattung kommerzieller Großfarmen, während traditionelle Anbautechnologien und Landbesitz- bzw. Pachtverhältnisse weiterhin Hindernisse für Produktionssteigerungen blieben. Es fehlte eine umfassende politische Strategie zur Ernährungssicherung. Doch auch Wissenschaftler stritten über die Problemursachen und den richtigen Entwicklungsweg: David Moore, Edwin Brett und Bruce Campbell prangerten den Autoritarismus und die Ineffizienz der Regierung an, während Kirk Helliker die chaotische Landenteignung ab 2000 kritisierte. Ein Team um Ian Scoones bewertete die Landreform hingegen als positiv.

Urbane Existenzprobleme

Die Landumverteilung ist das konfrontativste Thema in der ganzen Entwicklungsdebatte, das betrifft auch die urbanen Gebiete. Denn die städtische Bevölkerung steigt. Während 1982 etwa zwei Millionen Menschen in Städten lebten, waren es 1992 3,2 Millionen und im Jahr 2000 4,8 Millionen. 2017 wohnen 5,1 Millionen Simbabwerinnen und Simbabwer im urbanen Raum, viele in informellen Siedlungen ohne öffentliche Infrastruktur. Gerade dort sind Armutsprobleme besonders verbreitet. Denn die Industrie ist längst geschrumpft. Vor allem die umfangreichen Schließungen von Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe hatten massive Arbeitslosigkeit zur Folge. Während 2003 noch 3,6 Millionen Menschen als Arbeitskräfte in Betrieben beschäftigt waren, sank ihre Zahl innerhalb von fünf Jahren auf 480.000. Eine Ursache ist die Wirtschaftspolitik ab 2000; sie verursachte drastische ökonomische Probleme und eine steigende Inflation, im November 2008 betrug sie schätzungsweise 79,6 Milliarden Prozent.

Trotz umfangreicher Diamantenfunde – allein 2013 produzierte Simbabwe Rohdiamanten im Wert von 16,9 Millionen Karat – und anderer mineralischer Ressourcen drehte sich die Abwärtsspirale weiter. Zwischen 2011 und 2014 schlossen 4610 Unternehmen, 55.543 Arbeiter verloren ihre Jobs. Die verbliebenen Fabriken produzierten nur einen Bruchteil dessen, was ihre Kapazitäten hätten leisten können. Grund dafür waren unter anderem fortdauernde Finanzprobleme.

2005 verschärfte die staatlich angeordnete Operation Murambatsvina (Restore Order/Wiederherstellung der Ordnung) die Problemlage. Der landesweite Abriss zerstörte über 92.000 Häuser und Unterkünfte, die als illegal kategorisiert worden waren. Ein offizieller Bericht der Vereinten Nationen dokumentierte: Auch mindestens 32.500 Handwerksbetriebe und Marktstände wurden systematisch von Bulldozern plattgewalzt. So wurden Wohnraum und Existenzgrundlagen im informellen Sektor von etwa 700.000 Menschen vernichtet, was die Armutsprobleme verstärkte.

Abermals sanken Staatsausgaben und öffentliche Leistungen kollabierten. Schon 2006 stellte die Weltbank fest, dass Errungenschaften wie die hohe Bildungsrate und Gesundheit für alle zerstört würden. Hinzu kam die Arbeitsmigration von medizinischem Personal ins Ausland. Und das in



einer Zeit, als über 13 Prozent der 15- bis 49-Jährigen HIV-positiv waren. Nach wie vor sind Geldsendungen der Migrantinnen und Migranten existenzsichernd, denn auch die Konkurrenz im informellen Sektor steigt. Davon sind nicht nur Kleinhändler/innen betroffen, sondern auch Diamantengräber und Goldschürfer/innen. Letztere produzierten in den ersten acht Monaten dieses Jahres 7,2 Tonnen Gold. Auch der nationale Goldexporterlös im Wert von insgesamt 913,4 Mio. US-Dollar im Jahr 2016 trug nicht zur Verbesserung der Lebenssituation von Kleinschürfern bei.

Bis heute sind weit über achtzig Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung im Land ohne Jobs. Viele sind auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen. Versorgungsleistungen übernehmen humanitäre Organisationen, und auch Nichtregierungsorganisationen treten seit der politischen Unabhängigkeit 1980 als Entwicklungsakteure auf.

Zivilgesellschaft gegen den Staat

Während der ersten Dekade nach der politischen Unabhängigkeit beruhten zahlreiche Entwicklungsprogramme auf Gemeindeebene zu Gesundheit, Bildung und Einkommenserwerb auf einem partnerschaftlichen Austausch zwischen Regierung und Nichtregierungsorganisationen. Advocacy-Arbeit zur Beeinflussung staatlicher Entwicklungspolitik stand nur selten auf der Agenda. Dennoch wurde das Verhältnis zwischen NGOs und Regierung ab Mitte der 1990er-Jahre spannungsgeladen und von Misstrauen beeinträchtigt – ein Prozess, der von der Regierung ausging.

In der Folgezeit beschwerten sich NGOs über Tendenzen zu staatlichem Zentralismus. Einige hatten versucht, die verheerenden Folgen der Strukturanpassungsprogramme zum Anlass zu nehmen, im Dialog mit der Regierung und staatlichen Stellen andere Entwicklungspfade zu beschreiten. Manche wollten auch konkret an Policy-Formulierungen mitwirken, um weitere Schäden zu vermeiden. Gleichzeitig richteten die Geber ihre Förderungen vor allem auf Menschenrechte aus, definierten diese aber mit Betonung auf die politischen und staatsbürgerlichen Rechte, wobei sie zumeist dazu tendierten, die sozialen und wirtschaftlichen Rechte auszuschließen. Diesen Ansatz übernahmen auch manche simbabwische Menschenrechtsorganisationen; sie verlangten gute Regierungsführung als Basis für wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Die Regierung antwortete mit gesetzlichen Restriktionen gegen die NGOs, deren Mitarbeiter, deren Internetkommunikation und Finanzen. So wurden die Kämpfe zu einer Konfrontation von „Zivilgesellschaft gegen den Staat".

Nothilfe anstatt selbstbestimmte Entwicklung

Bei etlichen NGOs, beispielsweise kirchlichen Organisationen, zeichnete sich in den 1990er-Jahren folgende Tendenz ab: Sie dünnten ihre Programme zur partizipativen Gemeindeentwicklung aus und fokussierten nur noch auf Nothilfe – eine Tendenz, die mit der Dürrekrise Anfang der 1990er-Jahre punktuell begonnen hatte. Nur wenige Organisationen setzten ihre Arbeit zur Förderung lokaler Akteurinnen und Akteure als Träger/-innen selbstbestimmter Entwicklung fort; vielen fehlten dazu die finanziellen Ressourcen. Denn Ansätze zur Armutsbekämpfung sind von Gebern gesteuert und schaffen Abhängigkeitssyndrome. Projekte werden für, aber nicht mit den Menschen geplant. Das Gegenteil wäre notwendig. Deshalb müssen die NGOs ihre Ausrichtung grundlegend ändern und die Bevölkerung von Anfang an aktiv einbeziehen.

Das ist um so wichtiger, als einige nationale und internationale NGOs nun Entwicklungsansätze bestimmen. Gleichzeitig manipuliert die Regierungspartei Zanu-PF die armen Menschen für eigene politische Interessen. Laut Weltbank zählen 3,28 Millionen Menschen in Simbabwe zu den extrem Armen und 4,4 Millionen sind ohne ausreichend Nahrung. Sie sollten als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger gesehen werden, die ein Recht auf soziale Dienstleistungen und Arbeitsplätze haben. Die ländlichen und städtischen Armen sollten nicht als Hilfsempfänger von Almosen, sondern als Marktsegmente mit Kapazitäten zu Produktion und Konsum adressiert werden. Simbabwe hat die Potenziale dazu. Doch sein Ressourcenreichtum an Mineralien und Land ist angesichts der fortbestehenden Arbeitslosigkeit und Armutsprobleme eher wie ein Fluch und kein Segen. **>> Vimbai Kwashirai**

Der Autor ist Historiker. Er forscht zur Umwelt-, Klima- und Armutsgeschichte in Simbabwe.

Fotos:
S. 15/16: cdkn/Pascal Manyakaidze/cc:by
S. 17: Shack Dwellers International/cc:by

Der Fluch des Reichtums

DIE RÜCKSICHTSLOSE PLÜNDERUNG AFRIKAS durch lokale Machthaber und in Komplizenschaft des Westens. Das beschreibt der Journalist Tom Burgis in seinem 2016 erschienenen Buch „Der Fluch des Reichtums". Er wirft ein Licht auf die Schattenseiten unseres globalen Wirtschaftssystems.

Afrika ist reich an Ressourcen, mit einem Drittel der weltweiten Rohstoffvorkommen ist Afrika in dieser Hinsicht der wohl reichste Kontinent der Welt. Die Wachstumsraten nehmen zu. Und dennoch leben 45 bis 50 Prozent der Bevölkerung in Armut, die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander, ganze Volkswirtschaften gehen zugrunde. Wie kann das sein?

Mit dieser Frage hat sich der Investigativjournalist Tom Burgis, Korrespondent der Financial Times, beschäftigt und ist der Sache auf den Grund gegangen. Die direkten Folgen der Ausbeutung sind gemeinhin bekannt: ausufernde Korruption, Gewalt und Unterdrückung. Burgis ging es aber um die Strukturen dahinter. Dafür reiste er in die wichtigsten Rohstoffstaaten des Kontinents, unter anderem nach Angola, Nigeria, Südafrika, Simbabwe und DR Kongo. Er folgte dort den verschlungenen Pfaden, um den Reichtum einer kleinen, korrupten Elite und gieriger Politiker, aber auch die Verstrickungen mit dem Westen und multinationalen Konzernen zu untersuchen.

Das Ergebnis: Es ist kein Zufall. Und Burgis benennt klar die Verantwortlichen. In seinen Recherchen deckt er intransparente Strukturen des Rohstoffhandels auf und analysiert Machtkonstellationen, die das Geschäftsmodell ermöglichen. Er entschlüsselt ein kriminelles Netzwerk aus zwielichtigen Händlern, internationalen Großkonzernen, afrikanischen Regierungen und kapitalistischen Freibeutern, das immer ähnlich funktioniert: „Über verschachtelte Firmengeflechte verschleiern Konzerne und Regierungen die tatsächlichen Erträge aus dem Rohstoffhandel" (SZ, 29.11.2017). Der Gewinn daraus wird aufgeteilt, ein Teil davon fließt in die Taschen der Machthaber und die Konzerne kommen um Steuerzahlungen herum. Es wird aufgezeigt, dass der Ressourcenfluch nicht nur eine Macke unseres Wirtschaftssystems ist, sondern ein ausgeklügeltes System der Plünderung, dessen Profiteure benannt werden können. Konzerne und Machthaber verfolgen ihre eigenen Geschäfte.

Über welche Patronage-Systeme und Korruptionspraktiken diese komplexen Netzwerke funktionieren, zeigt Burgis anhand von Fallstudien auf. In Angola, der DR Kongo oder Simbabwe etwa nutzen Parallelregierungen die natürlichen Ressourcen zur Generierung von Geldern, die im Staatsetat nicht vorkommen. In Angola ist es vor allem das Öl. Das Land gehört neben Nigeria zum größten Erdölproduzenten Afrikas. Öl und Gas machen 98 Prozent der Exporte aus. Die regierende MPLA fand, so Burgis, bald heraus, „dass die mit Öl befeuerte Maschine, die sie zur Finanzierung ihrer Kriegsanstrengungen gebaut hatte, auch anderweitig von Nutzen war" (S. 22). Das Kapitel „Die Futungo GmbH" bezieht sich auf den Namen des alten Präsidentenpalastes, von dem der einige hundert Familien umfassende Hofstaat von Ex-Präsident José Eduardo dos Santos die „Privatisierung der Macht" vorantrieb. Dabei spielt die staatliche Ölgesellschaft Sonangol eine entscheidende Rolle; ihre Verflechtung mit dem texanischen Erdölunternehmen Cobalt, das zu den Dutzenden internationalen Firmen gehörte, die um Angolas Rohöl konkurrierten, wird von Burgis akribisch aufgerollt.

Im Falle Simbabwes sind es die Diamanten aus der Marange-Region, mit denen Robert Mugabes Schattenstaat mit Hilfe internationaler Konzerne die Staatskassen geplündert hat. Im Kapitel „Die neuen Geldkönige" wird eindrücklich geschildert, mit welcher Rücksichtslosigkeit gegenüber der Bevölkerung die Diamantengeschäfte abgewickelt werden. „Der Terror in Marange ist nur das letzte Kapitel in der traurigen Geschichte afrikanischer Diamanten", schreibt Burgis (S. 280), um sich dann den Diamanten-Netzwerken und ihren Profiteuren im Westen zu widmen.

Ein großer Anteil des Bestechungssystems wäre nicht denkbar ohne eine Industrie zur Vertuschung globaler Finanzströme, deren Hauptakteure in London, der Schweiz und in zunehmendem Maß auch in den USA sitzen und die es afrikanischen Kleptokraten erst ermöglichen, ihre Macht zu behaupten. Komplizen dieser Entwicklungen sind wir aber letztlich alle, so Burgis. Die materiellen Vorzüge unseres westlichen Lebenswandels mit Mobiltelefonen, Autos, Laptops etc. werden mit diesen Rohstoffen geschaffen. Fortschritt und Wachstum beanspruchen immer mehr Rohstoffe. „Die gesamte Weltwirtschaft ist auf der ständigen Verfügbarkeit von Rohstoffen aufgebaut – aus Afrika und aus anderen Regionen. Prinzipien, die wir sonst anwenden – das Eigentumsrecht zum Beispiel oder grundsätzliche ethische Handelsstandards – werden über Bord geworfen, wenn es ums Öl, den Bergbau, Land oder anderes geht", so Burgis in einem Interview mit den NachDenkSeiten.de (21.11.2016).

Die lokalen Bevölkerungen werden buchstäblich dieses Reichtums beraubt durch eine Wirtschaft, die es einer winzigen Minderheit ermöglicht, sich durch den Abfluss des Reichtums aus Afrika selbst zu bereichern. Wie ist das zu stoppen? Eine Antwort darauf gibt Burgis nicht, aber das Problem zu diagnostizieren, ist ein erster wichtiger Schritt, um dieses zu lösen.

Tom Burgis
Der Fluch des Reichtums
Warlords, Konzerne, Schmuggler und die Plünderung Afrikas
Westend Verlag, Frankfurt 2016

Teufelskreis, befeuert durch die Weltbank

FILME ZU LANDGRABBING UND MIGRATION BEIM AFRIKA-FILM-FESTIVAL KÖLN. In vielen Ländern Afrikas sind diese Themen sichtbare Zeichen einer katastrophalen Fehlentwicklung, von fehlgeleiteter Entwicklungshilfe. Der Ausverkauf des Kontinents hat im letzten Jahrzehnt dramatisch zugenommen. Das Kölner Filmfestival vom 21. September bis 1. Oktober 2017 zeigte Aufrüttelndes auf der Leinwand.



„Diese Mine wird es geben. Gott hat diese Schätze für uns vergraben. Niemand wird uns aufhalten…“ „Meine Vorfahren starben für dieses Land. Wenn ich dafür sterbe, werde ich nicht die Erste sein…“

Es ist ein geradezu biblischer Konflikt, der im südafrikanischen Dokumentarfilm „The Shore Break“ verhandelt wird. In Amadiba an der Wildcoast von Südafrika lebt das traditionelle Volk der Pondo. Ein australisches Unternehmen will Titan im Tagebau abbauen, eine Mine und eine Schnellstraße durch die traumhafte Landschaft schneisen. Madiba, ein lokaler Unternehmer, engagiert sich mit der ANC-Regierung für das Projekt – und seine Cousine Nonleh wird zur Aktivistin, die das Volk der Pondo um sich sammelt und vor der Vertreibung schützen will. Spannend wie ein Thriller erzählt „The Shore Break“ vom erbitterten Kampf innerhalb einer Familie, im Verlauf dessen die Umweltaktivisten massiv bedroht werden. Nonhle Mbuthuma ist zu Gast beim Afrikanischen Film-Festival Köln:

„Die Mine gilt als Entwicklungsprojekt, aber wir müssen dafür das Land verlassen. Für wen wird denn da entwickelt, wenn wir weggehen? Der Investor arbeitet Hand in Hand mit der Regierung – und die bedroht uns. Und nicht nur das: Der Vorsitzende unserer Bewegung wurde im letzten Jahr bei sich zu Hause getötet. Aber es gab keine Festnahmen. Wir sind nicht gegen Entwicklung. Aber wir wollen eine nachhaltige Entwicklung.“

Die Umweltaktivistin Nonhle Mbuthuma hat mit ihrer Gruppe einen Zwischenerfolg erreicht: Durch eine Klage beim südafrikanischen Verfassungsgericht konnte das Vorhaben vorläufig aufgehalten werden. Ein hoffnungsvolles Beispiel von Selbstermächtigung. Das kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass der unkontrollierte Ausverkauf afrikanischen Ackerlands gerade in den letzten zehn Jahren extrem zugenommen hat.

Saudi-Arabien lässt in Äthiopien Reis zum Export anbauen

„Sie befahlen uns, das Land zu verlassen… Wenn nicht, greifen sie uns an.“

Der Dokumentarfilm „Das grüne Gold“, der am 5. Oktober auch in die deutschen Kinos kommt, erzählt in grandiosen und aufrüttelnden Bildern von Äthiopien. Eigentlich – laut G 20 Afrika-Gipfel vom letzten Juni in Berlin – ein „reformorientierter Musterstaat“ und Schwerpunkt bundesdeutscher Entwicklungshilfe. In Wirklichkeit aber: Ein autokratisches Regime, eine Bevölkerung, die unter Hungersnöten leidet, Nahrungsmittel importiert – während saudi-arabische Großinvestoren mitten im Land Basmati-Reis zum Exportieren anbauen. Dafür haben sie mit brutalen Mitteln die Landbevölkerung vertrieben, die sich nun bewaffnet. Neue Konflikte im ohnehin konfliktreichen Kontinent. Ein Teufelskreis, befeuert durch vermeintliche Entwicklungshilfe der Weltbank. Der schwedische Filmemacher Joakim Demmer hat mithilfe des äthiopischen Journalisten Argaw Ashine den Geldströmen nachgespürt – am Ende reisen Vertreter der Vertriebenen sogar nach New York.

„In Äthiopien hilft die Weltbank den Menschen nicht, sie schadet ihnen. Lasst uns vielmehr in Menschenrecht und Menschenwürde investieren – und nicht in die, die ihnen Leid zufügen.“

Die flammende Ansprache bleibt vergeblich. Journalist Ashine dagegen wird von der äthiopischen Regierung mit Gefängnis bedroht – noch während er für „Das grüne Gold“ recherchierte, floh er ins Exil in die USA. In Köln versucht Ashine nun, das Bewusstsein des Westens aufzurütteln.

„Die westliche Welt kann mehr tun, um die Dinge zu ändern. Was wir in diesem Film erstmals tun, ist die Zusammenhänge konkret zu zeigen: Die Quelle des Geldes, die Beteiligung internationaler Organisationen, die Perspektive der lokalen Menschen, vertrieben in Lagern. Sie beginnen nun, Widerstand zu leisten, aber ihre Beschwerde wurde von der Weltbank abgewiesen. Wie viel mehr könnte aber die Bank tun, um den Kreislauf von Hunger, Konflikt und Flucht zu beenden. Ich glaube, dass Europäer sich nach dem Film sagen: Oh, ich bin wirklich Teil von diesem Verbrechen, von diesem Problem. Was kann ich daran ändern.“

Globale Jagd der Investoren nach afrikanischem Ackerland

Südafrika und Äthiopien sind nur zwei Beispiele für die gerade in den letzten zehn Jahren entfesselte globale Jagd nach afrikanischem Ackerland, heißt es auf einer Podiumsdiskussion des Festivals. Ein kleiner Hoffnungsschimmer: Langsam beginnen auch Aktivisten in Afrika, sich zu vernetzen. Filme aus Afrika, so die Botschaft, sind nicht nur ein spannender Blick in fremde Themen und Leben – sondern ein Vehikel für Bildung und vielleicht für Weltverbesserung.

>> Dorothea Marcus

Die Autorin ist Kulturjournalistin. Der Beitrag erschien am 1.10.2017 im Deutschlandfunk. Wir danken für die freundliche Zusammenarbeit.



Foto: Julien Lagarde/wikimedia/ccby-sa

Entwicklung mit garantiertem Bankrott

DEINDUSTRIALISIERUNG, SCHULDEN UND ABHÄNGIGKEIT VOM MULTINATIONALEN KAPITAL BESTIMMEN MOSAMBIKS ENTWICKLUNGSWEG.

Seit der Kolonialzeit enthielten die mosambikanischen Produktions- und Handelsstrukturen interne Dynamiken einer systemischen Krise. Es entstand ein Exportsektor, der sich auf die erste Verarbeitung land- und forstwirtschaftlicher Rohstoffe konzentrierte: Tee, Sisal, Rohrzucker, Kopra aus Kokosnüssen, Cashewnüsse, Baumwolle etc. Das erste Ziel der kolonialen Wirtschaft war die Extraktion. Die Eisenbahnlinien, die Mosambik von Ost nach West durchkreuzen, wurden vor allem von den rohstoffreichen Nachbarländern Mosambiks benötigt. Der Bau dieser Eisenbahnlinien verlangte nach Errichtung einer Schwerindustrie, die Schienen und Waggons reparieren oder ersetzen konnte. Die Schifffahrtslinien des Überseehandels erforderten ausgebaute Tiefseehäfen, Kräne auf Zementkais, Lagerhallen etc. Damit entstand auch die Zementindustrie.

Mit der erhöhten Migration von portugiesischen Siedlern in die Kolonien ab 1950 bis zum Ende der 60er-Jahre entstand die Forderung nach einer raschen Expansion der verarbeitenden Industrien für Konsumgüter (Importsubstitution) und des Dienstleistungssektors.

Mosambik hatte also in den siebziger Jahren eine Industrie, die sich auf die erste, nicht vollständige Verarbeitung lokaler Produkte aus der Landwirtschaft stützte. Das war Mosambiks eher langsam und zögerlich wachsende Exportindustrie. Dann gab es vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg eine rasch wachsende verarbeitende Industrie, die für den expandierenden Binnenmarkt der Siedler Mosambiks Verbrauchsgüter produzieren wollte. Diese Industrie war davon abhängig, dass sie 85 Prozent der Materialien, aus denen ihre Produkte und Maschinen zusammengesetzt waren, aus dem Ausland importieren musste. Das schloss natürlich Rohöl, Benzin und Diesel ein.

Strukturelle Krise

Diese duale Struktur enthielt in sich den Keim für eine strukturelle Krise: Die Produktion der verarbeitenden Industrie war von Importen abhängig und deswegen schwach; die Exporte bestanden aus landwirtschaftlichen Rohstoffen, deren Preise vom Weltmarkt diktiert wurden: Waren z.B. die Preise für Baumwolle niedrig, konnte Mosambik entsprechend weniger importieren, der Kolonialstaat hatte geringere Einnahmen als Ausgaben in der Handelsbilanz und musste Schulden machen.

Nach Erringung der nationalen Unabhängigkeit 1975 sollten Mega-Projekte eine industrialisierte Landwirtschaft schaffen und die Wirtschaft des Landes dynamisieren. Da die Investitionsmittel zur Entwicklung gering waren, beruhte alles auf der Annahme, dass externe Geldflüsse bereit stünden. Zwischen 1980 und 1982 wurden große Investitionen in die Landwirtschaft mittels Schulden getätigt. Die Gewinne aus der modernisierten Landwirtschaft konnten aber erst realisiert werden, als die Nationalwirtschaft schon bankrott war.

Diese Entwicklungsstrategie verursachte ebenso wie der Destabilisierungskrieg , den die von Apartheid-Südafrika unterstützte Kontrabewegung Renamo gegen die Frelimo-Regierung führte, in den 1980er-Jahren eine tiefe Wirtschaftskrise. Ab 1987 wurde diese von der großflächigen Privatisierung von über 1000 Firmen im Staatsbesitz abgelöst, hinter der allerdings keine Produktivstrategie stand. Die größeren und lebensfähigen Firmen wurden an das ausländische Kapital verkauft; kleinere und obsolete Firmen gingen in die Hände lokaler Unternehmer, die meist nur ein Fünftel des ausgeschriebenen Preises zahlten. Die neuen Besitzer erhielten keine weitere staatliche Hilfe, um ihre Firmen zu rehabilitieren.

Schwindende Industrie

Die erste Folge dieser Strategie war, dass etwa 40 Prozent des noch bestehenden Industrieparks die Produktion aufgaben. Zehn industrielle Subsektoren verschwanden, einschließlich fünf Sektoren der Importsubstitution. Entwicklung hieß jetzt, dem transnationalen Kapital die natürlichen Ressourcen Mosambiks – Energiequellen, Minerale aus dem Bergbau und Ackerland zu einem niedrigen Preis – zur Verfügung zu stellen.

Die Konzentration auf Halbwaren der Rohstoffindustrie nahm zu. Im Ergebnis stammen 90 Prozent der Exporte Mosambiks zur Zeit aus neun Rohstoffen: Aluminium, Kohle, schwere Sande (d.h. Ilmenit, Zirkon, Rutil, Titanium), elektrische Energie, Erdgas, Tabak, Bananen, Zucker aus Zuckerrohr und Holz. Die Preise für diese Rohstoffe schwanken stark und unterliegen dem Diktat des Weltmarktes. Untersucht man die Importe Mosambiks, so werden 66 Prozent der Waren und 60 Prozent der Dienstleistungen von den Megaprojekten des Energiesektors benötigt. Der Rest der Importe dient hauptsächlich der Ernährung der Bevölkerung.

Die Wirtschaft Mosambiks hat heute also weniger Produktionszweige als in den 1960er-Jahren, ist schlechter über Wertschöpfungsketten vernetzt und hat eine geringere Fähigkeit, Importe durch heimische Produktion zu ersetzen. In Zeiten des be-

schleunigten Wirtschaftswachstums wird mehr importiert, aber die Arbeitsplätze und die Einkommen der arbeitenden Bevölkerung steigen nicht merklich an. Zeiten der Krise sind daher nicht atypisch, sondern systemisch begründet. Die Problemlösung muss in einer Transformation der Wirtschaft liegen.

Schulden und niedrige Steuereinnahmen

Im letzten Jahrzehnt sind die gesamten öffentlichen Schulden 13mal schneller gewachsen als die Wirtschaft des Landes. Hier verdienen die kommerziellen Schulden der öffentlichen Hand besondere Aufmerksamkeit. Zwischen 2006 und 2015 wuchsen sie von 300 Millionen US-Dollar auf 5,5 Mrd. US-Dollar an und machten so im Juni 2016 rund 56 Prozent der öffentlichen externen Schulden des Landes aus. Etwa 81 Prozent der kommerziellen öffentlichen Schulden (2016 waren das 4,5 Mrd. US-Dollar) waren das Resultat einer direkten Finanzierung von privaten Interessen im Bereich der extraktiven Wirtschaft durch die öffentliche Hand. Auf der anderen Seite der volkswirtschaftlichen Rechnung bleibt die Durchlässigkeit der Wirtschaft, also der Verlust des erarbeiteten Mehrwerts und des gesellschaftlichen Reichtums zu Gunsten privater nationaler wie ausländischer Interessen.

Zwischen 2008 und 2012 haben die drei ausländischen Firmen Mozal (Aluminiumhütte), Sasol (Gasförderung und Leitung nach Südafrika) und Kenmare (schwere Titan-Sande bei Moma) zusammen etwa 20 Prozent des Bruttosozialprodukts erwirtschaftet, aber nur zwei Prozent zum Steueraufkommen der Regierung beigetragen.

Der Verzicht auf eine Besteuerung der großen Projekte, die Erlaubnis, Kapitalgewinne in das Heimatland der Investoren zu schaffen, die niedrige Besteuerung der Re-Investierung von erzielten Profiten ausländischer Investitionen, die kaum oder nur schwach ausgebildeten Wertschöpfungsketten zwischen ausländischem und lokalem Kapital in der Nationalwirtschaft, der spekulative Charakter des Finanzsystems, die Beschränkung eines großen Teils nationaler Firmen auf eine Vermittlertätigkeit zugunsten ausländischer Konzerne, die Verramschung der natürlichen Ressourcen und der Infrastruktur des Landes zu niedrigsten Preisen an die nationalen und multinationalen Oligarchen... all das bewirkt in Kombination, dass die Kapazität der Wirtschaft, den nationalen Mehrwert zu mobilisieren, um in die Transformation der Wirtschaft zu investieren, extrem beschränkt ist.

Seit der Strukturanpassungspolitik des Internationalen Währungsfonds IWF und der Weltbank (ab 1987) ist die Verbindung mit dem multinationalen Kapital die Grundlage für die Kapitalakkumulation der entstehenden lokalen Kapitalistenklasse. Die Verschuldung des unabhängigen Staates war die Gelegenheit, diesen Mechanismus zu schaffen; sie ist zugleich eine Folge der Strategie, das ausländische Kapital überhaupt anziehen zu können. Die Verschuldung der öffentlichen Hand ist daher nicht nur eine Folge der materiellen und sozialen Struktur der Produktion, sondern sie stellt auch eine Strategie dar, um die primitive Kapitalbildung mithilfe einer Enteignung des Staates zu fördern.

Die Schulden der öffentlichen Hand haben sechs Folgewirkungen:

1. Sie verringern die Fähigkeit des Staates, eine eigenständige Wirtschafts- und Sozialpolitik zu verfolgen.
2. Sie machen aus dem lokalen Finanzsektor einen Markt von Schuldenpapieren, welcher der Entwicklung einer Produktionsbasis wenig Interesse schenkt. Das nimmt der lokalen Wirtschaft die Luft zum Atmen.
3. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt sind die Schulden so groß, dass ausländische Devisen ständig knapp und die Umtauschraten instabil sind. Das hat Wirkungen auf die Kosten der Produktion und die Kosten des Lebens. Der reale Wert der Löhne sinkt tendenziell und kleine und mittlere Firmen können sich die Anstellung neuer Arbeitskräfte nicht leisten.
4. Die kommerziellen Schulden können nicht gezahlt werden. Die Restrukturierung dieser Schulden treibt die Kosten noch weiter in die Höhe. Die Wirtschaft muss neue Kredite aufnehmen, um die Abzahlungen bedienen zu können. Der Wirtschaftspolitik geht es nicht mehr um die Entwicklung des Landes, sondern um das Schulden-Management.
5. Die Schuldenkrise läuft Gefahr, die Wirtschaft in die Implosion zu treiben. Das beinhaltet Rückzug der Investitionen, abfallendes Wirtschaftswachstum, Verlust an Arbeitsplätzen, weniger Steuereinnahmen.
6. Die aktuelle Schuldenkrise wurde damit verteidigt, dass auf künftige, noch nicht realisierte Gewinnperspektiven im Erdgassektor und auf die Vorteile einer modernen Infrastruktur verwiesen wurde. Fallen diese Perspektiven in sich zusammen, droht der Aufstieg spekulativer Tendenzen. Daher gilt: Die Megaprojekte im Kohle- und Erdgasbereich wie auch im übrigen Bergbau müssen endlich besteuert werden. Der in den Verträgen erlaubte Kapitalverlust des Staates hat den Wert von drei bis vier Prozent des BIP. Das Angebot steuerlicher Anreize ist völlig überflüssig. Hingegen ist ein besseres Angebot öffentlicher Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger des Landes absolut notwendig.

>> Gottfried Wellmer

Dieser Artikel hat sehr profitiert von zwei Artikeln, die Carlos Nuno Castel-Branco publizierte: Growth, capital accumulation and economic porosity in Mozambique: social losses, private gains. In: Review of African Political Economy Vol.41 (suppl.) 2014, S. 26-48
Carlos Castel-Branco e Fernanda Massarongo et al., Crónica de uma crise anunciada: divida publica no contexto da economia extractiva. In: IESE, IdeIAS 14 de Junho de 2016, Boletim N° 89

„Wir brauchen einen New Deal“

SÜDAFRIKAS ANTWORT AUF VORZEITIGE DEINDUSTRIALISIERUNG und den Beginn der vierten industriellen Revolution. Zu diesem Thema hat Südafrikas Minister für Handel und Industrie, Rob Davies, afrika süd ein Interview gegeben.

Im Lauf der letzten 30 Jahre ist in Ländern niedrigen und mittleren Einkommens ein Trend zu einer relativen, vorzeitigen Deindustrialisierung zu beobachten, der von der europäischen Entwicklungshilfe selten thematisiert wird. Meistens hatten diese Länder nach dem zweiten Weltkrieg einen bescheidenen Sektor der verarbeitenden Industrie hinter hohen Importschutzzöllen aufgebaut, um teure Importe aus den kolonialen „Mutterländern“ mit eigenen Produkten zu substituieren. Noch vor Ende des 20. Jahrhunderts begann aber ein Prozess, in dem sich Entwicklungsländer in Dienstleistungsökonomien wandelten, bevor sie überhaupt die Erfahrung einer ernst zu nehmenden Industrialisierung gemacht hatten. Für die reichen Länder des Nordens war die verarbeitende Industrie der sprichwörtliche Motor der technischen Modernisierung und finanziellen Entwicklung der Wirtschaft gewesen. Was bedeutet dann eine vorzeitige Deindustrialisierung für Entwicklungsländer oder Schwellenländer wie Südafrika? Eine Rückstufung in Rohstoffproduzenten ohne Aussicht auf Entwicklung? Gleichzeitig betritt Südafrika die Ära der digitalisierten Produktion.



Mitten in seiner hektisch getakteten Arbeit nahm sich Südafrikas Minister für Handel und Industrie, Rob H. Davies, Zeit, unsere Fragen zu bedenken. Wir danken der Soziologin Judith Head, ohne deren Hilfe dieses exklusive Interview für afrika süd nicht zustande gekommen wäre.

Wie lässt sich Deindustrialisierung charakterisieren? Handelt es sich um eine relative Verringerung der Zahl der Beschäftigten der verarbeitenden Industrie in der Gesamtwirtschaft sowie ihres Beitrags zum Bruttoinlandsprodukt (BIP)?

In der Tat gab es in Südafrika eine relative Abnahme des Beitrags der Verarbeitenden Industrie zum BIP, während der Beitrag der finanziellen Dienstleistungen zum BIP massiv expandierte. Die Abnahme ist relativ zu sehen, nicht in absoluten Zahlen. Aufgrund der zunehmenden Kapitalintensität und der abnehmenden Arbeitsintensität der Produktion ist die Zahl der Beschäftigten in der verarbeitenden Industrie nicht proportional zum Wachstum des Industriesektors angestiegen.

Das Ende der Uruguay-Runde (achte im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens GATT durchgeführte Welthandelsrunde von 1986 bis 1994; d. Red.) in der Welthandelsorganisation (WTO) korrespondierte mehr oder weniger mit dem Übergang Südafrikas zur Demokratie. In den frühen Jahren des demokratischen Südafrika erklärte die Regierung eine Notwendigkeit zu einer Tugend: Sie setze eine drastischere Reduzierung ihrer Importzölle durch, als von der WTO selbst gefordert. In einigen Fällen führte das zum Verlust von Arbeitsplätzen. Bis ungefähr 2009 gab es eine ungeschriebene Regel, nach der Importzölle nur sinken, aber niemals steigen könnten. Nach 2009 veränderten wir hier unsere Politik. Jetzt nutzen wir alle Optionen, die uns die WTO-Regeln noch erlauben. In einigen Fällen, wo wir Arbeitsplätze gefährdet sahen oder wo Beweise dafür vorlagen, dass dies die Industriepolitik schützen könnte, haben wir die Tarife wieder höher gesetzt.

Wie wirken sich die Handelsabkommen mit der Europäischen Union und China aus?

Das Abkommen über Handel, Entwicklung und Zusammenarbeit (TDCA) mit der EU wurde 2000 abgeschlossen. Dessen Tarifphase wurde 2012 beendet. Dieser Zeitpunkt fiel mit einem wachsenden Handelsdefizit Südafrikas gegenüber der EU zusammen. Wir kaufen immer noch viel mehr von der EU, als wir an sie verkaufen. Das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) trat 2016 in Kraft. Wir konnten das EPA auf den Warenhandel eingrenzen. Das Ergebnis stellt im Vergleich zum TDCA eine bescheidene Verbesserung dar. Für einige unserer landwirtschaftlichen Exportgüter erhielten wir besseren Zugang zum EU-Markt, während wir unser Handelsabkommen mit dem unserer Partner in der Zollunion SACU (Southern African Customs Union mit Südafrika, Namibia, Botswana, Lesotho und Swasiland; d. Red.) besser harmonisieren konnten. Um es kurz zu machen: Wir sind nicht scharf auf Freihandelsabkommen (FTAs). Wir haben auch keines mit China. Innerhalb des WTO-Rahmens und besonders im Blick auf Handelspartner außerhalb des afrikanischen Kontinents verteidigen wir unsere politischen Gestaltungsmöglichkeiten.

Aber im Zuge unserer Bemühungen zu Gunsten wachsender regionaler Integration auf unserem Kontinent setzen wir nichtsdestotrotz auf FTAs als Teil eines Programms entwicklungspolitischer Integration. Das schließt den Ausbau der Infrastruktur und Kooperation zur Förderung der Industrialisierung ein.

Worin bestand die Antwort der Regierung auf die Deindustrialisierung?

Seit etwa 2007 hat sich bei uns die Erkenntnis durchgesetzt, dass wir eine Deindustrialisierung riskieren und darauf mit einer dezidierten Industriepolitik antworten müssen. Vor 2009 identifizierte der nationale Rahmen für Industriepolitik (NIPF, National Industrial Policy Framework) die wesentlichen Aktionen, die zu ergreifen waren. Das schloss eine entwicklungspolitische Perspektive auf Importzölle ein: Wo notwendig, sollten Zölle auch angehoben werden können; hinzu kamen Finanzierungshilfen für eine weitere Industrialisierung durch die Gewährung von Krediten, Beharren auf südafrikanische Industriestandorte und andere Maßnahmen. Das wurde je nach Sektor gestaltet, aber auch querbeet, um Industrialisierung überhaupt und in allen Bereichen zu fördern.

Wir haben jetzt einen rollenden Aktionsplan zur Industriepolitik (IPAP, Industrial Policy Action Plan) mit einer Zeitperspektive von drei Jahren. Jedes Jahr wird dieser Plan erneuert; er bezieht sich auf das bevorstehende Finanzjahr und die darauf folgenden zwei Jahre. Wir versuchen, Industrialisierung tiefer zu verankern, indem wir Wertschöpfungsketten verlängern, indem wir Zulieferbetriebe für Endprodukte gründen oder neue, lokal hergestellte Produkte einführen.

Worin besteht die Antwort der Regierung auf die vierte industrielle Revolution?

Die ist ja schon Realität. Aktuell sehen wir die wachsende Einführung der Digitalisierung des Arbeitsprozesses, den zunehmenden Einsatz von Robotern in der Produktion, von künstlicher Intelligenz (AI) oder dreidimensionalen Druckern. Das alles erhöht die Anforderungen an die Qualifikation derer, die einen Arbeitsplatz in einer Fabrik anstreben. In der Vergangenheit hätte diese Art des technologischen Fortschritts den ungelernten Arbeitskräften immer noch genügend Chancen auf bestehende Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor gelassen. Aber an vielen Stellen des Dienstleistungssektors findet derselbe Übergang zur Industrialisierung 4.0 statt. Zum Beispiel führt der elektronische Handel dazu, dass der Bedarf an gering qualifiziertem Personal an der Kasse des Einzelhandels zurückgeht.

Die südafrikanische Regierung tut alles, was sie kann, um sich darauf vorzubereiten. Das schließt ein, dass wir die Gelegenheit schaffen, höhere Fähigkeiten besonders bei digitalen Technologien zu erwerben. Wir errichten eine neue Breitbandinfrastruktur für schnellere Kommunikation. Wir versuchen auch, einige der jetzt anfallenden sozialen Aufgaben anzugehen; allerdings vermuten wir, dass einige Probleme nicht auf der Ebene der einzelnen Länder gelöst werden können.

Wie wirkt sich die globale Aufblähung der Aktivitäten des Finanzsektors und die Existenz einer globalen alternativen Schattenwirtschaft aus?

Das ist in der Tat ein signifikanter Trend, welcher in der Periode um 2008 eine globale Wirtschaftskrise auslöste. Hier geht es ja nicht nur um einen Finanzsektor, der die Finanzierung von Investitionen in den produktiven Sektoren der Wirtschaft bereitstellt. Hier geht es um einen Sektor, dessen Aktivitäten weit über seine traditionelle Rolle hinaus rasant expandierten und jetzt eine Serie riskanter spekulativer Aktivitäten umfasst, die vom Ponzi-Schema (betrügerische Tricks zum Anlocken von Investitionen; d.Red.) bis zu neuen Tricks der Steuervermeidung und dergleichen mehr reichen. Das sind signifikante Probleme. Aber man kann sie nicht auf der Ebene von Nationalstaaten lösen. Wir müssen dies auf globaler Ebene lösen. Aus diesem Grund unterstützen wir den Ansatz, den dieses Jahr ein UNCTAD-Bericht aufgezeigt hat. Der Bericht hat den Titel „Austerity towards a Global New Deal". Hier geht es um strukturelle Probleme, die den Aufbau einer stabilen Grundlage für Wirtschaftswachstum, Industrialisierung und den Übergang der Arbeitskräfte in Entwicklungsländern in entwicklungsfreundliche und einkommenssteigernde Tätigkeiten gefährden.

Erfordert die Digitalisierung der Industrie nicht die Formulierung eines völlig neuen Arbeitsrechtes, um die Arbeitskräfte in der neuen, atomisierten Umwelt schützen zu können?

Was wir brauchen, ist ein „New Deal", der darauf abzielt, eine hohe Ebene von Inklusivität zu fördern. Was wir aber gegenwärtig haben, ist, dass die Gewinner gleich alle Märkte oder doch die meisten Märkte an sich reißen. Wer immer als Erster neue Produkte einführen kann, räumt riesige Gewinne ab. Diejenigen, die an zweiter oder dritter Stelle ins Ziel kommen, erhalten ein recht geringes Einkommen, wenn überhaupt.

Wenn sich aufgrund der Digitalisierung die Nachfrage nach Arbeitskräften massiv verringert, sollten wir dann nicht erst einmal die Arbeitsstunden pro Tag reduzieren? Schließlich war die erste industrielle Revolution auch begleitet von der Einführung des Acht-Stunden-Arbeitstages. Ferner ist zu hinterfragen, ob das Einkommen so direkt und eng an einen Arbeitsvertrag gebunden sein sollte, wie das jetzt der Fall ist. Das sind große Fragen, die wir in mehreren internationalen Foren debattieren. Da wir in einem globalisierten Wirtschaftssystem handeln, müssen wir sie letzten Endes auch auf globaler Ebene lösen.

Das Interview wurde von Gottfried Wellmer in Kooperation mit Judith Head, Kapstadt, am 26.10.2017 geführt.

EPAs schön geredet

KOMMENTAR ZUM INTERVIEW MIT ROB DAVIES



Südafrikas Minister für Handel und Industrie Rob Davies greift in seinem Interview mit afrika süd viele wichtige Punkte auf. Ein wichtiger Aspekt ist die Senkung der Zölle zu Beginn der Demokratisierung Südafrikas. Sie führte in einigen Fällen zum Verlust von Arbeitsplätzen, weil südafrikanische Unternehmen der Konkurrenz mit ausländischen Produkten nicht standhalten konnten, mit denen sie sich konfrontiert sahen. Die von Rob Davies erwähnte frühe Entscheidung Südafrikas zur Liberalisierung über die WTO-Forderungen hinaus entbehrte jeder vernünftigen Grundlage. In vielen südafrikanischen Kreisen wird sie als vorauseilender Gehorsam bezeichnet, der Eliten im „postkolonialen Kontext" nicht selten erfasst. Für die südafrikanischen Eliten ginge es darum zu zeigen, dass Südafrika wieder Teil der internationalen Gemeinschaft und bereit war, die Liberalisierungsagenda, für die die WTO 1995 gegründet wurde, mit voranzutreiben.

Die Gefahren der Überflutung des südafrikanischen Marktes waren für eine Ökonomie, die lange isoliert war und zum Teil unter Sanktionen stand, von Anfang an unübersehbar. So wurden u.a. die Textil- und die Lederindustrie in Mitleidenschaft gezogen. Diese Sektoren brauchten Schutzmaßnahmen. Eine Notwendigkeit einer unüberlegten Liberalisierung bestand aber nicht. Eine Öffnung der Wirtschaft durch Liberalisierung des Außenhandels war nicht die Antwort auf Südafrikas Probleme in diesen Jahren, aber die Neoliberalen, die sich in Südafrika ab Juni 1996 mit dem Wirtschaftsprogramm GEAR (Growth, Employment and Redistribution) durchgesetzt hatten, sahen es anders. Sie sahen in der Liberalisierung eine Chance, Südafrikas Anschluss an die sich globalisierende Weltwirtschaft zu schaffen. Sie haben sich getäuscht. Um den Anschluss zu schaffen, wäre nur eine gezielte Öffnung notwendig gewesen, die es ermöglicht hätte, Zwischenprodukte und Know-how zuzulassen, die vor Ort weiterentwickelt werden konnten, um Südafrikas Integration in globale Wertschöpfungsketten voranzutreiben.

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrung ist es erstaunlich, dass Rob Davies die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen schön redet. Zunächst ist die Begrenzung auf den Warenhandel nur vorübergehend, denn das SADC-EPA wie auch andere EPAs beinhalten eine Rendezvous-Klausel, die zu weiteren Verhandlungen über Dienstleistungen, Wettbewerbs- und Investitionsregeln, öffentliches Beschaffungswesen und Schutz des geistigen Eigentums normalerweise sechs Monate nach dem Inkrafttreten des Güterabkommens verpflichtet. Es stimmt schon, dass, verglichen mit dem TDCA, Südafrika einen leicht verbesserten Marktzugang für Wein, Zucker, Fisch, Blumen und Dosenfrüchte erhält. Somit verbessern sich Südafrikas zoll- und quotenfreie Importe in die EU von 95 auf 98 Prozent für einen Zeitraum von zehn Jahren. Aber was Rob Davies nicht erwähnt, sind die Kosten und die Bedingungen für diesen leicht verbesserten Marktzugang. Zu den Kosten gehört es, dass die SACU-Länder 97,8 Prozent ihrer Zolllinien gegenüber der EU komplett oder teilweise liberalisieren müssen und Mosambik 80 Prozent in nur zehn Jahren.

Zu erwähnen sind auch die Gefahren für die Regionalintegration, die von den EPAs ausgehen, von den Bedingungen zu schweigen, die erfüllt sein müssen, damit Südafrika den etwas verbesserten Marktzugang in Anspruch nehmen darf, darunter den Schutz von 251 europäischen „Geographical Indications." Darüber hinaus gilt es zu berücksichtigen, dass der präferenzielle Marktzugang nur den exportorientierten Sektoren zugutekommt, die in Südafrika bis heute von Weißen dominiert werden, während unter der Marktöffnung die überwiegende Mehrheit der kleinen Produzenten leiden wird. Alleine diese Argumente zeigen, dass die EPAs nicht so harmlos sind, wie Rob Davies sie darstellt. Das haben Nigeria, Tansania und viele andere afrikanische Länder verstanden. Südafrika kann von ihnen lernen.

Interessant ist die Frage nach der Reduzierung des Acht-Stunden-Arbeitstags aufgrund sinkender Arbeitsplätze im Zuge der Digitalisierung. Es ist erfreulich, dass solche Überlegungen auch in hohen politischen Kreisen Einzug erhalten, denn die Postwachstumsökonomen werden nicht müde zu betonen, dass der Faktor „Arbeit" zentral ist, um andere Lebensperspektiven zu erschließen. Würde man die Arbeitsstunden reduzieren, ergäbe sich zwangsläufig eine Vielzahl von Aktivitäten, denen Menschen freiwillig nachgehen könnten. Im Vordergrund stünde hier nicht die Geldakkumulation, sondern die Entschleunigung, die Menschen in vielen Berufsgruppen gut tun würde, und die Suche nach kollektiven Entfaltungsmöglichkeiten, welche, wie Serge Latouche es ausdrückt, „andere Ziele begünstigt als den materiellen Wohlstand auf Kosten der Umwelt und der sozialen Beziehungen".

Noch interessanter wird es, wenn sich Rob Davies fragt, „ob das Einkommen so direkt und eng an einen Arbeitsvertrag gebunden sein sollte, wie das jetzt der Fall ist." Die Grundeinkommensbewegung, die auch in Südafrika stark vertreten ist, hat längst schon eine klare Antwort. Sie fordert ein Grundeinkommen, das jedem ermöglicht, die Grundbedürfnisse zu abzudecken. So ein Ansatz ist umso dringender, als Arbeitsplätze in Südafrika und in der Region jetzt schon Mangelware sind, lange bevor die Digitalisierung ihre Schatten geworfen hat.

>> Boniface Mabanza



Foto: CIF Action/cc:by-nc-nd

Der Fluch ausländischer Entwicklungshilfe

TÖDLICHE HILFE STATT NACHHALTIGE ENTWICKLUNGSFÖRDERUNG: Dieser Vorwurf an die staatliche Entwicklungshilfe ist bereits in dem 1985 erschienenen Buch von Brigitte Erler, frühere Referentin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, erhoben worden. Ein Vorwurf, der auch heute noch u.a. von afrikanischen Experten wie dem simbabwischen Wirtschaftswissenschaftler Vince Musewe vertreten wird.

Ausländische Entwicklungshilfe ist, ob mit Absicht oder per Zufall, zum mächtigsten Werkzeug geworden, mit dem gewisse westliche Regierungen Afrika weiterhin als Kontinent der Bittsteller erhalten.

In seinem Buch „The Great Escape" („Der große Ausbruch") erklärt Angus Deaton, Experte für globale Armut und ausländische Entwicklungshilfe und jüngster Träger des Wirtschaftsnobelpreises, dass ausländische Entwicklungshilfe mehr schadet als nützt. Ihm zufolge korrumpiert es Regierungen und erreicht selten die Armen. Nach seinem Urteil ist die globale Armut heute nicht mehr das Ergebnis mangelnder Ressourcen oder Möglichkeiten, sondern von armen Institutionen, schlechter Regierungsführung und toxischer Politik. Obwohl immer noch Milliarden von Dollar an offiziellen Entwicklungsgeldern von den Geberregierungen an die Empfängerregierungen fließen, ist es bisher nicht gelungen, die Armut zu beseitigen. Die Gelder dienten eher kommerziellen Interessen zu Hause oder kauften politische Verbündete im Ausland.

Deaton ist natürlich nicht der einzige Wirtschaftswissenschaftler, der die nachteiligen Auswirkungen ausländischer Entwicklungshilfe auf die Empfängerländer verurteilt. Zahlreiche Theorien und Veröffentlichungen listen viele Quellen des Scheiterns von ausländischer Entwicklungshilfe auf. Die meisten von ihnen sind sich über die Tatsache einig, dass ausländische Hilfe zwar zu kurzfristigen Interventionen führt, nachhaltige soziale und wirtschaftliche Auswirkungen aber fehlen.

Seit Jahrzehnten wird die Auslandshilfe zur Unterstützung von Entwicklungsprojekten, zur Ergänzung der nationalen Haushalte, zur Entschuldung und zur Bekämpfung von Armut eingesetzt. Doch statt eine nachhaltige Entwicklung der Empfängerländer zu fördern, haben diese Darlehen und Zuschüsse wenig, wenn nicht sogar gegenteilige Ergebnisse gezeigt.

Laut William Easterly, einem Entwicklungsökonomen und Autor des Buches „The White Man's Burden" („Wir retten die Welt zu Tode"), sind in den letzten vier Jahrzehnten schätzungsweise mehr als 2,3 Billionen US-Dollar an Entwicklungshilfegeldern vom Westen nach Afrika geflossen, aber bis heute bleiben in vielen afrikanischen Empfängerländern Armut und Unterentwicklung ein gemeinsames Merkmal.

Mehr Geld verlässt Afrika, als reinkommt

Ein im Jahr 2014 veröffentlichter Bericht, der von dreizehn im Vereinigten Königreich und in Afrika ansässigen Nichtregierungsorganisationen verfasst wurde, darunter Health Poverty Action, Jubilee Debt Campaign and World Development Movement, erregte mit seiner Aussage Aufsehen, westliche Länder nützten Entwicklungshilfe für Afrika als Vorwand, um ihren Einfluss beizubehalten und die „anhaltende Plünderung" des Kontinents zu vertuschen. Jährlich verliert der Kontinent fast 60 Milliarden US-Dollar durch Steuerhinterziehung, Klimaschutzmaßnahmen und die Profitflucht ausländischer multinationaler Unternehmen. Der Bericht weist auch darauf hin, dass Sub-

sahara-Afrika jedes Jahr 134 Mrd. US-Dollar an Darlehen, ausländischen Investitionen und Entwicklungshilfe erhält, gleichzeitig jedoch würden 192 Mrd. US-Dollar aus der Region abfließen und damit ein Defizit von 58 Mrd. US-Dollar hinterlassen. In Bezug auf Entwicklungshilfegelder schicken die westlichen Länder jedes Jahr etwa 30 Mrd. US-Dollar nach Afrika, doch mehr als das Sechsfache dieses Betrags verlässt den Kontinent, „hauptsächlich in die Länder, die diese Hilfe bereitstellen". Ebenso wird der Abbau von Ressourcen unter dem Deckmantel der Hilfe durchgeführt. Mit anderen Worten, es fließt mehr Geld aus dem afrikanischen Kontinent raus als das, was hereinkommt. Millionen von Afrikanern bleiben mittellos und arm zurück.

Im Gegensatz zum konditionalen und belehrenden westlichen Geberansatz bietet sich China als alternative Quelle für „freundschaftliche" Hilfe für Afrika an. Chinas Ansatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Empfängerländer hat dazu beigetragen, seinen Einfluss in Afrika zu stärken. Obwohl China behauptet, dass es den Empfängerländern keine politischen Ansichten, Ideale oder Prinzipien aufdrängt – was sich in „bedingungsloser" Unterstützung widerspiegele –, gibt es unumstößliche Beweise, dass Chinas Motive in erster Linie in der Rohstoffgewinnung liegen. Bedingungslose Hilfe wird im Austausch gegen begünstigte Zugänge gewährt. Darüber hinaus wird China häufig auch der skrupellosen Hilfe beschuldigt, weil es Geberbeziehungen mit Staaten eingeht, denen schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden.

Teufelskreis der Hilfe

Die Entwicklungsökonomin Dambisa Moyo formuliert in ihrem Buch „Dead Aid" klar, was sich hinsichtlich ausländischer Hilfe ändern muss: „Es ist an der Zeit, aufzuhören so zu tun, als würde das derzeitige hilfsbasierte Entwicklungsmodell ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum in den ärmsten Ländern der Welt herbeiführen. Das wird nicht der Fall sein." Ihr zufolge ist das Nettoergebnis der Hilfsabhängigkeit, dass statt eines funktionierenden Afrika, das von Afrikanern für Afrikaner verwaltet wird, eines übrig bleibt, in dem Außenstehende versuchen, sein Schicksal zu bestimmen und das Sagen haben. Sie ermutigt die Entwicklungsländer, bewusst neue Wirtschaftspläne zu entwickeln, die weniger auf Hilfe und dafür mehr auf Handel und Investitionen von privaten Kapitalmärkten basieren.

Eine weitere kritische Frage, die Moyo in ihrem Buch aufwirft, bezieht sich auf die Auswirkung von Entwicklungshilfe auf die lokalen Kapitalmärkte und den Wirtschaftssektor in den Empfängerländern. Auch andere Beispiele von subventioniertem Genmais oder Altkleidern, die lokale Märkte zu Dumpingpreisen überschwemmen, während Bauern und Schneiderinnen arbeitslos werden, verdeutlichen die Schwächung lokaler Märkte. Ein produzierendes Gewerbe entsteht nicht. Zölle auf Rohwaren sind niedriger als auf verarbeitete Produkte, wie das beispielsweise bei Kaffeebohnen bzw. gemahlenem Kaffee der Fall ist. Die Botschaft dahinter verdeutlicht der Wirtschaftswissenschaftler James Shikwati in einem Interview mit der FAZ vom 4.4.2007: „Produziert keine Endprodukte! Packt die Rohwaren in Säcke und liefert sie uns, und wir schicken euch dann gerne die Endprodukte."



Die Auslandshilfe stützt nach Moyos Analyse zudem korrupte Regierungen und versorgt sie mit frei verfügbarem Geld. Diese korrupten Regierungen beeinträchtigen die Rechtsstaatlichkeit, die Schaffung transparenter ziviler Institutionen und den Schutz der bürgerlichen Freiheiten, wodurch inländische und ausländische Investitionen in arme Länder unattraktiv werden. Größere Undurchsichtigkeit und weniger Investitionen verringern das Wirtschaftswachstum, was zu weniger Arbeitsplätzen und zunehmender Armut führt. Als Antwort auf die wachsende Armut geben die Geber mehr Hilfe, was die Abwärtsspirale der Armut fortsetzt. Solange die Länder arm bleiben, können korrupte Regierungen auf ausländische Geldflüsse zählen.

„Das ist der Teufelskreis der Entwicklungshilfe: ein Kreislauf, der dringend benötige Investitionen abwürgt, eine Kultur der Abhängigkeit schafft, wuchernde und systematische Korruption erleichtert – dieses alles mit schädlichen Folgen für das Wachstum. Dies ist der Zyklus, der in der Tat die Unterentwicklung aufrechterhält und wirtschaftliches Versagen in den ärmsten der hilfsabhängigen Länder garantiert", schreibt Moyo.

Wachstumsverhinderung

Es gibt auch überwältigende Beweise dafür, dass ausländische Entwicklungsprogramme bei fehlender Rechenschaftspflicht und fehlenden Kontrollmechanismen eher als Ersatz für Steuereinnahmen fungieren. Solange Entwicklungsgelder ins Land fließen, brauchen die Regierungen keine effizienten Steuersysteme einführen, die die Reichen und Mächtigen in die Pflicht nehmen. Die Steuereinnahmen werden dann zur Quelle von Korruption und unproduktiver Mittelverschwendung, statt in produktive Sektoren wie Gesundheit, Bildung und Infrastruktur gelenkt zu werden.

Bekanntlich sind gerade Regierungen von Ländern, die ein hohes Maß an Hilfe bekommen, tendenziell weniger an der Förderung von Unternehmern und der Entwicklung einer starken Mittelschicht als an der Vorantreibung ihrer eigenen finanziellen Interessen interessiert. Ohne eine starke wirtschaftliche Stimme ist eine Mittelschicht machtlos, ihre Regierung zur Rede zu stellen. Mit leichtem Zugang zu Bargeld aus der Auslandshilfe bleibt eine Regierung allmächtig und nur ihren Hilfsgebern und nicht ihren

Bürgern gegenüber rechenschaftspflichtig. In ihrem Wachstum gehemmt, erreicht die Mittelklasse niemals jene kritische Masse, die sich historisch als wesentlich für den wirtschaftlichen und politischen Erfolg eines Landes erwiesen hat. Anstatt eine starke, dynamische Mittelschicht zu entwickeln, um das Wirtschaftswachstum zur Linderung der Armut anzukurbeln, erstickt die Hilfe das Wachstum und erhöht dabei die Armut.

Entwicklungshilfe hilft den Armen nicht

Bei all den vorhandenen Beweisen dürfte klar sein, dass Afrika definitiv nicht Endbegünstigter ausländischer Entwicklungshilfe ist. Es braucht einen Paradigmenwechsel für den Bereich der Entwicklungshilfe in Entwicklungsländern, um fruchtbare Ergebnisse zu erzielen. Dafür müssen zwei Schlüsselaspekte berücksichtigt werden:

Ausrottung des Hilfeabhängigkeitssyndroms: Es ist dringend notwendig, dass die Empfängerländer ihre Entwicklungsverantwortung wahrnehmen und weniger auf Hilfe angewiesen sind. Dies erfordert nicht nur eine Einstellungsänderung, sondern auch die Schaffung eines institutionellen Rahmens in den Empfängerländern, der die Sparkultur, die Rechenschaftspflicht der Führungskräfte, die Rechtsstaatlichkeit und die ordnungsgemäße Verwaltung und Zuteilung von Ressourcen fördert.

Bessere Wirtschaftsentwicklungspolitik: Es liegt auf der Hand, dass sich die Entwicklungshilfe bei einer schlechten Politik keineswegs positiv auf das Wachstum auswirkt, wobei vereinzelte Projekterfolge auch dazu genutzt werden, um eine künstliche Stabilität zu suggerieren. Die anhaltende Auferlegung politischer Maßnahmen sind geberorientiert und gehen nicht notwendigerweise die zentralen sozialen Aufgaben und Probleme an der Basis an. Damit bleiben sie ein Hindernis für die wirksame Nutzung der Entwicklungshilfe zur Förderung einer nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, die von den Empfängerländern selbst gesteuert wird. Entwicklungshilfe, die nicht den Lebensstandard der armen ländlichen Gebiete verbessert, das Leben marginalisierter Bürgerinnen und Bürger stärkt und nicht zu einer inklusiven makroökonomischen Entwicklung führt, sollte weder unterhalten noch akzeptiert werden.

Die offensichtlichen Schlussfolgerungen aus allen oben angesprochenen Problemen sind, dass erstens Entwicklungshilfe den Armen nicht hilft, sondern



Geberinteressen bedient sowie in den Ländern autokratische Regime und eine Elite stärkt und festigt, die bald ihre eigenen politischen Interessen und nicht nationalen Interessen verfolgen. Es kann daher die Unterdrückung verstärken, das Wachstum einer starken Mittelschicht einschränken und die Armen, die eigentlich die beabsichtigten Endbegünstigten sind, weiter marginalisieren.

Zweitens sind Zuwendungen keine entscheidende Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung, da sie lokale Märkte verzerren können. Sie neigen dazu, Regierungen ein falsches Gefühl der Sicherheit zu geben, zu Missbrauch von Steuereinnahmen zu führen und die Korruption zu erhöhen, was zu schwerwiegenden politischen Ineffizienzen führt, die das Wirtschaftswachstum ersticken. Sie haben tendenziell kurzfristige Auswirkungen und können vorübergehende Erleichterung bieten, fördern aber langfristig nicht die Schaffung nachhaltiger Einkommen, insbesondere für die marginalisierten Armen.

Ausländische Entwicklungshilfe hat daher nicht die beabsichtigten Ziele erreicht, und dies erfordert einen völlig neuen und informierten Ansatz, wenn Afrika aus eigener Initiative und in Eigenregie aufsteigen will. Dass dies möglich ist, formuliert James Shikwati auf die Frage, was passieren würde, wenn die Entwicklungshilfe von heute auf morgen gestoppt würde: „Zunächst gäbe es eine Krise, aber dann käme es zu einer Wiedergeburt. Die Afrikaner würden erkennen, dass sie die Lösungen ihrer Probleme vor der eigenen Haustür finden." **>> Vince Musewe**

Der Autor ist Wirtschaftswissenschaftler und politischer Analyst, ansässig in Harare/Simbabwe.

Literatur:
Angus Deaton, Der große Ausbruch: Von Armut und Wohlstand der Nationen, Stuttgart 2017

William Easterly, The White Man's Burden: Why the West's Efforts to Aid the Rest Have Done So Much Ill and So Little Good, New York 2006

Dambisa Moyo, Dead Aid: Warum Entwicklungshilfe nicht funktioniert und was Afrika besser machen kann, Berlin 2011

„Die afrikanische Moderne ist schon da, sie wird täglich neu erfunden“

INTERVIEW MIT FELWINE SARR. Den Geist zu dekolonisieren, das Imaginäre wiederzufinden, ein System der Repräsentanz zu etablieren, das Individuen in den Mittelpunkt stellt: Für den senegalesischen Ökonom und Autor Felwine Sarr verfügt der afrikanische Kontinent heute über alle Mittel, um ein Laboratorium der Ideen und einer neuen Ordnung zu sein. Mit ihm sprach Wendy Bashi.



Im ersten Kapitel Ihres Buches „Afrotopia“ erwähnen Sie einen doppelten Diskurs, wenn man vom Kontinent Afrika spricht: Es geht einerseits um eine leuchtende und andererseits um eine chaotische Zukunft. Wird sich in der Realität nicht die Bestürzung über das Chaos durchsetzen?

So weit würde ich nicht gehen. Angesichts einer großen Zahl von Krisen, von Ländern mit Kriegen, den Schwierigkeiten, Grundbedürfnisse zu befriedigen oder die Macht zu organisieren, wie auch die Beteiligung aller in gleicher und gut verteilter Weise, ja, da gibt es Bestürzung. Aber ich komme auf dem Kontinent herum, in den Städten, auf dem Lande, in verschiedenen Regionen, ich habe nicht das Gefühl, dass die Afrikaner bestürzt sind über ihre Lage in der Welt.

Viele Länder Afrikas werden heute als Staaten mit erheblichem Wachstum dargestellt, Beispiele wie Ruanda oder Ghana werden genannt. Zugleich aber zeigt sich im Alltag der Menschen, dass es ganz anders zugeht. Wie erklären Sie sich als Ökonom diese Diskrepanz?

Man kann das Ganze auf zwei Ebenen betrachten. Zum einen gibt es einen Fetischismus des Wachstums. Wachstum an sich sagt nicht viel aus, denn entscheidend ist ja, ob es die Lebensbedingungen der Menschen verbessert. Wir sollten da nicht Aussagen hineininterpretieren, die nicht darin enthalten sind. Der Indikator sagt nichts über Ungleichheiten, Beschäftigung und Wohlergehen aus, wie diese Vermögenszunahme umverteilt wird oder zur Verbesserung des Lebensniveaus beiträgt.

Man muss sich nicht nur in Bezug auf Afrika vom Fetischismus des Wachstums trennen. Man muss den Begriff neu definieren. Beobachtete Tendenzen zu wachsendem Wohlstand sind zwar richtig, aber das bedeutet nicht, dass den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprochen wird. Wenn Sie eine Gesellschaft haben, in der eine Minderheit Reichtum und Macht an sich reißt, wird sich auch durch Wachstum kaum etwas ändern.

Es wird viel über die große globale Krise in ökologischer und wirtschaftlicher Hinsicht und einen Anstieg von bewaffneten Konflikten gesprochen. Was sind die Ursachen und wie sehen Sie diesbezüglich die Reaktionen Europas?

Die Hauptursache ist bekannt: das westliche kapitalistische Modell. Es hat gravierende Folgen für die Umwelt, belastet die Ressourcen des Planeten stark und bedroht seine Regenerationsfähigkeit. Der Kurs muss sich ändern, das ist eine grundlegende Frage. Da geht es auch um eine bedeutende zivilisatorische Entscheidung, wie man das industrielle Abenteuer des 20. Jahrhunderts in Europa anhalten kann, wie man eine intelligentere Beziehung zwischen Ökonomie und Ökologie herstellen und viel ressourcenschonender, respektvoller gegenüber der Umwelt und nachhaltiger sein kann. Das Problem ist freilich, dass, was immer in einer Region entschieden wird, Auswirkungen auf planetarer Ebene hat und die desaströsen Folgen überall spürbar werden. Damit ist es eine globale Frage.

Sie sprechen von Dekolonisierung des Geistes und davon, die Vorstellungskraft neu zu erfinden. Gibt es da nicht die Gefahr, die Vergangenheit zu glorifizieren?

Nein, man sollte nicht in eine solche intellektuelle Falle geraten. Die Tradition ist ein symbolisches Kapital, das man erneut mobilisieren muss. Sie ist nie erstarrt, wenn man Tradition sagt, meint man kulturelle Sachverhalte, die Menschen im Laufe der Zeit stabilisieren. In diesem Erbe muss man nach dem suchen, was funktioniert hat, um es zu reaktivieren und gegebenenfalls anzupassen. Diese Sachverhalte wurden erfunden, um den Herausforderungen der Gegenwart zu begegnen. Man muss festhalten, dass

unsere Vergangenheit systematisch niedergemacht worden ist. Der Kolonialismus hatte ja nicht nur mit Waffen oder Waren zu tun, sondern damit, dass ihre Ideen an die Stelle der unseren gesetzt wurden. Wie können wir als die ältesten Zivilisationen der Welt gelten und dann auf lange Sicht keine interessanten Antworten hervorgebracht haben? Europa hat sich ja auch eine alte Zivilisation angeeignet, die der Antike. Wer uns Afrikaner an einer solchen Wiederbefruchtung hindern will, redet dann gerne von „Nostalgie". Es ist diese subtile Art, uns mitzuteilen, dass unser Beitrag zur Welt nichts wert sei. Daher müssen wir diese Art von Diskurs ablehnen.

Wie soll man der Krapfen-Verkäuferin an der Straßenecke in Kinshasa oder dem Bauern der Sahel-Zone erklären, dass man die Vorstellungskraft neu erfinden muss?

Ich denke, dass deren Vorstellungskraft weniger belastet ist. In unseren ländlichen Gebieten sind die Menschen weniger vom Wunsch infiziert, im Zeitalter von Industrie und Neoliberalismus zu leben. Nein, all das betrifft unsere Eliten, deren Hauptanliegen es ist, ein Modell zu imitieren, das systematisch alles abwertet, was auf dem Kontinent produziert wird. Stattdessen glauben sie, mit dem Streben nach Höherem Lebensformen zu erreichen, die aus dem Westen kommen. Diese Arbeit findet auf mehreren Ebenen statt, sie erfordert Wissen, Kino, die Künste, das Bild, das wir von uns selbst haben. Sie bedeutet, uns unserer Kulturen und unseres Erbes gewahr zu werden und diese sich wieder anzueignen. Das heißt nicht, dass wir nicht kritisieren dürfen, was rückschrittlich ist, aber offensichtlich gibt es viele grundlegende Ressourcen, denen wir folgen müssen.

Was sollten wir von afrikanischen Traditionen behalten und was sollte geändert werden?

Dies erfordert einen Diskurs von zivilisatorischer Bedeutung, der die Art der Gesellschaft reflektiert, die wir aufbauen wollen, und die Werte, die im Mittelpunkt dieser Gesellschaften stehen sollten.

Es gibt verschiedene Formen des Wirtschaftens, die wir Kreislaufwirtschaft nennen, die Ökonomie des Schenkens und Gegenschenkens, in denen Beziehungen und Austausch anders betrachtet werden. All diese Formen sind latent vorhanden, sie existieren in Gesellschaften und verdienen es, daraufhin überprüft werden, wie sie uns helfen können, auf die Dringlichkeit zu reagieren, das Wirtschaftliche, das Soziale, das Politische und die Beziehung zum Leben neu zu erfinden. Das ist meiner Meinung nach die globale Frage der Zukunft: Wie erfinden wir unsere Zivilisation neu? Wie gestalten wir unsere Beziehung zu unserer Umwelt?

Was ich in unseren Kulturen grundlegend finde, ist, dass sie schon wissen, wie man soziale Bindungen webt, wie man Konvivialität und Zusammenhalt schafft und Unterschiede artikuliert. Natürlich gibt es wie in allen Gesellschaften Reibungen und Probleme, doch man weiß dem Einzelnen seinen Platz in der Gruppe zu geben. In einer Welt, die sich auflöst, in der überall Gesellschaften zusammenbrechen, wo die soziale Bindung zum Problem wird und die zentrifugalen Tendenzen des neoklassischen Individualismus herrschen, müssen wir wissen, wie man Gemeinschaft wiederherstellt. Das bedeutet nicht, Individualität zu leugnen, doch die gesamte menschliche Produktion wird von der Gruppe erledigt. Da, finde ich, haben unsere Gesellschaften in der Sprache der Ökonomen einen außerordentlichen Wettbewerbsvorteil. Wir haben viel zur Welt beizutragen.

Gibt es hier Überschneidungen zu Ansätzen wie Degrowth, Transitions Towns, Ubuntu oder Buen Vivir?

Die afrikanischen, asiatischen und indischen Welten haben Antworten auf wirtschaftliche, ökologische, gesellschaftliche Themen geliefert, die sich nicht erschöpft haben. Auf diese Ressourcen können wir uns stützen, können, wenn wir bereit sind, in sie investieren.

Ich denke, dass der alternative Modus, den wir wollen, durch die Formulierung all dieser Ansätze erreicht wird. Die Vielfalt der Erfahrungen bietet interessante Möglichkeiten. All diese Initiativen interessieren mich, denn sie sind Gesichter eines Experiments, das man ausprobieren kann. Es wird in verschiedenen Kontexten spezifische Antworten geben.

Wie würde Afrika in diesem neuen demokratischen System aussehen? Wie würde das Problem der Repräsentation gelöst?

Ich weiß es nicht, ich weiß nur, dass wir es erforschen müssen. Für jede Art von Problem werden wir die Institutionen finden, die die Teilnahme möglichst vieler Menschen, Ausgewogenheit, Gleichheit, gegen Macht und unter Berücksichtigung der Optionen des kollektiven Lebens gewährleisten. In vorkolonialer Zeit gab es im Senegal Gesellschaftsstrukturen, in denen die Menschen auf vielerlei Art in sich überlagernden Netzwerken verbunden waren. Da gab es die auf die Geburt bezogenen Netzwerke, matrilineare oder patrilineare Abstammungslinien, sozio-professionelle Netzwerke, ethnische Netzwerke, Altersklassen-Netzwerke. All diese Gemeinschaften sind konzentrische Kreise, die Dinge werden miteinander geteilt, das bedeutet für mich Reichtum. Es gab Versammlungen für jede Art von Gemeinschaft, für jede Gemeinde, die wirklich repräsentativ waren. Ich glaube an den Genius der Gesellschaften, wir müssen diesen nur in Aktivität umsetzen.

Heute redet man oft von der problematischen Bevölkerungsentwicklung Afrikas. Die Afrikanische Union hat unlängst einen Fahrplan veröffentlicht, wonach vornehmlich in die Jugend investiert werden muss. Wie denken Sie, kann man die demographische Dividende zu einer Kraft für den Kontinent nutzen?

Felwine Sarr: Afrotopia
Geboren 1972 in Sine-Saloum, 150 km südlich von Dakar, studierte Ökonomie in Orléans, Frankreich. Er ist Direktor der ökonomischen Fakultät an der Universität „Gaston Berger" in Saint-Louis im Senegal.
In „Afrotopia", 2016 bei Ed. Philippe Rey erschienen, plädiert Sarr für eine Zukunft Afrikas, bei der das kulturelle, politische und spirituelle Erbe des Kontinents Einzug hält in die Verwaltungssysteme. Eine englische Übersetzung wird voraussichtlich im Frühjahr 2017 erscheinen.

Es besteht ein breiter Konsens darüber, dass man vorwiegend in Humankapital, also in Bildung und Gesundheit, investieren muss. Wenn man in das physische Wohlbefinden des Menschen, in seine intellektuellen Fähigkeiten investiert und seine Kapazitäten transformiert, wird er ein nützlicher Agent sein. Aus rein ökonomischer Sicht wird er eher dazu beitragen, Reichtum zu produzieren. Dass man in das Humankapital investieren und dies von Qualität sein muss, darüber dürfte es in der Theorie kaum Kontroversen geben. Politisch stellt sich indes die Frage, wie man dahin kommt, dass weniger für das Militär, den Sicherheitssektor und andere Bereiche ausgegeben wird, wenn man von der Prämisse ausgeht, dass Investitionen in den sozialen Bereich an erster Stelle stehen müssen, um Entwicklung, Wachstum, Frieden und Sicherheit zu erreichen. Das ist die große Herausforderung.

Wie sieht denn der Weg in die Modernität Afrikas aus?

Wenn ich in Dakar, Abidjan und anderen Hauptstädten Afrikas unterwegs bin, sehe ich, dass die afrikanische Modernität schon präsent ist. Ich schaue mir an, wie die Menschen ihre Synthesen betreiben, wie sie sich kleiden, sei es mit afrikanischen oder nichtafrikanische Stoffen, die auf aktuelle und moderne Art stilvoll sind. Sie kleiden sich in Anlehnung an verschiedene internationale Stile, die sie in Beziehung zu Afrika artikulieren, das ihnen gehört, in dem sie eine Produktion haben, die ihnen gehört. Modernität ist also kein Prozess, sie ist schon da. Das Problem ist allerdings, zu begreifen, dass man modern sein kann, ohne westlich zu sein. Das sind zwei verschiedene Dinge, denn Modernität entsteht überall. Es gibt sie in Asien, Afrika und in Indien, sie erfindet sich jeden Tag neu.

Wie stellt sich bei dieser Suche der Unterschied in der Forschung zwischen Senegal und Südafrika dar?

Natürlich sind die südafrikanischen Universitäten unvergleichlich reicher, sie haben mehr Mittel. Darüber hinaus sollte man Achille Mbembe befragen, der ja in Südafrika lehrt und weiß, ob man sich dort einer Forschung zuwendet, die ich eine prospektive Forschung nennen würde, eine Forschung, die darauf abzielt, die Formen von morgen zu erfinden. Was ich an den senegalesischen Universitäten kritisiere: Sie nehmen lokale Probleme nicht hinreichend wahr, sie sind auch keine Agenten der Transformation ihrer eigenen Umgebung. Sie sind noch allzu sehr von der kolonialen Tradition geprägt, auch wenn es da interessante Ansätze zur Erneuerung gibt, z.B. in der Universität, in der ich lehre.

Während der letzten Ausgabe der von Ihnen initiierten Denkwerkstätten in Saint Louis haben Sie von einer „Afrikanisierung der globalen Frage" gesprochen. Was meinen Sie damit?

Afrika hat dazu alle Mittel, Indien und Lateinamerika machen auch interessante Vorschläge. In Bolivien hat man das Recht der Natur in die Verfassung aufgenommen, die Bewegungen der Indigenen haben verdeutlicht, dass die Trennung von Kultur und Natur eine westliche Vorstellung ist. Natur ist Teil der Gemeinschaft, Erde ist wie eine Mutter, sie ist unveräußerlich und darf nicht zerstört werden. Afrika ist vor allem deswegen interessant, weil der Kontinent alt ist, mit einer alten Zivilisation und Wiege der Menschheit, zugleich aber auch jung, mit einer wachsenden Bevölkerung, einer jungen Bevölkerung. Und weil Afrika nicht vollständig in das Abenteuer des 20. Jahrhunderts verstrickt ist, gibt es Räume für Initiativen, Platz für Konstruktionen, Orte zu besetzen und zu bewohnen, Städte noch zu erbauen; all das sind Elemente, um vieles anderes neu zu gestalten.

Worum geht es in Ihren nächsten Denkwerkstätten?

Wir haben als allgemeines Thema „Planetare Bedingungen und Lebenswelten", und Themen wie Dekolonisation, die Verbreitung von Wissen, Feminismus, Wirtschaft, Formen der Demokratie, Souveränität, Panafrikanismus, den Roman, Identitäten in der Diaspora.

Was ist denn nun Afrotopia? Und wie können wir diesen Ansatz erreichen?

Das liegt an uns: Es geht uns vor allem um einen neuen geistigen und psychologischen Horizont, ihm eine präzise Form zu geben. Das ist das Wichtigste. Zunächst müssen wir an der Imagination arbeiten, aufzeigen, dass der Horizont nicht verschlossen, sondern offen ist, es viele Möglichkeiten gibt, in unserem konkreten Kontext etwas Neues zu erfinden. Das Universum ist nicht blockiert. Afrotopia ist der Ort unserer Erfüllung, an dem wir uns entfalten können.

Foto S. 29: Denkwerkstatt 2016: Felwine Sarr (Mitte) mit Achille Mbembe und der Philosophin Yala Kisukidi.
Bild: Guillaume Bassinet

Afrika als Labor für die Zukunft

ACHILLE MBEMBE UND DIE THEORIE DES POSTKOLONIALISMUS







Der Philosoph und Historiker Achille Mbembe gehört zu den einflussreichen Vordenkern Afrikas. Mbembe ist weltweit unterwegs, er lehrte an Universitäten in den USA und forscht heute am Wits Institute for Social and Economic Research an der Witwatersrand-Universität in Johannesburg. Wie sein senegalesischer Kollege Felwine Sarr ist auch Mbembe ein weltgewandter „Afropolitan". Beide nehmen ihre Herkunft zum Anlass, um über die „conditio humana" nachzudenken. Sie haben in Dakar Denkwerkstätten eingerichtet, in denen die „Afrikanisierung der globalen Frage" debattiert wird.

„Die Zeit scheint für uns zu arbeiten. Es gibt in der heutigen Welt kein ‚Zentrum' mehr, das Gesetze erlässt und dem Rest seinen Willen aufzwingt, auch wenn es natürlich immer noch Herrschaftsdomänen gibt", meint Mbembe in einem Interview mit der französischen Libération (5.7.2017). „Eine der Stärken der neuen Bewegungen des afrodiasporischen Denkens ist es, an Schnittstellen zu arbeiten. Denn wo immer sie sind, diese Denker sind sowohl drinnen als auch draußen und gehören mehreren Welten gleichzeitig an, sie sind in der Lage, einen neuen Diskurs zu artikulieren."

Mbembe bezieht sich dabei auf Nadia Yala Kisukidi, Elsa Dorlin, Francoise Vergès, Mamadou Diouf, Hourya Bentouhami, Abdourahmane Seck oder Pap Ndiaye, alles Namen, die einem deutschen Publikum weniger bekannt sein dürften, die aber in der französischsprachigen afrikanischen Diaspora zu den kritischen Denkern gehören, die eine Antwort auf brennende Fragen wie Islam, Staatsbürgerschaft, Rassismus, Lage der Minderheiten oder Gender geben.

Während Felwine Sarrs „Afrotopia" noch auf eine deutsche Übersetzung wartet, wird Mbembe hierzulande bereits rezipiert. Bekannt wurde er mit seiner „Kritik der schwarzen Vernunft" (Suhrkamp, Berlin 2014), ein Titel, der sich an die „Kritik der reinen Vernunft" von Immanuel Kant, dem Ende des 18. Jahrhunderts veröffentlichten Meilenstein der Erkenntnistheorie, anlehnt. Für sein Buch wurde Mbembe 2015 mit dem Geschwister-Scholl-Preis ausgezeichnet.

In dem Essay zeigt er auf, wie sich der globale Kapitalismus seit dem Beginn der Neuzeit aus dem transatlantischen Sklavenhandel entwickelt hat. Man mag über Begriffe wie „Rasse" und „Neger" stolpern, Mbembe behandelt sie als „reale Fiktionen". „Das Wort Neger bezeichnet ursprünglich ein Objekt, das verkauft werden kann. Neger ist also ein anderes Wort für Ware. Ich verwende es als analytische Kategorie. Neger ist ein Synonym für die Unterdrückten dieser Erde", so Mbembe in einem Interview mit dem Spiegel (11/2017). „Die Universalisierung der ‚conditio nigra' ist ein konstitutives Moment der Moderne. Man könnte auch sagen: Die Welt wird schwarz." In seiner neoliberalen Spielart überträgt der Kapitalismus die Figur des „Negers" auf die gesamte „subalterne Menschheit". Je entfesselter der Kapitalismus und die Globalisierung sich ausbreiten, desto schneller verwandeln sich Menschen laut Mbembe in Objekte, „in digitale Daten und Codes". Im weltumspannenden Imperium des neoliberalen Kapitalismus sei auch Europa nur eine weitere Provinz.

So wie Felwine Sarr sieht, dass Europa „die Puste ausgeht" und es von seinem „falschen Sockel steigen" und auf die „Schule der Welt" gehen müsse (Libération, 5.7.2017), glaubt auch Mbembe, dass die globalen Herausforderungen nur gelöst werden können, wenn auch die „afrikanische Dimension" der Welt berücksichtigt werde. Afrika als Labor für die Zukunft: „Das mag ziemlich erstaunlich erscheinen, aber Afrika gibt einen Vorgeschmack auf die die kommende Welt. Es gibt eine afrikanische Zukunft unseres Planeten, der das kritische Denken des 21. Jahrhunderts als eigene Frage gegenüberstehen wird." (ebd.)

In „Ausgang aus der langen Nacht. Versuch über ein entkolonisiertes Afrika" (Suhrkamp, Berlin 2016) vertieft Achille Membe seine radikale Kritik der Entkolonialisierung. Während der „Afropolitanismus" nach dem postkolonialen Stadium in ein neues Zeitalter der Zerstörung und der Zirkulation getreten sei, das „durch die Intensivierung von afrikanischen Migrations- und neuen Diasporabewegungen auf der ganzen Welt gekennzeichnet" sei (S. 279), haben die Europäer womöglich zwar Afrika entkolonisiert, aber nicht sich selbst. Noch schärfer zeichnet er in seinem neusten Essay „Politik der Feindschaft" (Suhrkamp, Berlin 2017) das Ende der liberalen Demokratie oder deren Verkehrung auf. Ausgehend von den psychiatrischen und politischen Analysen Frantz Fanons, die dieser in den 1950er-Jahren in Algerien gemacht hat, zeigt Mbembe, wie Krieg und Gewalt als Folge der Konflikte um die Entkolonisierung des 20. Jahrhunderts zur Signatur unserer Zeit geworden sind, die von der obsessiven Suche nach einem Feind gekennzeichnet ist.

Europa sei zwar keine untergehende Welt. Aber es sei müde und von nachlassender Lebenskraft, endet er sein Essay „Ausgang aus der langen Nacht". „Sein Geist hat an Gehalt verloren, extreme Formen des Pessimismus, des Nihilismus und der Leichtfertigkeit haben ihn aufgerieben. Afrika sollte seinen Blick auf etwas Neues richten. Es sollte die Bühne betreten und zum ersten Mal tun, was früher nicht möglich gewesen ist. Und das wird es in dem Bewusstsein tun, dass dadurch für es selbst und für die Menschheit neue Zeiten anbrechen."

>> Lothar Berger



Ubuntu, Buen Vivir und die Suche nach Lebensalternativen

EINE ANDERE WELT AUS SICHT DER MARGINALISIERTEN

Während das vorherrschende Wachstums- und Entwicklungsmodell an die planetarischen Grenzen stößt, haben die sozioökonomischen Ungleichheiten national wie international zugenommen. Zurück bleiben die Versprechen auf „Entwicklung“, die sich auf die Idee des „Fortschritts“ gründen, die mit der Moderne auftauchte. Angesichts dieser Debatte zieht die weltweite Suche nach alternativen Gesellschaftsentwürfen immer weitere Kreise. Anknüpfend daran befinden sich immer mehr Menschen in verschiedenen Teilen der Welt in einem Prozess der Wiederbegegnung mit ihren Wurzeln. So entstehen immer mehr alternative Vorstellungen, die ihren Ursprung vor allem in traditionellen Völkern und Nationen aus vielen Regionen der Erde haben, sei es in Amerika, Asien oder Afrika, einschließlich in Europa.

Interessant ist hervorzuheben, dass aus philosophischen Weltanschauungen verschiedener Erdteile diese Art der Fokussierungen und Ansätze aus Lebenskulturen und mit verschiedenen Namen und Eigenschaften entstehen, die sich von vielen existierenden Praktiken in unterschiedlichen Zeiträumen und in unterschiedlichen Regionen der „Mutter Erde“ nähren. Die Entstehung dieser Alternativen hat somit tiefe Wurzeln. Sie sind Teil einer langen Suche nach Lebensalternativen, geschmiedet in der Hitze des Kampfes der Menschheit für ihre Emanzipation und ihr Überleben.

Die wohl am bekanntesten Bezeichnungen verweisen uns auf das „Buen Vivir“ (Gutes Leben) oder das „Vivir Bien“, Wendungen, die aus indigenen, traditionell marginalisierten Sprachen Südamerikas stammen, wie „sumak kawsay“ (in Quichua), „suma quamaña“ (in Aymara) oder „ñande reko“ (in Guaraní). Hervorzuheben ist daneben „Ubuntu“ in Afrika – insbesondere im südlichen Afrika. Aber es gibt viele mehr. Ohne eine vollständige Liste anzustreben, ist als weiteres Beispiel „Swaraj“ in Indien nennenswert.

Bewegung und Harmonie

Sowohl Ubuntu als auch Buen Vivir stellen Weltanschauungen von einheimischen Völkern dar, die überhaupt nicht vergleichbar sind mit westlichen Philosophien. Es sind lebendige Philosophien ohne professionelle Philosophen, es sind Praktiken ohne Theorien. Es sind insbesondere Erfahrungen der Gemeinschaft und kollektive Erinnerungen. Es sind keine ausdruckslosen Konzepte, sondern tägliche Lebenserfahrungen.

Das bemerkenswerte und tiefgreifende der dargelegten Alternativen ist, dass sie aus traditionell marginalisierten, sogar kolonisierten und dauerhaft ausgebeuteten Gruppen entstehen. Völker, die noch versuchen, ihre Werte, ihre Erfahrungen und ihre Praktiken zu erhalten. Buen Vivir oder Ubuntu sind keine akademische oder parteipolitische Kreation. Es sind keine neuen Rezepte oder einfach neue Entwicklungsprogramme, es sind vielmehr gemeinschaftliche Lebensprozesse.

Ubuntu, bekannt vor allem in den Bantu sprechenden Völkern, hat sein Leitprinzip in der Bewegung, Buen Vivir in der Harmonie. Beide Prinzipien – im Wesentlichen ähnlich bis komplementär – stellen einen konstanten und komplexen Fluss von Interaktionen und wechselseitigem Austausch auf: Geben und Empfangen in einem endlosen Prozess der Wechselseitigkeiten und Solidarität. Ubuntu und Buen Vivir nehmen die ethische Einstellung an, die das Leben eines Menschen leiten sollte: für sich selbst und die anderen Lebewesen zu sorgen. Daher beinhalten diese Konzepte eine direkte harmonische Beziehung zur Natur, mit ihren Rhythmen, ihren Kreisläufen und ihren Bewegungen. Und in dieser Welt der Bewe-



„Eine Person mit Ubuntu ist offen und zugänglich für andere, fühlt sich durch andere bestätigt, fühlt sich nicht von den Fähigkeiten und der Güte anderer bedroht, verfügt über eine angemessene Selbstsicherheit, die sich aus dem Wissen um die eigene Zugehörigkeit zu einem größeren Ganzen herrührt, und fühlt sich selbst herabgewürdigt, wenn andere gedemütigt oder herabgewürdigt, wenn andere gefoltert oder unterdrückt werden."

Desmond Tutu,
Anglikanischer Geistlicher und früherer Erzbischof von Kapstadt, Friedensnobelpreisträger und Menschenrechtsaktivist

gungen und Harmonien steht das Leben über jeglicher anderer Erwägung. Wir würden sagen, von Interesse ist die Reproduktion des Lebens und nicht die des Kapitals.

Sowohl die Vision des Ubuntu als auch die des Buen Vivir verstehen die Gemeinschaft wie eine harmonische Verbindung der Lebenden, der Vorfahren und der zukünftigen Generationen. Und aus der genannten Harmonie, verbunden mit der Mutter Erde, wird die Bewahrung des Lebens gewährleistet. So weitet sich das Konzept des Lebens auf die Umwelt und die zukünftigen Generationen aus. Und die verschiedenen Fruchtbarkeitsrituale in diesen afrikanischen und amerikanischen Gemeinschaften bezeugen diese ganzheitliche Sichtweise von einer Welt in Harmonie und Bewegung.

So gesehen ist die Arbeit eine Gruppeninstitution der gegenseitigen Unterstützung in einem gemeinschaftlichen und inklusiven Raum. Folglich ist die Arbeit für das Gemeinwohl der Bevölkerung bestimmt. Sie wird ausgeführt, um die Bedürfnisse und die kollektiven Interessen der Gemeinschaft zu erfüllen. Es sind diese Organisationsformen ihrer Wirtschaften, die es, verstärkt durch Reziprozität und Solidarität, ermöglicht haben, das Vergessen und die Ausgrenzung durch das koloniale und republikanische System zu konfrontieren. Darüber hinaus sind es Institutionen, die den Gemeinschaften geholfen haben, ihre Produktion unter äußerst widrigen Bedingungen aufrechtzuerhalten und dabei Kreativität und an den sozialen Erfordernissen orientiertes Haushalten zu fördern. Sie sind gleichermaßen ein leistungsstarker Ausdruck von kulturellen und feierlichen Ritualen der Einberufung und des Zusammenhalts von Gemeinschaften wie von Räumen des Austausches sozio-kultureller Richtlinien.

Aus dieser Perspektive fördern sowohl Ubuntu als auch Buen Vivir das Leben durch gegenseitige Sorge, Fürsorge und Teilen unter allen Menschen.

Recht der Natur...

An dieser Stelle erkennen wir an: Während ein guter Teil der Vorstellungen über konventionelle Entwicklung und sogar viele kritischen Strömungen sich innerhalb der eigenen westlichen Kenntnis der erwähnten Moderne entfalten, entziehen sich diese alternativen Visionen ihrer Grenzen, wie es der Anthropozentrismus und der Utilitarismus sind. Durch ihre Herkunft aus gemeinschaftlichen nichtkapitalistischen Wurzeln werfen beide Visionen unterschiedliche Optionen zur westlichen Weltanschauung auf; ohne die individuellen Rechte abzusprechen, schätzen und stärken sie die Gemeinschaftsrechte. Sie brechen sowohl mit der anthropozentrischen Logik des Kapitalismus als dominante Zivilisation als auch mit den verschiedenen, bis heute bestehenden Formen des „real existierenden Sozialismus", indem sie als grundlegende Koordinate das vorschlagen, was wir als „Recht der Natur" interpretieren könnten. Aus dieser Lesart wird eine sozio-biozentrische, das heißt zivilisatorische, Transformation aufgeworfen.

... versus wachstumsorientierter Fehlentwicklung

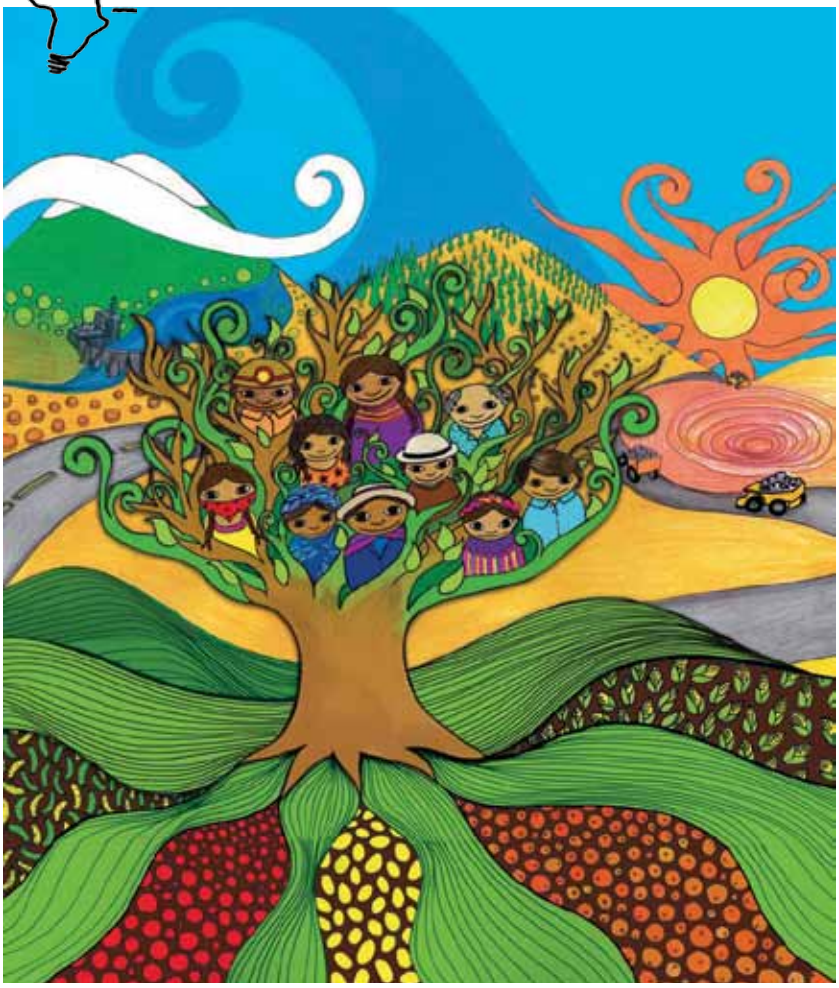
Die Sichtweisen und Lebenspraktiken aus Afrika, Lateinamerika und auch Teilen Asiens haben nichts mit Entwicklung gemein. Es geht nicht darum, ein Bündel von Richtlinien, Instrumenten und Indikatoren anzuwenden, um aus der „Unterentwicklung" herauszukommen und jenen erwünschten Zustand der „Entwicklung" zu erreichen. Eine im Übrigen nutzlose Aufgabe. Denn wie viele Länder haben „Entwicklung" erreicht? Sehr wenige unter der Annahme, dass „Entwicklung" als angestrebtes Ziel vorausgesetzt wird.

Nach einem langen und nutzlosen Wettlauf nach Entwicklung wird uns heute klar, dass das Problem im Entwicklungskonzept selbst besteht, das bis heute imperialistische und Leben zerstörende Praktiken reproduziert. Mehr noch, die Welt lebt in einer allgemeinen „Fehlentwicklung", eingeschlossen die als Industrieländer angesehenen, sprich die Länder, deren Lebensstil als Referenz-Leuchtturm für die zurückgebliebenen Länder dienen sollte. Das ist nicht alles: Die Funktionsweise des Weltsystems ist „fehlentwickelnd". Diese Feststellung gewinnt weltweit immer mehr Zulauf.

Es wird höchste Zeit, das traditionelle Konzept von Fortschritt in seiner produktivistischen Form und Entwicklung mit all ihren Synonymen als einzig gültige Richtung aufzulösen. Darüber hinaus sind andere, viel reichere und übergreifende Visionen, im Inhalt und in Lösungsansätzen, erforderlich. Und einige dieser Sichtweisen bieten uns die zuvor genannten indigenen Beiträge.

Für diese existiert kein analoges Konzept zur Entwicklung, was dazu führt, dass diese Idee in vielen Fällen abgelehnt wird. Es existiert kein Konzept eines linearen Fortschritts des Lebens, das einen Zustand des Vorher und Nachher, der Unterentwicklung und Entwicklung, festlegt; eine Dichotomie, die die Menschen zur Erreichung des Wohlstands durchlaufen sollen, wie es in der westlichen Welt gedacht wird. Es existieren auch keine Konzepte von Reichtum und Armut, bestimmt durch die Akkumulation oder den Mangel an materiellen Gütern. Buen Vivir oder Ubuntu zeichnen sich als Kategorien in dauerhafter Konstruktion und Reproduktion ab.

Ubuntu und Buen Vivir sowie die anderen alternativen Lebensanschauungen bieten die konzeptionelle und praktische Grundlage für eine alternative Vorstellung zu Wirtschaftswachstum und Entwicklung.



Das heißt nicht nur, dass einige Länder Wachstum abbauen und andere vielleicht auf andere Weise wachsen müssen. Erforderlich ist gleichzeitig, die Religion des ständigen Wirtschaftswachstums zu überwinden und Raum zu lassen, damit die einheimischen alternativen Vorstellungen teilhaben können bei der Gestaltung einer anderen Welt, ohne Ausgrenzungen, ohne Gewalt, in der alle Menschen und alle Lebewesen in Würde und Frieden leben können. Es wird auch darauf ankommen, ob es gelingt, global zu denken unter der Erneuerung regionaler und lokaler Räume. Denn nur so können andere territoriale und konzeptionelle Landkarten entstehen.

Nach all diesen Weltanschauungen besteht die Notwendigkeit, Gemeinschaften auf Grundlage von Gleichheit und Gleichberechtigung aufzubauen. Damit diese Prinzipien der gemeinschaftlichen Solidarität Realität werden, ist die Umverteilung des Reichtums und der Zugang der gesamten Gemeinschaft zu den erzielten technologischen Fortschritten unerlässlich; dies erfordert, die Technologien in den Dienst des Lebens und nicht der Akkumulation von Kapital zu setzen. Vielleicht ist es angebracht, an dieser Stelle daran zu erinnern, dass das weit verbreitete und bekannteste Betriebssystem mit freier Software „Ubuntu“ ist, dessen Logik darin besteht, dass, sobald jemand von dieser Erfindung Gebrauch macht, diese an wen auch immer zur Verbesserung frei gibt, so dass die erste Person, der Urheber, davon sogar in Zukunft noch profitieren kann.

Unter Berücksichtigung ganzheitlicher Betrachtungsweisen ist es wichtig, die Vielfalt der Bestandteile zu verstehen, die das menschliche Handeln bedingen, das Ubuntu und Buen Vivir begünstigt, wie das Wissen, ethische und spirituelle Verhaltenskodexe in Bezug zum Umfeld, menschliche Werte, Zukunftsvision u.a. Schließlich stellen diese seit langer Zeit bestehenden Lebensalternativen eine Möglichkeit dar, die aktuelle Welt zu überdenken und um eine andere Welt aufzubauen, in der alle Lebewesen in Würde leben können. So zeigt sich das Potenzial von Ansichten aus dem globalen Süden als Ansatzpunkt für einen gesellschaftlichen Gegenentwurf zur Wachstumslogik und zum Entwicklungspostulat.

Welchen Schluss wir aus dieser kurzen Annäherung ziehen können ist, dass man nicht einem monokulturellen Ansatz Platz machen darf. Wir haben verschiedene Konzepte zur Hand, mit profunden Ähnlichkeiten und einigen Unterschieden. Weshalb es besser wäre, von „buenos vivires“ (guten Leben) oder „buenos convivires“ (Formen guten Zusammenlebens) oder von „vielfältigen und gemeinschaftlichen ubuntus“ zu sprechen. Wiewohl in einigen Ländern diese Konzepte in ihre Verfassungen integriert wurden, wie es in Bolivien und Ecuador der Fall ist, bedeutet das noch lange nicht, dass in diesen Ländern Buen Vivir oder Vivir Bien hergestellt wird. Um nicht falsch verstanden zu werden: Diese Annäherungen aus indigenen Gemeinschaften verschiedener Erdteile verleugnen nicht die technologischen Vorteile der modernen Welt oder mögliche Beiträge aus anderen Kulturen und Kenntnisse, die unterschiedliche Voraussetzungen der dominanten Moderne in Frage stellen. Sie bieten vielmehr eine Möglichkeit, gemeinschaftlich neue Lebensformen zu entwickeln.

Mit ihrem Postulat vom Einklang mit der Natur, ihrem Widerstand gegen das Konzept der fortwährenden Akkumulation, ihrer Überwindung von utilitaristischen und individualistischen Sichtweisen der Nutzung der Natur und der Gestaltung der Gesellschaften dienen Buen Vivir und Ubuntu dazu, die aktuelle Wirtschaft von ihren Wurzeln neu zu entwerfen und die Demokratie unter Anerkennung und Verstärkung ihrer gemeinschaftlichen Grundlagen tiefgreifend zu modernisieren. Man versteht dann, wie Ubuntu kraftvoll und klar vorgibt, dass „eine Person eine Person nur durch die anderen Personen ist“ – immer unter Errichtung von Beziehungen des Einklangs mit der Natur.

>> Alberto Acosta

Der Autor ist ecuadorianischer Ökonom an der Lateinamerikanischen Fakultät für Sozialwissenschaften (FLASCO-Ecuador). Er ist ehemaliger Minister für Energie und Bergbau sowie Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung seines Landes.

Ubuntu im Dekolonisierungsprojekt

EIN BEITRAG ZUM VERSTÄNDNIS VON UBUNTU. Wenn es darum geht, das Wissen oder Kulturprojekte vom Erbe des Kolonialismus und der Apartheid zu befreien, ist die Wiederbelebung vorkolonialer Werte ein wichtiger Bezugspunkt. Welche Bedeutung soll Ubuntu hierbei haben?

Wenn sich Menschen in Südafrika auf Ubuntu beziehen, wird das Wort generell so verstanden, als habe es eine klar ersichtliche Bedeutung. Demnach soll das Verhalten darauf ausgerichtet werden, was gut und erstrebenswert ist für den Aufbau konstruktiver zwischenmenschlicher Beziehungen. Oft wird Ubuntu als spezifisch afrikanisches Konzept gedeutet, etwa in „African Philosophy" von Mogobe Ramose. Auch Johann Broodryks „Ubuntu: Management Philosophy" ist hier zu nennen.

Professor Ramose interpretiert Ubuntu als Philosophie: „Menschliche Individualität ist notwendig, aber keine ausreichende Bedingung für das Menschsein. Solange ein Individuum nicht in eine Gemeinschaft integriert ist, gilt es nicht als Person im umfassenden Sinn. Persönlichkeit muss errungen werden, sie ist nicht einfach gegeben. Im langen Prozess der Persönlichkeitsentwicklung spielt die Gemeinschaft eine zentrale Rolle. Sie wirkt wie ein Katalysator, denn sie vermittelt Normen."

Das Wort „menschlich" (ubuntu) ist von Sprichwörtern abgeleitet, die bedeuten, dass sich jede Person durch Beziehungen mit anderen verwirklicht. Es ist in Südafrika, Simbabwe und anderen Teilen des Kontinents verbreitet.

In der Kontroverse über Ubuntu widersprechen verschierdene Autoren der Vorstellung, dass es außerhalb Afrikas Äquivalente gibt, etwa den Humanismus oder die Brüderlichkeit. So schreibt Broodryk, der sich selbst als ersten Doktor der Ubuntu-Philosophie versteht: „Ubuntu sollte nicht mit westlichem Humanismus verwechselt werden. Ubuntu im Sinn von Menschlichkeit ist afrikanisch."

Das Wort „ubuntu" und vergleichbare Begriffe gibt es in vielen afrikanischen Sprachen in Südafrika, wie im isiXhosa, isiZulu und anderen Nguni- und Sotho-Sprachen: „Umntu ngumntu ngabantu / motho ke motho ke bantu." Das heißt sinngemäß: Eine Person ist eine Person durch Andere. Die südafrikanische Wissenschaftlerin und politische Analystin Nomboniso Gasa schreibt: „Dieses Sprichwort bezieht sich auf soziale Beziehungen im weitesten Sinn. Wie sollen sie gestaltet werden und welche Gesetze sollen gelten, um eine harmonische Gemeinschaft aufzubauen? Das Sprichwort dient als Richtlinie in Beziehungen zwischen dem Individuum und der Gemeinschaft. Es betont das Zusammensein als Teil der Gemeinschaft und regelt, wie Menschen gemeinsam Probleme lösen und sich in Krisenzeiten unterstützen sollen."

Gasa erläutert weiter: „Das Sprichwort schafft die Basis für die Rechenschaftspflicht jedes Individuums gegenüber der Gemeinschaft. Es geht um Moral und Werte, die individuelle Interessen unter die Interessen der Gemeinschaft und der Harmonie einordnen."

Basis für nationale Einheit versus Marketing Label

Der Begriff Ubuntu wird in südafrikanischen Diskursen hoch gehandelt. Er wird von politischen und religiösen Autoritäten oft benutzt, um Respekt zwischen Individuen einzufordern. Ubuntu wird oft als etwas betrachtet, das Südafrikaner zusammenhalten kann – als eine Basis für die soziale Kohäsion und die nationale Einheit.

Während es möglicherweise ein lobenswertes Ziel ist, das emanzipatorischen Werten entspricht, lebt die Mehrheit der Südafrikaner aber nicht gemäß der Maxime, die Ubuntu wörtlich vorschreibt und die Ramose und Gasa in den oben genannten Zitaten kurz erläutern.

In vieler Hinsicht wurde Ubuntu bereits kommerzialisiert, es wurde zusammen mit anderen Worten und Phrasen zur Namensgebung von Unternehmen genutzt: Ubuntu-Finanzdienste, Ubuntu Catering, Ubuntu-Fahrräder, Ubuntu-Sicherheitsunternehmen mit bewaffnetem Personal, um nur einige zu nennen. Die Geschäftsleute wissen, welche Bedeutung diese Worte für viele Südafrikaner haben, doch sie wollen damit nur Profit machen. Ubuntu wird zur Management-Philosophie, um die Produktivität zu steigern.

Plurale Bedeutungen

Wir wissen: Ubuntu ist umstritten. Inwieweit kann es zu konstruktiven sozialen Interaktionen in Südafrika beitragen? Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft sollten sich miteinander zu einer Gemeinschaft verbinden. Wörtlich heißt das: Sich durch Andere zu entfalten, miteinander konstruktiv umzugehen, nicht egoistisch oder rücksichtslos zu sein; das ist die Basis für das Wohl jedes Einzelnen.

Wir müssen uns damit auseinandersetzen, wie Ubuntu benutzt wird. Oft wird es als unveränderbares Element afrikanischer Kultur betrachtet und als Qualität, die allen Afrikanern innewohnt. Das meint beispielsweise Ramose. Aber es ist wichtig, dass wir eine Debatte über die Pluralität an Bedeutungen beginnen. Weil dieses Konzept offen ist für viele Deutungen, ist mein Ziel zu fragen, ob es mit einer übergreifenden emanzipatorischen Perspektive gedacht und weiterentwickelt werden kann. Ist es möglich, eine gemeinsame Synthese zu entwickeln, die sowohl inklusiv, an Gemeinwesen orientiert und respektvoll für alle Menschen in Südafrika ist? In welcher Weise und wie kann Ubuntu von Menschen in ganz unterschiedlichen Lebenssituationen genutzt werden? Antworten darauf können nur durch eine Debatte gefunden werden. Schließlich lebt nur noch ein Teil in sozialen ländlichen Kontexten, wo es einst entstand.

Widersprüche und komplexe Systeme

Zudem gibt es Sprichworte in den Nguni-Sprachen und den äquivalenten Sotho- und anderen Sprachen, die dem Orientierungswert von Ubuntu widersprechen. Gasa erklärt: „Das Problem ist, wenn ein Sprichwort zu einer Philosophie erkoren wird. Das zerstört die Komplexität kultureller Kontexte und Milieus. Es raubt afrikanischen Gemeinschaften reiche, vielschichtige und auch widersprüchliche Formen der Auseinandersetzung, die es in jeder Gesellschaft und Zivilisation gibt. Es destilliert ein komplexes System an Sprichwörtern und negiert oder verschweigt andere Aspekte, die nicht so gut in die essenzialistische und ehrenwerte afrikanische Güte passen."

Gasa weiter: „Neben Ubuntu gibt es weitere Sprichworte, die alle zusammen gehören und Güte und Gemeinschaft kontextualisieren. Etwa: ‚Kein Fasan kratzt für den Anderen. Derjenige, der es dennoch tut, macht es für seine Kinder.' Damit wird die Balance zwischen individuellen und gemeinschaftsorientierten Aufgaben und Verantwortungsbereichen angedeutet. Wie kannst Du Mitglied einer Gemeinschaft werden, wenn Du Deine eigenen Familienbelange nicht gerecht und partnerschaftlich handhabst?"

Gasa erläutert: „Wenn wir Ubuntu aus dem ethnophilosophischen Diskurs herausnehmen und ihm eine progressive Substanz verleihen, müssen wir verstehen, dass es keine Philosophie ist, obwohl es so betrachtet wird. Selbst wenn wir es dahingehend entwickeln wollten, können wir nicht verneinen, dass es Teil einer komplexen sozio-kulturellen Welt ist, die auf das Patriarchat aufbaut, manchmal auf Gewalt und Machtbeziehungen. Diese Aspekte müssen wahrgenommen und vollständig aufgedeckt werden."

Die Idee von Ethnophilosophie wurde von Paulin Hountondji entwickelt; der Philosophieprofessor aus Benin beschreibt essenzialistische Grundlagen des afrikanischen Denkens. Das ist die auch von den Südafrikanern Ramose und Broodryk postulierte Vorstellung, es gebe eine afrikanische Philosophie, die sich von der unterscheidet, die Philosophen aus Afrika und Deutschland anderswo entwickelt haben.

In den Sprichwörtern, die Orientierungen für das Verhalten bieten sollen, wird ersichtlich, dass konkurrierende Visionen bezüglich vorbildlichen Verhaltens existierten. Das bedeutet: in vorkolonialen afrikanischen Gesellschaften herrschte keineswegs per se Eintracht. Sie basierten auch nicht auf imaginiertem Konsens, wie Hountondji meint. Es gab Kontroversen darüber, wie man leben sollte. Wie alle Menschen hatten Afrikaner Konflikte und Widersprüche mussten geklärt werden. Ubuntu war nur ein Weg, all dies zu handhaben.

Im Unterschied zu Zynikern glaube ich, dass es wichtig ist, eine humanistische und emanzipatorische Vorstellung von Ubuntu zu entwickeln, die umstrittene Bedeutungen akzeptiert. Damit Ubuntu weiterhin wichtig ist, muss es als dynamisches Konzept verstanden werden. Als Teil afrikanischer Kulturen kann es nicht isoliert oder statisch betrachtet werden, denn genau so wie Elemente aus anderen Kulturen hat es immer Verbindungen nach außen.

Die Bedeutungen, die Ubuntu umfasst, müssen diskutiert werden. Das heißt, man muss gegen die patriarchalen, hierarchischen und anti-demokratischen Inhalte argumentieren – auch gegen die essenzialistischen und ahistorischen Dimensionen. Wenn wir diese analysieren, sehen wir, dass Leute hier ähnlich wie bei anderen Elementen von Kultur eine Bedeutung postulieren, die sie als zeitlos ausgeben und wofür sie Deutungshoheit beanspruchen. Diese geht oft mit der Fortsetzung patriarchaler und hierarchischer Vorstellungen einher.

Ganz entscheidend ist, den Verlockungen zu widerstehen, dass die Mutmaßungen, wie Sprichwörter verstanden werden sollen, augenscheinlich und offensichtlich sind. Wir müssen gegen angebliche Selbstverständlichkeit Vorbehalte bewahren. Gleichzeitig müssen wir uns fragen, was es bedeutet, sich durch die Beziehungen mit anderen zu verwirklichen, und warum dies so wichtig ist für den Aufbau einer humanen und mitfühlenden Gesellschaft.

>> Raymond Suttner

Der Autor ist Sozialwissenschaftler und politischer Analyst. Er ist Prof. em. der UNISA und an die Rhodes Universität assoziiert. Als Anti-Apartheid-Aktivist war er lange Jahre inhaftiert oder stand unter Hausarrest. Zu seinen Büchern zählt „Inside Apartheid's Prison". Raymondsuttner.com

Der Beitrag erschien am 26.9.2017 unter dem Titel „Decolonising project – what is the place of ubuntu?" in englischer Version auf polity.org. Wir danken für die freundliche Zusammenarbeit.



Foto: Magamba TV

„Game changers“ mit frischer Denkweise

AFRIKAS MODERNE JUNGE GENERATION

Während Afrika eher noch als der hilfsbedürftige Krisenkontinent wahrgenommen wird, ist auch hier die Moderne längst in vollem Gange. Junge Afrikanerinnen und Afrikaner entwickeln neues Selbstvertrauen, finden neue Informations- und Ausdrucksmöglichkeiten und gestalten ihre Zukunft mit eigenen kreativen Lösungsansätzen. Sie möchten nicht als die armen Opfer dastehen und schreiben andere Geschichten. Der ghanaische Akademiker George Ayittey nennt die Generation junger Afrikaner „die Geparden“. Er meint damit eine gebildete und dynamische Generation, die die Herausforderungen und Probleme in ihrem Alltag aus einer neuen, frischen Perspektive betrachtet.

Smart Africa

Unter dem Begriff „Smart Africa“ florieren bereits seit Jahren digitale Innovationen im Bereich Mobilfunktechnologie. Die kenianische Erfolgsgeschichte „M-Pesa“ („mobiles Geld“, pesa ist das Kiswahili-Wort für Geld), ein System, mit dem man bargeldlos über auch einfache Mobiltelefone und Smartphones bezahlen kann und für das sich mittlerweile die halbe Welt interessiert, gilt dabei als Auftakt für viele weitere Entwicklungen. Den Weg für die Internettechnologie, die weltweit aus dem täglichen Leben nicht mehr wegzudenken ist, ebnete der Nigerianer Dr. Philip Emeagwali 1986. Durch das Hochgeschwindigkeitsinternet haben neue Geschäftsideen seit 2009 zusätzlichen Schwung bekommen, sie konnten noch schneller wachsen und umgesetzt werden. Es scheint fast so, als hätte Afrika jetzt die Technologie, die es für seine Entwicklung braucht.

Es entstehen sehr viele Innovationen wissenschaftlich-technischer Art und für den Einsatz im modernen täglichen Leben, zum Beispiel im i-Hub in Nairobi, ein Gründerzentrum für Unternehmen in der IT-Branche. Der Hub bietet den Jungunternehmer/innen einen kreativen Raum, wo sie ihre Ideen ausprobieren können, ihnen Mentoren zur Seite stehen, und Möglichkeiten zur Vernetzung. Programmierer, Wirtschafts- und Informatikstudenten treffen hier auf Investoren. „Es sind Entwicklungsprojekte, doch ihre Erfinder suchen keine Spender, sondern Investoren“, so Jörg Brase, ZDF-Korrespondent in Nairobi. Bis Anfang 2017 wurden hier rund dreißig Start-ups gegründet, hunderte weitere sind in der Entwicklung.

Ob im i-Hub oder Nailab, Nairobi, im Co-Creation Hub, Lagos, im k-Lab, Kigali, im MuzindaHub in Harare oder im The Innovation Hub, Johannesburg, um nur einige zu nennen, ob in Kenia, Nigeria, Ruanda, Simbabwe oder Südafrika – junge Männer wie Frauen werden ermutigt und unterstützt, ihre Ideen zu verwirklichen. Gemeinsam ist ihnen, dass viele, wenn nicht die meisten von ihnen, Unternehmertum mit gesellschaftlichen Themen verbinden und so Lösungen für aktuelle Herausforderungen sowohl in der Stadt als auch auf dem Land, lokal und zunehmend auch über den Kontinent hinaus für internationale Märkte, für Unternehmen, NGOs und staatliche Institutionen bieten.

Für immer mehr Herausforderungen werden Lösungen entwickelt und immer mehr Menschen haben Zugang dazu. Wo immer es an Infrastruktur fehlt, gleichen neue Dienste und Foren den Mangel aus. Technologie wird zu einem „cross cutting enabler“. Die Unternehmer/innen und Sozialunternehmer/innen lösen ein Problem und verdienen teilweise damit Ihren Lebensunterhalt, die Dienstleistungsempfänger sind Kunden. Damit haben die Produkte einen Wert und es sind keine Almosen für die Armen. Beide Seiten sind hier vollwertige Akteure. Auch die Ausstellung „Afro-Tech and the Future of Re-Invention“ in Dortmund, in Kooperation mit Africa Positive, versucht mit gängigen Klischees zu brechen und andere Seiten zu zeigen. Es wird prognostiziert, dass der Anteil der IT-Industrie am Bruttosozialprodukt Afrikas bis 2025 auf zehn Prozent steigt, mehr als doppelt so viel wie in Europa. Und es entstehen Jobs.

Apps für alle Bereiche

Besonders verbreitet sind inzwischen die zahlreichen Handy-Apps in den verschiedensten Bereichen wie Geldtransfer, Vertrieb, interaktive Landkarten, Kommunalentwicklung oder Wissens-, Lern- und Beratungsplattformen, aber auch andere technische Innovationen, die teilweise parallel genutzt werden.

Zum Beispiel vertreibt die kenianische Firma M-Kopa in Kooperation mit M-Pesa dezentrale Heim-Solarstromanlagen auf Mobilfunkleasingbasis. In Kinshasa regeln solarbetriebene Verkehrs-Roboter den Verkehr (s. afrika süd 2-2014), auf den Straßen von Lagos fährt ein solar- und windbetriebener VW-Käfer und ein Teenager aus Nord-Namibia hat ein SIM-Karten- und guthabenfreies Handy erfunden, das mit Radiofrequenzen funktioniert.

Im Gesundheitsbereich bietet Daktari 247 mit einer Plattform für Patienten und Ärzte

Online-Beratung. Mit dem „CardioPad“ können Herzkrankheiten ferndiagnostiziert werden. Leap bietet freiwilligen Gesundheitshelfer/innen durch eine Lernplattform eine Grundausbildung als Krankenpfleger/innen sowie Beratung und Betreuung durch medizinisches Fachpersonal. Im Bereich Landwirtschaft und Agrobusiness entstehen immer neue Innovationen, von Beratungsapps wie Mfarm oder dem Mobile Cow Project. Per Cow-Funding können Kühe gekauft werden, die Käufer sind Städter, gepflegt werden sie von Bauern auf dem Land.

Zur Förderung von Engagement bietet Afroes edu-tainment apps, mobile spielbasierte experimentelle und interaktive Lernplattformen, um die Potenziale junger Afrikanerinnen und Afrikaner auf dem ganzen Kontinent zu entfalten. Ziel ist es, zu Bewegungen von Menschen mit neuen Vorstellungen, einer Kultur der Problemlösung und einer unternehmerischen Denkweise beizutragen, die die Herausforderungen ihrer Länder angehen und einen Unterschied machen.

Ushahidi ist ein gemeinnütziges Technologieunternehmen, das eine gleichnamige App entwickelt hat, die es Menschen ermöglicht, ihre Stimme zu erheben. Die Organisation nutzt das Konzept des Crowdsourcing für sozialen Aktivismus und öffentliche Rechenschaftspflicht und dient als ein erstes Modell für das, was als „Aktivistenkartierung“ bezeichnet wird, eine Kombination von sozialem Aktivismus, Bürgerjournalismus und Geoinformation.

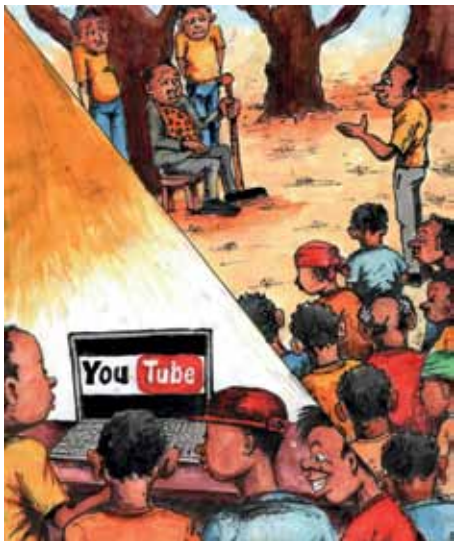
Politik, Satire, Comedy

Genau hier setzen ebenso Initiativen und Bewegungen an. Die neuen Technologien dienen der besseren Verbreitung von sozialen und politischen Themen und werden damit, wie schon das Radio, zum Instrument von Aktivismus, der das Politische auch mit Kultur, Kunst und Kreativität verknüpft. Menschenrechts- und Protestbewegungen, Musiker und Rapper, Satiriker und Karikaturisten erreichen durch die sozialen Medien vor allem junge Bürgerinnen und Bürger. „Satire und Comedy sind ein großartiger Weg, Menschen gleichzeitig zum Lachen und zum Nachdenken zu bewegen“, meint Samm Farai Monroe alias Comrade Fatso, u.a. Künstler, kreativer Aktivist und Produktionsleiter der erfolgreichen Stand-Up-Satire-Show Zambezi News, die das strenge Regime und den Machtmissbrauch in Simbabwe parodiert und seit 2012 über DVD, Mobil-Telefon, Whatsapp, YouTube und auch Satelliten-TV (DSTV) verbreitet wird und unter #GetInvolved oder #OurZimbabweDream zur Beteiligung aufruft.

Der Südafrikaner Pieter-Dirk Uys, sozusagen „Mutter aller afrikanischen Stand-up-Comedians“, meinte bereits 1988 in einem Interview: „Die meisten Dinge, die ich sage, sind keine Witze. Sie sind die Wahrheit. Aber die Wahrheit kann sehr lustig sein.“ Solche Formate unterhalten, informieren und kritisieren zugleich. Sie können dazu beitragen, die Dinge anders zu sehen und Auswege zu erkennen. So werden die Leute motiviert, sich mit möglichen Problemlösungen auseinanderzusetzen.

Treffpunkt für kreative Ideen

Ein anderer Raum, um sich zu treffen, Ideen auszutauschen, zu träumen, gemeinsam kreativ zu sein und an Lösungen zu arbeiten, ist Moto Republik, Simbabwes erstes Kreativzentrum und einer der ersten erfolgreichen künstlerischen Hubs im südlichen Afrika. Die selbst kreativ gestalteten Räumlichkeiten in Harares Ortsteil Belgravia, unweit der Filmhochschule und des ehemaligen Book Cafés, sind ein Ort, an dem Blogger mit Grafikdesignern brainstormen, Aktivisten sich mit Rappern verbinden können, wo ideenreiche Leute zusammenarbeiten können, auch in Kooperation mit lokalen und internationalen NGOs, um ihr Handwerk zu verfeinern und alternative Ideen zu entwickeln. Es ist ein Ort, an dem sich junge Menschen, mit meist guter Ausbildung, aber ohne feste Arbeit, Computer-affin, weltoffen und beengt durch das Regime, inspirieren lassen können, Teil zu sein, ihr Land voranzubringen. So gelingt es den Aktivisten, die sich gegen die Unterdrückung durch die „Befreier“ wehren, trotz Einschüchterungen und Drohungen die Grenzen Stück für Stück zu ihren Gunsten zu verändern und ihren Spielraum zu vergrößern.



Das Harare Shoko Festival ist zum Beispiel eine der Aktivitäten, die von Moto Republik und Initiator Comrade Fatso organisiert wird. Konzerte, Hip-Hop, Poetry-Slam, Comedy und inhaltliche Diskussionen sind wichtige Grundpfeiler des Festival-Programms. Es richtet sich an die neue „urbane Jugend“ Simbabwes und ist eine Ergänzung zum eher auf das bürgerliche Publikum ausgerichtete Harare International Festival of Arts (HAIFA).

Hip-Hop ist eine der Ausdrucksformen des simbabwischen Widerstandes, die Lobbys formen und zu politischen Handlungen motivieren kann: „Some say silence is golden/ But silence is shit/ Cause words can hit/ But they can heal/ They can liberate us from what we feel/ Cause mazwi acho akasimba/ Anogona kutibatsira kwatirikuenda/ Cause words are warriors/ And their great gifts are glorious“, aus Fatsos „Words are like birds“. Der Rapper folgt damit der Tradition der Musikaktivisten Simbabwes und den Spu-



ren eines Thomas Mapfumo, dessen Musik des Widerstandes mit E-Gitarren-Sounds und Mbira-Begleitung als „Chimurenga Music" bekannt geworden ist.

Kinshasa-Filmfestival

Eine weitere wichtige Ausdrucksform ist das Kino. Neben dem großen, international bekannten panafrikanischen Filmfestival in Ouagadougou, Burkina Faso, und anderen Filmfestivals auf dem Kontinent kommen seit 2014 Publikum, Kulturschaffende, Filmemacher, Produzenten und Schauspieler auch zum Internationalen Filmfestival von Kinshasa (Fickin) zusammen, das für fast zwei Wochen in den Räumen der Halle de la Gombe stattfindet.

Gegründet von Tshoper Kabambi, dem kongolesischen Regisseur und Produzenten, ist das Ziel von Fickin, die Menschen zu begeistern und die Öffentlichkeit zu ermutigen, sich für endogene Produktionen zu interessieren. Es will ein hochwertiger cineastischer Treffpunkt sein, der insbesondere jungen Städtern aus Kinshasa und anderen Landesteilen Kongos ermöglicht, Filme von hoher Qualität zu sehen, die von afrikanischen Autoren und der Diaspora produziert und verwirklicht werden.

Der senegalesische Philosoph und Autor Felwine Sarr fordert die Rekonstruktion des Imaginären. Diese durchläuft zwangsläufig auch das Bild. Hier greift das Kino ein und spielt eine Katalysatorrolle. Denn in der DR Kongo, wie in der überwiegenden Mehrheit der afrikanischen Länder, sind die meisten TV-Bildschirme durch Bilder von anderswo „kolonisiert". Die audiovisuelle Landschaft wird vollständig von US-amerikanischen Blockbustern, südamerikanischen Telenovelas und neuerdings türkischen Fernsehshows und Serien dominiert. In all den verschiedenen Realitäten, die ihnen vorgesetzt werden, kann sich die Öffentlichkeit nicht wiederfinden und nur schwerlich damit identifizieren.

Ein Festival wie dieses erlaubt es, eine andere Art von Bildern einzuführen, endogener und der Kultur der Person angemessen, die diese Bilder konsumieren wird. „Filme in der DR Kongo zu drehen, ist keine leichte Aufgabe, aber wir sind von dem Wunsch beseelt, etwas anderes anzubieten. Durch diese Art von Initiativen hoffen wir, auf die eine oder andere Weise zur Veränderung beizutragen und gleichzeitig neue Vorbilder anzubieten", erklärt Tshoper Kabambi.

Change Makers

Der afrikanische Kontinent ist in Bewegung, auf vielfältige und kreative Weise gewinnt eine neue Generation mit einer frischen Denkweise einen immer größeren Einfluss. Sie werden zu proaktiven Bürgerinnen und Bürgern – „change makers" oder „game changers", die ihre Potenziale ausschöpfen, sich engagieren und die Spielregeln neu erfinden. Afrikanerinnen und Afrikaner erobern ihr Selbstwertgefühl zurück, mit einer Energie, etwas zu bewegen, denken dabei auch in andere Richtungen und knüpfen ebenso an vorkoloniale Traditionen an, die sie reaktivieren und miteinander verbinden.

Traditionelle und dem Umfeld angepasste Bauweisen bieten bis heute in der modernen afrikanischen Architektur Anknüpfungspunkte wie zum Beispiel bei dem Gebäude der westafrikanischen Zentralbank in Bamako, Mali. Viele Traditionen bewahren uralte Erfahrungen und Wissensschätze der Menschheit, die auch heute noch ihre Gültigkeit haben und Lösungsansätze für Probleme in modernen Gesellschaften aufzeigen können.

Die Denkwerkstätten, „Les Ateliers de la pénsee", im Senegal bieten Denker/innen, Schriftsteller/innen und Akademiker/innen aus Afrika und der Diaspora eine Plattform des kritischen Denkens, um gegenwärtige Konzepte in Frage zu stellen, die Dynamiken besser zu beleuchten und einen Weg in die Zukunft zu eröffnen. Neben etablierten Universitäten von internationalem Renommee in Forschung und Lehre versteht sich die „African Leadership University" auf Mauritius mit 25 geplanten weiteren Ablegern in ganz Afrika als Ausbildungsort und Netzwerk für eine neue Generation Akademiker und Führungselite, die differenzierte afrikanische Lösungen für unterschiedliche afrikanische Herausforderungen entwickelt.

Die neuen technischen Möglichkeiten, wie Mobilfunk und Internet und interaktive Räume, haben eine dynamische Entwicklung ausgelöst, so Jörg Brase: „In den letzten sieben Jahren hat sich Afrika wohl mehr verändert als in fünfzig Jahren Entwicklungshilfe, durch eigene Kraft, durch eine Ideen. Es brauchte offensichtlich nur das richtige Werkzeug." Es gibt noch viele Herausforderungen, aber die Neu- und Wiedererfindung des Kontinents ist im Gange. Und es ist zu hoffen, dass die Spielräume weiter geöffnet werden können. Die bessere Vernetzung kann dies ermöglichen. **>> Anna Balkenhol, Wendy Bashi**

Anna Balkenhol ist issa-Geschäftsführerin. Wendy Bashi ist freie Journalistin aus der DR Kongo.

